



Bundesverband e.V.

Grundsatzkompass. Methodenkoffer zum AWO Grundsatzprogramm

Dieser Methodenkoffer steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen, Version 3.0 Deutschland (CC-BY-SA 3.0 DE). Davon ausgenommen sind die Methoden B1.1 (S. 120-122) und B1.2 (S. 123-128) DEMOKRATINMENT und B1.3 (S. 129-134), die abgewandelte Methode der Adaption des Planspiels für die AWO-Freiwilligendienste, die jeweils einem eigenen Copyright unterliegen.

Unter der Bedingung, dass Autor*in und Herausgeber*in sowie die Lizenz als „Lizenz: CC BY-SA 3.0 DE“ einschließlich der untenstehenden Lizenz-URL genannt werden, dürfen diese Inhalte vervielfältigt, weitergereicht und auf beliebige Weise genutzt werden, auch kommerziell und ebenso online wie in gedruckter oder anderer Form. Die Bearbeitung ist erlaubt unter der zusätzlichen Bedingung, dass das neu entstandene Werk als Bearbeitung gekennzeichnet wird und im Falle einer Veröffentlichung unter derselben Lizenz dieses Werkes freigegeben wird. Die vollständigen Lizenzbedingungen sind zu finden unter der URL <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/legalcode>.

Impressum

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Claudia Mandrysch, Vorstandin AWO Bundesverband
Stabsstelle Grundsatz- und Zukunftsfragen beim AWO Bundesverband (Hanna Schwarz,
Frederik Palmer)

Ansprechpartner: Stabsstelle für Grundsatz- und Zukunftsfragen
E-Mail: grundsatz.zukunft@awo.org

Satz/Layout: textsalt – Linda Kutzki

© AWO Bundesverband e.V., Berlin. Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt, beim AWO Bundesverband e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des AWO Bundesverband e.V.

Alle Rechte vorbehalten.

Oktober 2023

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

Werte sind sehr wichtig für unser Leben, denn sie geben uns Orientierung, Sinn und Identität. Werte sind die Prinzipien, die uns leiten, die Ziele, die wir anstreben, und die Maßstäbe, an denen wir uns messen. Werte sind auch die Grundlage für unsere Beziehungen zu anderen Menschen, denn sie zeigen uns, was wir schätzen, respektieren und erwarten. Die Werte Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz, Gleichheit und Freiheit sowie unser Grundsatzprogramm sind für uns als AWO das Fundament, auf dem all unser Engagement und unsere Arbeit beruhen. Am 14. Dezember 2019 wurde das aktuelle Grundsatzprogramm der AWO unter dem Titel „Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“ verabschiedet.

Unsere geteilten Überzeugungen sind für uns ein großer Schatz, derer wir uns täglich in unserer Arbeit – ob im Ehren- oder im Hauptamt – stellen und in herausfordernden Situationen auch beweisen müssen. Sie sind nicht selbstverständlich, sondern bedürfen einer stetigen Auseinandersetzung.

Auf Grundlage bereits erprobter Methoden und Konzepte zur Auseinandersetzung mit unseren AWO-Werten, Leitsätzen und dem Grundsatzprogramm der verschiedenen Gliederungen haben wir einen breit nutzbaren „Methodenkoffer“ entwickelt, der zur Beschäftigung und Weiterentwicklung unserer Werte genutzt werden kann.

Der Grundsatzkompass: Ein modularer Methodenkoffer zum Grundsatzprogramm

Der „Methodenkoffer“ beinhaltet methodisch aufbereitete Anregungen, spielerische Einheiten und Workshops, die je nach Zielgruppe und Anlass verschieden arrangiert werden können. Die Workshopgebenden können somit aus einem breiten Angebot, von niedrigschwellig bis zu abstrakt und theoretisch wählen und sich diejenigen Methoden raussuchen, die am besten zu ihrer Zielgruppe passen.

Die Workshops sind so aufbereitet, dass sie von allen interessierten Ehren- oder Hauptamtlichen durchgeführt werden können, die sich mit verbandlichen Themen und der AWO als wertegebundener Organisation befassen. Verbandsreferent*innen und Ehrenamtskoordinator*innen aber auch AWO-Mitarbeiter*innen oder Mitglieder, die Lust haben können gemeinsam ihre Tätigkeit reflektieren. Ebenso eignen sich viele der Methoden für die Arbeit mit Freiwilligen und neuen Kolleg*innen im Verband. Die Methoden sind ausführlich beschrieben und erläutert, sodass sie leicht eingesetzt werden können.

Wozu eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem AWO-Grundsatzprogramm und den Werten?

Die Stärke der AWO ist ihre zivilgesellschaftliche Einbettung in die Gesellschaft und ihr Wirken in sozialen Realitäten. Dies macht sie zu einer wichtigen Akteurin, wenn es darum geht, die Lebenssituation und existentiellen Wirklichkeiten von Menschen zu erfassen, zu bewerten und in politische Positionen zu übersetzen. In einer Welt multipler Krisen und unberechenbarer Dynamiken sind wir mehr denn je gefordert, unsere Positionen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen, sie zu hinterfragen und ggf. auch zu aktualisieren. Das Grundsatzprogramm lebt vor allem von der lebendigen und kritischen Auseinandersetzung mit seinen Inhalten und vom Transfer in den AWO-Alltag.

Erst durch die regelmäßige Reflektion und dynamische Diskussion der eigenen Werte, Leitsätze und Grundsätze der Fachlichkeit schärft sich das Profil der AWO als progressivem und sozialpolitisch engagierten Verband nach Innen und Außen. Die Auseinandersetzung mit den Inhalten ermächtigt alle, ob ehrenamtlich Engagierte, Hauptamtliche oder Freiwilligendienstleistende, ihre AWO aktiv zu gestalten, mitzudenken und gegebenenfalls wertebasierte Veränderungsprozesse zu initiieren. Darüber können die AWO-Werte und das Grundsatzprogramm als verbindendes Element am Arbeitsplatz erlebbar werden und langfristig zur Identifikations- und Demokratiestärkung der Mitarbeitenden beitragen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch fruchtbare Debatten, erkenntnisreiche Auseinandersetzungen und vor allem Neugier und Freude an den unterschiedlichen und vielfältigen Perspektiven. Wir sind gespannt auf Eure Anregungen und Rückmeldungen, wie sich unsere Werte in der Zukunft ausgestalten und ggf. auch weiterentwickeln.

Herzlich

Claudia Mandrysch
Vorständin AWO Bundesverband

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
A Aufwärmen und Kennenlernen	8
A1 Begrüßung und Vorstellung	8
1 Begrüßung durch die Workshopleiter*innen	8
2 Vorstellungsrunde	8
2a Das Schlüsselspiel	9
2b Aufstellungsspiel	10
3 Vorstellung des Ablaufplans	10
A2 Muntermachmethoden	11
1 Aufwärmmethoden	11
1a Einfacher Check-In	11
1b Zählen	11
1c Power-Gesten	12
2 Energizer	12
2a Schere-Stein-Papier-Fanclubs	12
2b Roboter	13
3 Online-Alternativen	13
3a Vorstellungsrunde mit GIF	13
3b „Alle, die schon ...“	14
B Vermittlung: Wer sind wir?	15
B1 DEMOKRATISATION und AWO-Werte	16
1 Quiz zur AWO-Historie	16
2 Wertebalken	18
3 Gruppenarbeit zu den AWO-Werten	19

B2	Einführung in das Grundsatzprogramm	20
1	Quiz zur Geschichte des Grundsatzprogramms	20
2	Gemeinsames Durchblättern mit kurzem Input	22
C	Was wollen wir? Das AWO-Selbstverständnis	23
1	Assoziationen zum Grundsatzprogramm	23
2	Meinungsbarometer	24
3	World-Café Fachlichkeit	26
4	Zukunftsdebatten	27
D	Aktualisierung und Abgleich // Ins Handeln kommen	28
1	AWO-Beratungskommission	28
2	Leitsatz-Debatte	29
3	Neue Leitsätze für unseren Fachbereich	30
E	Feedback	31
	Anhang	34

Über diesen Methodenkoffer

Der rote Faden zwischen den hier vorgestellten verschiedenen Methoden und Schwerpunkte muss je nach Vorwissen und Hintergrund der Teilnehmenden angepasst werden und kann nach unterschiedlichen Zielgruppen erheblich variieren.

Ziele

- Das AWO-Grundsatzprogramm kennenlernen und verstehen.
- Die individuelle und gemeinsame Auseinandersetzung fördern.
- Handlungsimpulse stärken und Veränderungsbedarfe lokalisieren.
- Den Austausch, die Vernetzung unter den Teilnehmer*innen fördern und die Identifikation mit der AWO stärken.

Material: Laptop, Beamer, Flipchart, evtl., Moderationskoffer, Paketklebeband, ausgedruckte Grundsatzprogramme

Hinweis: Die meisten dieser Übungen lassen sich lediglich mit der Langfassung des Grundsatzprogramms durchführen.

Langfassung: S. 35

Kurzfassung: S. 66

Leichte Sprache: S. 80

A Aufwärmen und Kennenlernen

*Aufwärmübungen sind in den meisten Workshopsituationen sinnvoll, denn sie stimmen die Teilnehmenden auf das ein, was folgt. Sie sorgen für eine produktivere Stimmung und fördern die Konzentration. Die Anleitenden sollten daher im Vorhinein überlegen, was sie mit einer Aufwärmübung bewirken wollen. Geht es darum, dass sich die Teilnehmer*innen besser kennenlernen, etwa, weil sie in verschiedenen Fachbereichen arbeiten? Oder sollen die Teilnehmenden lediglich auf den Workshop eingestimmt werden?*

A1 Begrüßung und Vorstellung

1 Begrüßung durch die Workshopleiter*innen (ca. 5 Minuten)

Ziel: Einstimmen im Rahmen eines Workshops, Vertrauen schaffen

Material: Kreppband und Permanentmarker für Namensschilder

Details: – Die Workshopleiter*innen stellen sich mit Vor- und Nachnamen und evtl. Pronomen vor, erläutern, warum sie heute da sind und grob, wie der Tag/die kommenden Stunden geplant ist/sind.

2 Vorstellungsrunde (ca. 10–15 Minuten, je nach Gruppengröße)

Ziel: gegenseitiges Kennenlernen, Erwartungen klären und gegenseitige Wissensstände erfahren

Material: Kreppband und Permanentmarker für Namensschilder, visualisierte Fragen an Flipchart bspw. Wer bin ich? Was ist meine Rolle bei der AWO? Warum bin ich heute (genau) hier? Welche Erwartungen habe ich an den Workshop? Was verbinde ich mit dem Grundsatzprogramm?

Details: – Die Workshopleitung erläutert anhand der Fragen den Ablauf der Fragerunde.
– Im Anschluss stellen sich die Teilnehmenden im Uhrzeigersinn vor.
– Die Antworten können, wenn als sinnvoll erachtet, auf einem weiteren Flipchart unter dem Titel „Was verbinde ich mit dem Grundsatzprogramm“ von einer der beiden Moderator*innen festgehalten werden.

2a Das Schlüsselspiel (ca. 10–15 Minuten, je nach Gruppengröße)

Zielgruppe: Teilnehmende, die noch sehr wenig Kontakt mit dem Grundsatzprogramm und den AWO-Werten hatten, neue Mitarbeitende oder Engagierte, Teilnehmende, die sich untereinander noch fremd sind

Ziel: Teilnehmende und Anleitende lernen sich gegenseitig kennen, Teilnehmende lernen auch die Privatperson hinter der Berufs-/Engagementbezeichnung oder dem Titel kennen, Teilnehmende müssen nicht offenbaren, wenn sie das Grundsatzprogramm noch nicht kennen

Material: der eigene Schlüsselbund der Teilnehmenden, ansonsten kann auch ein ähnlich aussagekräftiges persönliches Utensil wie Geldbörse, Handtasche, Smartphone, etc. verwendet werden.

Details:

- Inhaltlicher, wortwörtlicher Aufhänger sind die Schlüssel am Schlüsselbund. Wohnungsschlüssel, Autoschlüssel, Büroschlüssel, Schlüssel für das Vereinsheim, besondere Anhänger – jeder Schlüssel erzählt eine Geschichte anhand derer sich die Teilnehmenden vorstellen können.
- In ähnlicher Weise kann der Inhalt der Geldbörse oder Handtasche, die installierten „Apps“ und Musikstücke auf dem Smartphone oder ähnliches verwendet werden, wenn Teilnehmende keinen Schlüsselbund bei sich tragen.
- Die Gruppe kann in Paare von jeweils zwei Personen aufgeteilt werden, die sich kurz kennenlernen und einige grundlegende Details (Name, Wohnort, etc.) erfragen. Nach einigen Minuten, wieder in der großen Runde, stellen sich die Paare dann jeweils gegenseitig vor. Der Schlüsselbund der jeweils anderen Person kann dabei als Gedächtnisstütze dienen.

» **Schnellere Alternative:** Die Teilnehmenden stellen sich anhand ihres eigenen Schlüsselbundes in der *Großgruppe* vor.

2b Aufstellungsspiel

Ziel: die Teilnehmenden erfahren mehr über sich und es entstehen erste Anknüpfungspunkte

Details:

- Die Teilnehmenden stellen sich in einer Reihe auf.
- Die Workshopleitenden stellen Fragen, zum Beispiel: „Wo wurdest du geboren?“
- Dann wird ein Startpunkt genannt, der den Ort symbolisiert, an dem sich Gruppe gerade befindet, die Himmelsrichtungen werden benannt.
- Ohne zu sprechen, müssen die Anwesenden dann einschätzen, wie weit entfernt davon sie selbst geboren wurden und dabei auch beachten, dass sie in den richtigen Entfernungen zu den anderen Teilnehmenden stehen.
- Wenn sich alle hingestellt haben, fragen die Workshopleitenden die einzelnen Teilnehmenden.

» **Weitere Beispielfragen:** Wie lange bist du schon beim Unternehmen? Wie viele Geschwister hast du? Wie alt bist du? In welchem Jahr wurdest du geboren?

3 Vorstellung des Ablaufplans (ca. 5–10 Minuten)

Ziel: Teilnehmende können sich auf den Tag/die kommenden Stunden einstellen, fühlen „sich abgeholt“ und informiert

Material: vorher bereits visualisierter Ablaufplan mit ungefähren Uhr- und Pausenzeiten

Details:

- Die Workshopleitung erläutert den Tagesplan und gibt den Teilnehmenden die Möglichkeit, Frage dazu zu stellen oder Wünsche anzumerken.

A2 Muntermachmethoden

1 Aufwärmmethoden

Ziel: Aufwärmübungen vor oder im Rahmen von Workshops stimmen die Teilnehmenden auf das ein, was folgt – zu Beginn oder nach Pausen, sie sorgen für produktive Stimmung und fördern die Konzentration. Die Anleitenden Personen sollten sich zunächst die Frage stellen, welches Ziel sie mit der Aufwärmübung verfolgen, um dann aus den unten aufgeführten Methoden zu wählen.

1a Einfacher Check-In

Ziel: Die Stimmung des Teams einfangen und den Start erleichtern.

Details:

- Die Anleitenden bitten alle Teilnehmer*innen, kurz zu berichten, wie es ihnen gerade geht.
- Als mögliche Ergänzung kann auch der Check-In-Generator genutzt werden: <https://www.checkin-generator.de/>
- Hier sind Einstiegs- und Ausstiegsfragen für Meetings, Sitzungen, Workshops & Co zu finden. Per Zufall wird eine Frage für die Check-In- oder Check-Out-Runde vorgeschlagen.

» **Beispielfragen:** Wozu hast du zuletzt „nein“ gesagt? Was ist der schlechteste Film, den du je gesehen hast? Was ist einer der schönsten Orte, an dem du je warst?

1b Zählen

Ziel: Konzentration und Aufmerksamkeit herstellen

Details:

- Die Gruppe stellt sich in einem Kreis auf.
- Ziel ist es, bis 10 oder 20 zu zählen.
- Es darf aber immer nur eine Person reden und die Reihenfolge darf nicht abgesprochen werden.
- Sagen beispielsweise zwei Personen gleichzeitig „fünf“, müssen alle wieder von vorne anfangen.
- Alternativ kann die Gruppe auch das Alphabet aufsagen.

1c Power-Gesten (ca. 10 Minuten je nach TN-Anzahl)

Ziel: Teilnehmer*innen lernen sich besser kennen und/oder stellen sich einander vor.

Details:

- Die Teilnehmer*innen stellen sich kreisförmig auf.
- Die Teamer*in beginnt und erklärt die Übung.
- Die Teamer*in nennt ihren Namen und macht ihre „Power Geste“, z. B. eine Dehnübung, weil sie in ihrer Freizeit gerne Yoga macht.
- Die Gruppe begrüßt die Teamer*in und macht ihre Power Geste nach.
- Anschließend ist die*der nächste in der Reihe dran.
- So geht es reihum, bis jede*r sich und seine „Power Geste“ vorgestellt hat.

2 Energizer

Zielgruppe: Teilnehmende, die nach einer intensiven Arbeitsphase müde sind

Ziel: Teilnehmende werden aktiviert und bekommen wieder Lust auf die inhaltliche Auseinandersetzung. Energizer können auch immer wieder zwischendurch eingesetzt werden, um die Konzentration zu fördern und Trägheit vorzubeugen.

2a Schere-Stein-Papier-Fanclubs (ca. 10 Minuten je nach Spielverlauf und Teilnehmendenzahl)

Details:

- Das Team paarweise auf und spielt eine Runde „Schere, Stein, Papier“ gegeneinander.
- Wer verliert, wird laut Spielregel zum größten Fan des* der Gewinner*in und stellt sich hinter ihn*sie und feuert ihn*sie laut an.
- Die beiden, die zuletzt übrigbleiben, spielen drei Runden gegeneinander – mit ihrer jeweiligen Fan-Gruppe im Rücken.

2b Roboter

- Details:**
- Die Teilnehmenden sitzen in einem Stuhlkreis.
 - Grundsätzlich gilt die Regel: Es steht jedem*jeder Mitspieler*in frei, wann und wie oft sie*er sich erheben will.
 - Folgende weitere Spielregeln sind einzuhalten:
 - Es wird nicht gesprochen.
 - Jede*r darf höchstens fünf Sekunden stehen.
 - Es müssen immer genau vier Spieler*innen stehen.
 - Jede*r muss sich mindestens zweimal bewegt haben.
 - Dabei sind schnelle Reaktion, gute Beobachtung und Abstimmung gefordert. Das Spiel eignet sich besonders nach längerem Sitzen.

3 Online-Alternativen

3a Vorstellungsrunde mit GIF

- Details:**
- Die Anleitenden stellen folgende Frage in die Runde: „Welches GIF beschreibt dich am besten?“
 - Wenn Teilnehmende nicht wissen, worum es sich handelt, kann auf die Website <https://giphy.com/> hingewiesen und die Fragen anhand der bewegten Bilder geklärt werden.
 - Erläuterung: Ein GIF steht für Graphics Interchange Format ist ein spezielles Grafikformat, ähnlich wie ein JPG. Wenn also von einem GIF gesprochen wird, ist eine Bilddatei mit der Dateiendung GIF gemeint. Während JPG-Dateien starre Bilder darstellen, ist eine GIF-Datei häufig animiert. Meistens wiederholt sich die Animation nach wenigen Sekunden. Es gibt aber auch solche Animationen, die nur einmal durchlaufen und dann beim letzten Bild stehen bleiben.
 - Auf der Website können sich die Teilnehmenden auch inspirieren lassen und sich ein GIF aussuchen.
 - Dieses GIF wird dann in den geteilten Chat gepostet und die Teilnehmenden stellen sich kurz anhand ihres gewählten GIFs vor und geben an die nächste Person weiter.

3b „Alle, die schon ...“

- Details:**
- Die Workshoplanleitenden bitten alle Teilnehmenden, die ihre Webcam eingeschaltet haben, diese nachfolgend auszuschalten.
 - Nun treffen sie Aussage wie “Alle, die schon mal beispielsweise in Thailand waren, schalten ihre Kamera wieder ein.”
 - Nach und nach tauchen die Gesichter der Teilnehmenden auf, auf die die Aussage zutraf.
 - Beispielsfragen: Alle die ... heute schon ihren ersten Kaffee hatten, die schon mal mit Jogginghose im Online-Meeting saßen, sich auf den nächsten Feiertag freuen, in den letzten zwei Wochen einen Tag frei hatten.
 - Schön ist es auch, wenn die Fragen genau auf die Zielgruppe und ihr Fachwissen zugeschnitten sind.

B Vermittlung: Wer sind wir?

Hierbei handelt es sich um den Vermittlungsschwerpunkt. Es geht also vor allem darum, dass durch gezielte Inputs Wissen und Kenntnisse vermittelt werden und dass die Teilnehmenden sich durch niedrigschwellige Aufgabenstellungen mit dem Grundsatzprogramm bekannt machen.

Hintergrundinformationen zur Entstehung des Grundsatzprogramms

Die AWO-Bundeskonferenz beschloss im Jahr 2012, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben, da dieses letztmalig im Jahr 1998 aktualisiert worden war. Die 2014 gebildete Grundsatzkommission initiierte daraufhin einen fünfjährigen Prozess. Dieser war von der Überzeugung getragen, dass eine verbandsweite Identifikation mit dem Programm nur durch entsprechende Partizipation möglichst vieler realisiert werden könne.

Die Fachausschüsse des Präsidiums, die Arbeitskreise der Geschäftsführer*innenkonferenz, die korporativen Mitglieder sowie die Fachabteilungen der Bundesgeschäftsstelle begannen Anfang 2015 ihre Debatte. Gemeinsam erarbeiteten sie eine Grundlage, die im Jahr 2016 erstmalig auf der Sozialkonferenz in Koblenz präsentiert und diskutiert wurde. Auf Basis dieser Rückmeldungen wurde dann ein neuer Entwurf erarbeitet, der 2017 auf einer Fachtagung mit Vertreter*innen aus Stiftungen, Wissenschaft, Gewerkschaften und befreundeten Organisationen erörtert wurde. Im darauffolgenden Jahr fanden in allen vier Himmelsrichtungen der Bundesrepublik Regionaltreffen statt. Auf denen über 400 Mitglieder, Mitarbeiter*innen und Engagierte ihre Anmerkungen und Hinweise in die Entwürfe einarbeiteten. Doch nicht nur dort konnte diskutiert werden, sondern auch auf einer extra für die Grundsatzprogrammentwicklung entworfene Website gab es Raum für Austausch. Dort konnte sich jede Person innerhalb und außerhalb der AWO nach Anmeldung beteiligen. Anschließend wurde jede der Anmerkungen in der Grundsatzkommission ausgewertet.

Das Ziel des Grundsatzprogrammes bestand nie nur in der Herstellung eines Schriftstücks. Ebenso relevant war auch der Prozess des inhaltlichen Ringens, Austauschens und Konsens finden im Mitgliederverband. Eine Diskussion über die eigenen Grundwerte und Leitsätze zu führen – und dass eben nicht nur auf der Führungsebene – war essenziell, um diese Werte auch ins tatsächliche Leben zu bringen. Als Teil der verbandlichen Gemeinschaft wurden im neuen Grundsatzprogramm bewusst neben den Mitgliedern auch die Mitarbeiter*innen und Engagierte genannt. Insgesamt boten der vergangene Selbstvergewisserungsprozess und die daraus entstandenen Inhalte einen verbandlichen Rahmen, um verschiedene Menschen vor Ort zusammenzubringen und in die AWO einzubinden. Nach der Verabschiedung betonten alle Beteiligten, dass letztere keineswegs einen Endpunkt der Debatten darstelle. Jetzt ginge es darum, die Botschaften in die Gesellschaft und den Verband gleichermaßen zu tragen und das Programm mit Leben zu füllen.

Aus: Schwarz, Hanna/Palmer, Frederik (2023): Von Grundsatzprogrammen und Werkzeugkoffern. Warum der innerverbandliche Dialog so wichtig für die Zukunft der AWO in Deutschland ist, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP)*, Bd. 74, Nr.4.

B1 DEMOKRATAIMENT und AWO-Werte

Die DEMOKRATAIMENT-Methoden sind einfache Methoden, die ohne viel Aufwand und große Vorkenntnisse bei unterschiedlichen Anlässen in der AWO vor Ort und in Teams einsetzen werden können. Sie beziehen sich auf unterschiedliche Schwerpunkte und sind in der praktischen Arbeit der AWO-Demokratieprojekte entstanden.

Für diesen Abschnitt wurden sie für die Arbeit mit dem Grundsatzprogramm angepasst. Die Methoden zum Thema Demokratie sind unter folgendem Link zu finden:
<https://demokratie.awo.org/demokratiekompetenzen/demokrataiment/>

1 Quiz zur AWO-Historie (online oder analog, ca. 15. Minuten je nach Bedarf der Erläuterungen)

Zielgruppe: alle, insbesondere aber Teilnehmende, die die Geschichte der AWO noch nicht kennen bspw. neue Mitarbeitende

Ziel: spielerisch Wissen vermitteln, abrufen, auffrischen, Spaß haben und einen ersten Zugang zur AWO ermöglichen

Material: **analog**

- Laptop, Beamer, Internetzugang (<https://demokratie.awo.org/demokratie-vor-ort/veranstaltungen/demokratiequiz/quiz/>)
- die ersten 10 Quizkarten (siehe Anhang, B1.1, S. 120-122)

online

- eigene Smartphones oder Laptops (<https://demokratie.awo.org/demokratie-vor-ort/veranstaltungen/demokratiequiz/quiz/>)

Details:

- **analog**
mit Hilfe der ausgedruckten Quizkarten, die die Workshopleitung vorliest und im Anschluss an die Auflösung zusätzliche Informationen gibt
- **online**
ihr könnt die Teilnehmenden auf ihren eigenen Smartphones spielen lassen, indem ihr den Link (s.o.) mit ihnen teilt oder ihr spielt es über die geteilte Ansicht eurer Videokonferenzplattform

Fragen, die sich besonders eignen (rot markiert sind die korrekten Antworten):

- » Wann wurde die AWO gegründet (**1919**, 1975, 1855)
- » Hintergrund: „Als der Parteiausschuss der SPD am 13. und 14. Dezember 1919 zusammentraf, traf er auf Vorschlag von Marie Juchacz die Entscheidung eine eigenständige sozialdemokratische Wohlfahrtsorganisation in Leben zu rufen: die Arbeiterwohlfahrt. (...) Was 1919 mit Kinderbetreuung, Notspeisungen und Nähstuben begann, erstreckt sich heute über alle Felder der Wohlfahrts- und Sozialpolitik und umfasst auch Bereiche wie Gesundheit, Alter und Behinderung oder Migration“ (Aus:
- » Wer hat die AWO gegründet? (Angela Merkel, Marie Curie, **Marie Juchacz**)
- » Wie viele Mitglieder hat die AWO bundesweit? (mehr als 50.000, **mehr als 300.000**, mehr als 80 Millionen)
- » Wofür setzt sich die AWO ein? (**Eine sozial gerechte Gesellschaft**, Steuerfreiheit für alle, den Ausbau des Online-Handels)
- » Welcher Begriff gehört NICHT zu den Werten der AWO? (Solidarität, **Reichtum**, Gerechtigkeit)
- » Warum werden Menschen AWO Mitglied? (**Weil sie sich für eine sozial gerechte Gesellschaft einsetzen möchten**, Weil sie tolle Preise gewinnen können, **Weil sie sich mit ihren Grundwerten Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit identifizieren**)
- » Welche besondere Rede hat die AWO Gründerin Marie Juchacz gehalten? (**Die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament am 19.2.1919**, Die Radioansprache zur Gründung der AWO im Jahr 1919, Die erste Rede, die im deutschen Fernsehen übertragen wurde)
- » In welcher Bewegung hat die AWO ihren Ursprung? (**Arbeiterbewegung**, Studentenbewegung der 1960er Jahre, Anti-Atomkraft-Bewegung)
- » Wofür setzt sich die AWO **NICHT** ein? (Kinderschutz, **Die Förderung der Autoindustrie**, Gleichberechtigung aller Geschlechter)

2 Wertebalken

Zielgruppe: alle

Ziel: vertiefter in die Auseinandersetzung über Werte zu kommen, Einstieg in die weiteren Inhalte

Material: Fünf ausgedruckte (wenn möglich laminierte) Werte, Vorlage (siehe Anhang B1.2, S. 123–128)

Details:

- Die Workshopleitenden haben fünf Stationen mit jeweils einem Wert aufgebaut. Sie fordern die Teilnehmenden auf, sich jeweils der Station mit dem von ihnen bevorzugten Wert zu zuordnen
- Danach können die Teilnehmenden ihrer jeweiligen Kleingruppe kurz darüber ins Gespräch kommen. Um das Gespräch in Gang zu bringen, eignen sich folgende Fragen:
 - Welche Bedeutung hat dieser Wert aus deiner Sicht heute in der AWO vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Situation?
 - Sind diese Werte nur positiv? Oder gibt es auch Grenzen von Freiheit, Toleranz und Solidarität?
 - Was genau ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit?
 - Sind Solidarität und Toleranz oder Gerechtigkeit und Freiheit immer zu vereinen? Wo hört beispielsweise die Toleranz gegenüber (vermeintlich) unsolidarischem Verhalten auf? Wann ist die Beschneidung der Freiheit der einen aufgrund von Gerechtigkeitsüberlegungen einer anderen gegenüber gerechtfertigt?

» **Alternativ:** können sich die Teilnehmenden in Kleingruppen (max. 4–5) von Station zu Station bewegen und jeweils drei bis fünf Minuten diskutieren.

» **Auswertung:** In der anschließenden Reflexion in der Gruppe können die Teilnehmenden z. B. gefragt werden, ob es für sie interessante oder überraschende Ansichten im Rahmen der Gespräche gab. Die Teilnehmenden können gefragt werden, wo sie sich einig waren, wo es Differenzen gab. In der Auswertung sollte verdeutlicht werden, dass die AWO-Werte in der gemeinsamen Auseinandersetzung einen differenzierten Zugang ermöglichen und sich ganz persönliche Haltungen offenbaren.

3 Gruppenarbeit zu den AWO-Werten (ca. 40 Minuten)

Information: Hierbei handelt es sich um einen Teil des Vertiefungsmoduls, das dem Planspiel „zusammen.Werte.leben – Alle unter einem Dach“ ist entnommen ist, welches im Rahmen der AWO-Freiwilligendienste für die Seminare im FSJ UND BFD erarbeitet wurde. Es handelt sich um eine Adaption des Planspiels „zusammenleben. zusammenhalten“, welches in Zusammenarbeit mit der *Planspielagentur polyspektiv* (www.polyspektiv.eu) im Auftrag der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des *Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V.* (www.politischejugendbildung.de) entwickelt wurde.

Die daran anschließende Adaption für die AWO-Freiwilligendienste, aus welcher Teile hier genutzt werden, wurde erstellt von *planpolitik e. V.* (www.planpolitik.de).

Zielgruppe: Teilnehmende, die noch nicht lange bei der AWO sind, Teilnehmende aus unterschiedlichen Fachbereichen

Ziel: Teilnehmende setzen sich intensiv mit der Komplexität der AWO-Werte auseinander, Teilnehmende erkenne die Bedeutung der Werte führen (Arbeits-)Alltag

Material: Arbeitsblätter zu den fünf AWO-Werten (siehe Anhang B1.3, S. 129-134), fünf Flipcharts mit den unterschiedlichen Werten sowie dem Arbeitsauftrag „Welche Rolle spielt der Wert in eurem Arbeitsalltag? Nennt konkrete Beispiele, wo diese Bedeutung sichtbar wird“.

Details:

- Die Teilnehmenden bilden fünf Kleingruppen, die schwerpunktmäßig zu einem Wert arbeitet.
- Jede Gruppe erhält ein Arbeitsblatt mit der jeweiligen Werte-Definition aus dem AWO-Grundsatzprogramm.
- Die Teilnehmenden werden gebeten, sich darüber auszutauschen, wo der Wert des Arbeitsplatzes in ihrem Arbeitsalltag eine Rolle spielt.
- Die Beispiele werden auf dem entsprechenden Flipchart festgehalten.
- Jede Gruppe stellt im Anschluss ihre Diskussionsergebnisse anhand des Flipcharts im Plenum vor. Dafür haben sie ca. 3 Minuten Zeit.

B2 Einführung in das Grundsatzprogramm

Diese Methoden beschäftigen sich mit der Entstehung des Grundsatzprogramms und liefern einen ersten Einstieg in den Aufbau des Schriftstücks und seine inhaltlichen Facetten.

1 Quiz zur Geschichte des Grundsatzprogramms (ca. 20 Minuten mit Erläuterungen und Nachfragen)

Zielgruppe: alle, insbesondere Teilnehmende, die sich interaktive Methoden wünschen

Ziele: niedrigschwellige Vermittlung der Entstehung Grundsatzprogramms 2019

Material: Laptop und Beamer, Dokument mit Fragen und Antworten (siehe Anhang B2.1, S. 135-140), unbeschriftete DIN-A4-Blätter, dicke Filzmarker

Details:

- Die Teilnehmenden werden in Gruppen à max. 4 Personen aufgeteilt.
- Die Workshopleitung stellt die erste Frage und die Gruppen haben 30 Sekunden Zeit, um sich über eine Antwort zu verständigen und sie auf ein DIN-A4-Blatt zu schreiben.
- Auf ein Zeichen der Workshopleitung halten alle Gruppen ihre Antwort hoch.
- Die anleitende Person zeigt die Antwort auf der Leinwand und gibt Hintergrundinformationen.
- Nach der letzten Frage kann an alle Teilnehmenden eine kleine Belohnung ausgeteilt werden, zum Beispiel in Form veganer Süßigkeiten.

Fragen und Antworten

Wie viele Leitsätze enthält das Grundsatzprogramm?

Antwortmöglichkeiten: 7,5,8

Hintergrund: Es gibt im Grundsatzprogramm 8 Leitsätze. Der Leitsatz zur Selbstverpflichtung ist am Ende zu finden, da diese gemeinsam mit den Grundwerten zu Anfang die Klammer um alle gesellschaftlichen und politischen Forderungen bilden.

Gemeinsam bilden diese Kernthesen das Leitbild der AWO. Hier finden sich die Themen, die für die AWO in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind und eine Klammer um die fachliche Arbeit (ab S. 12 Grundsatzprogramm). Sie kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden der Arbeit der AWO. Sie ermöglichen es uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitenden sowie Engagierten und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

In wie vielen unterschiedlichen Fassungen gibt es das GP?

Antwort: 3; lange Fassung, kurze Fassung (ohne detaillierte Beschreibung der Fachlichkeit), Fassung in einfacher Sprache (siehe Anhang Grundsatzprogramm in leichter Sprache, S. 80–113)

Wir beschäftigen uns heute mit dem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2019. Wann wurde das Programm davor letztmalig aktualisiert?

Antwort: 1998

Wer steuerte die Entwicklung des Grundsatzprogramms?

Antwortmöglichkeiten: Der Bundesverband, die AWO Westliches Westfalen, **eine Grundsatzkommission aus Haupt- und Ehrenamt**

Hintergrund: Die Grundsatzkommission war von der Überzeugung getragen, dass eine verbandsweite Identifikation mit dem Programm nur durch entsprechende Partizipation möglichst vieler realisiert werden könne. Die Fachausschüsse des Präsidiums, die Arbeitskreise der Geschäftsführer*innenkonferenz, die korporativen Mitglieder sowie die Fachabteilungen der Bundesgeschäftsstelle begannen Anfang 2015 ihre Debatte. Gemeinsam erarbeiteten sie eine Grundlage, die im Jahr 2016 erstmalig auf der Sozialkonferenz in Koblenz präsentiert und diskutiert wurde. Auf Basis dieser Rückmeldungen wurde dann wiederum ein neuer Entwurf erarbeitet, der 2017 auf einer Fachtagung mit Vertreter*innen aus Stiftungen, Wissenschaft, Gewerkschaften und befreundeten Organisationen erörtert wurde. Im darauffolgenden Jahr fanden in allen vier Himmelsrichtungen der Bundesrepublik Regionaltreffen statt, auf denen über 400 Mitglieder, Mitarbeiter*innen und Engagierte ihre Anmerkungen und Hinweise in die Entwürfe einarbeiteten. Doch nicht nur dort konnte diskutiert werden, sondern auch auf einer extra für die Grundsatzprogrammentwicklung entworfene Website gab es Raum für Austausch. Hier konnte sich jede Person innerhalb und außerhalb der AWO nach Anmeldung beteiligen. Anschließend wurde jede der Anmerkungen in der Grundsatzkommission ausgewertet.

(Aus: Schwarz, Hanna/Palmer, Frederik (2023): Von Grundsatzprogrammen und Werkzeugkoffern. Warum der innerverbandliche Dialog so wichtig für die Zukunft der AWO in Deutschland ist, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP), Bd. 74, Nr.4.)

Wie lange dauerte der Prozess der Überarbeitung des alten Grundsatzprogramms?

Antwortmöglichkeiten: 5 Jahre, 15 Jahre, 2,5 Jahre

Hintergrund: Die AWO-Bundeskonzferenz beschloss im Jahr 2012, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben, da dieses letztmalig im Jahr 1998 aktualisiert worden war. Die 2014 gebildete Grundsatzkommission initiierte daraufhin einen fünfjährigen Prozess, der 2019 mit der Verabschiedung am 19. Dezember endete.

(Aus: ebd.)

2 **Gemeinsames Durchblättern mit kurzem Input** (ca. 5–15 Minuten, je nachdem wie viel Vorwissen besteht)

Zielgruppe: Alle, die das Grundsatzprogramm noch nicht (gut) kennen, neue Mitarbeiter*innen

Ziele: Die Teilnehmenden verstehen den Aufbau des Grundsatzprogrammes und welche Motivationen es verfolgt. Sie haben nun gehört, dass das Programm kein Werk des Bundesverbandes ist, sondern gemeinschaftlich erarbeitet wurde.

Material: Exemplare des Grundsatzprogramms in Langfassung, TUP-Text (siehe Anhang S. 114–119) als Hintergrundwissen

Details:

- Nachdem die Exemplare ausgeteilt wurden, können die Workshopleitenden den Aufbau des Grundsatzprogramms einmal durchgehen.
- Je nach Vorwissen der Teilnehmenden, können die Workshopleitenden mehr zu Entstehung und Hintergrund des Grundsatzprogramms sagen. Hierzu kann der Text „Von Grundsatzprogrammen und Werkzeugkoffern. Warum der innerverbandliche Dialog so wichtig für die Zukunft der AWO in Deutschland ist“ im Anhang S. 114–119 behilflich sein.
- In der **Einleitung** wird erläutert, warum sich die AWO ein neues Grundsatzprogramm gegeben hat.
- Die in 7 **Leitsätze** abgebildeten Themen sind für die AWO in allen Bereichen der eigenen **Fachlichkeit** von entscheidender Bedeutung (bspw. Demokratie, Diversität, Nachhaltigkeit, Qualität, Unabhängigkeit, Armutsbekämpfung). Sie sollen Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitenden und Engagierte in der AWO bilden. Zu jedem Leitsatz gibt es eine ausführliche Beschreibung.
- Die Kapitel zur **Fachlichkeit** verdeutlichen die Schwerpunkte der eigenen Sozialen Arbeit und formulieren Visionen und Kernthesen für eine gerechte Gesellschaft in verschiedenen Branchen und Themenbereichen.
- Das Kapitel der **Selbstverpflichtung** bildet die Abschlussklammer um die Forderungen, die das Grundsatzprogramm in den vorherigen Kapiteln an Politik und Gesellschaft gestellt hat. Hier geht es vor allem um Transparenz, Aufsicht und Compliance in den eigenen Strukturen.
- Im **Glossar** werden komplexere Konzepte und Begrifflichkeiten noch einmal ausführlicher erklärt.

C Was wollen wir? Das AWO-Selbstverständnis

Im Rahmen dieser Methode können sich die Teilnehmenden langsam mit den konkreten Inhalten und politischen Botschaften des Grundsatzprogramms vertraut machen und ihre Meinung zu den inhaltlichen Aussagen äußern.



1 Assoziationen zum Grundsatzprogramm (ca. 20–25 Minuten)

Zielgruppe: für Teilnehmende mit und ohne AWO-Vorwissen geeignet

Ziele: Einstieg in die Inhalte, ins Denken kommen, Begrifflichkeiten konkretisieren

Material: drei Stühle, Flipchart, Stifte

Details:

- Drei Stühle werden nebeneinander so aufgestellt, dass jede*r sie sehen kann.
- Die Workshopleitenden bitten eine*n Teilnehmer*in als Startspieler*in zu fungieren, diese darf sich dann einen Beispielbegriff aussuchen (siehe weiter unten) und setzt sich in die Mitte der drei Stühle.
- Eine workshopleitende Person schreibt den jeweiligen Beispielbegriff als Überschrift auf ein Flipchart (noch umgedreht, sodass die Teilnehmenden den Begriff nicht sehen können).
- Die Person in der Mitte der Stühle nennt nach Aufforderung der Workshopleitung ihren Begriff.
- Diejenigen, die eine Assoziation zu dem erstgenannten Begriff haben, stehen auf und setzen sich rechts und links neben die Person und nennen ihren assoziierten Begriff (Achtung: Wer zuerst sitzt, darf bleiben).
- Auch hier gibt es kein richtig und falsch: es ist einfach interessant, einen Eindruck voneinander zu bekommen.
- Die mittige Person wählt einen der genannten assoziierten Begriffe der links und rechts sitzenden Personen, mit dem dann weiter gemacht wird.
- Die Person mit dem gewählten Begriff rutscht in die Mitte und die anderen beiden gehen zurück auf ihre Plätze, sodass die äußeren beiden Stühle wieder frei sind.
- Die Person in der Mitte nennt noch einmal ihren Begriff, eine anleitende Person schreibt diesen in der Form eines Baumdiagramms mit, sodass der Verlauf der Assoziationen gut nachvollziehbar wird.
- Es können so viele Runden gespielt werden, wie gewünscht.
- Zum Abschluss schauen sich alle gemeinsam den Assoziationsbaum an.
- Die Anleitenden können noch einmal in die Runde fragen: Was überrascht oder fällt auf oder fehlt?

- » **Beispielbegriffe (aus dem AWO-Grundsatzprogramm):** Wertegemeinschaft, Vielfalt, Nachhaltigkeit, soziale Ungleichheit, soziale Daseinsvorsorge, Mitgliederverband, Demokratie, demokratischer Sozialismus, Menschenrechte, Umverteilung, Sozialstaat, Teilhabe, Gemeinwohl, Tradition, Engagement, Selbstbestimmung, Sozialwirtschaft, Interessenverband, Sozialanwältin, Inklusion, Antirassismus, Gleichberechtigung, Sozialdienstleistungen, Armut, Transparenz, Wohlfahrt, Freie Wohlfahrtspflege, Fürsorge, Würde, Mitbestimmung, Zivilgesellschaft, Chancengleichheit, Ehrenamt, Hauptamt, Fachkräfte, soziale Arbeit, Ortsverein, Kreisverband, Innovation, Professionalität, Zukunftsfähigkeit, Arbeiter*innenbewegung, sozial-ökologische Transformation, Bildung, Subsidiarität, Gremien, Gemeinwohlorientierung, Gemeinnützigkeit, Sozialraum, Wirtschaftlichkeit, Klient*innen, Wertebindung, Sozialpolitik, Selbsthilfe, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit, Diversität

2 Meinungsbarometer (ca. 15 Minuten)

Zielgruppe: Teilnehmende, die sich auf inhaltlicher Ebene mit den Aussagen des Grundsatzprogrammes auseinandersetzen wollen und können

Ziele: inhaltlicher Einstieg in die fachlichen Themen, Positionen in der Gruppe sichtbar machen und Abgleich mit den Positionen des Grundsatzprogramms sowie mit aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen

Material: Metaplankärtchen, dicke Filzstifte, Kreppklebeband

- Details:**
- Die Workshopleitenden bereiten themenbezogene Thesen vor, auf die mit „stimme zu“ oder „lehne ab“ reagiert werden kann.
 - Hierbei ist es sinnvoll, die Thesen auf den jeweiligen Kontext anzupassen, findet der Workshop also hauptsächlich mit Verbandsreferent*innen oder Ehrenamtlichen statt, ist es sinnvoll, Thesen zum Kapitel *Ehrenamt* zu diskutieren, spreche ich mit Migrationsberater*innen, kann das Kapitel *Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit bzw. Solidarität in einer globalisierten Welt* besprochen werden usw.
 - Der Raum wird längs durch eine mit Klebeband gezogene Linie geteilt, an deren Ausgangs- und Endpunkt Metaplankärtchen mit „0 %“ und „100 %“ gelegt werden.
 - Ein*e Person liest die erste These laut vor – komplizierte Thesen sollten zusätzlich für alle sichtbar aufgeschrieben werden – und bittet die Gruppe, sich je nach Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung entlang der Linie zu positionieren, dabei sind Zwischenpositionen wie „stimme halb zu“ möglich.
 - Die Workshopleitenden stellen klar, dass es kein richtig oder falsch gibt, dass das Grundsatzprogramm davon lebt, auch vermeintliche Grundsatzüberzeugungen zu hinterfragen und dass es unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten der Thesen gibt.
 - Die Workshopleitenden bitten bei jeder Runde, ein paar der Teilnehmenden, ihre Positionierung zu begründen, ohne sie dazu zu drängen. Es ist auch in Ordnung, wenn Mitmachende sich nicht äußern möchten.
 - Es kann spannend sein, gerade die gegensätzlichsten Positionierungen abzufragen und die Teilnehmenden, zu ermutigen, diese kurz anzudiskutieren.

- wenn es keine Kontroversen gibt und sich alle einig sind, ist es auch möglich, die Teilnehmenden zu bitten, Aussagen mit Beispielen zu untermauern. Hier können Fragen gestellt werden wie „wie könnte das konkret aussehen“ oder „woran würdest du das erkennen?“
- aus den Positionierungen und Konkretisierungen können erste Diskussionsansätze entstehen, die mit Hinweis auf die später erfolgende tiefergehende Auseinandersetzung mit den Inhalten des Grundsatzprogramms, nach ein paar Minuten sanft von den Workshopleitenden beendet werden können

Mögliche Thesen (können theoretisch zu allen Kapiteln des Grundsatzprogramms gebildet werden):

Beispiel Alter und Altern (S. 12)

- Im Fall von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit muss es möglich sein, im vertrauten Umfeld zu bleiben.
- Rentner*innen müssen sich auf eine lebensstandardsichernde Rente, die auf lohnorientierten Rentenanpassungen beruht und oberhalb der Grundsicherung liegt, verlassen können.
- Um auf den bevorstehenden Wandel der Arbeit mit einer gerechten Alterssicherung zu reagieren, sind langfristig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.
- Um Altersarmut zu verhindern, braucht es insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
- Für Geringverdienende soll es Rentenfreibeträge in der Grundsicherung geben.
- Die Renten sollen im Falle der Erwerbsminderung weiter verbessert werden.
- Es soll keine weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters geben.

Beispiel Bürgerschaftliches Engagement (S. 14)

- Engagement führt zu Begegnungen und zum Kennenlernen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt.
- Engagement ist in seinem kritischen Eigensinn anzuerkennen und darf nie dauerhaft staatliche Infrastruktur und Leistungen ersetzen.
- In der Engagementförderung sollen digitale Kommunikationswege vermehrt aufgebaut werden.
- Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Engagement inklusiv gestalten.
- Niemandem darf durch finanziellen Aufwand der Einsatz für die Gemeinschaft erschwert werden.
- Engagement ist seinem Wesen nach unentgeltlich. Eine Vergütung darf nur in Form von angemessener und transparenter Aufwandsentschädigung erfolgen.
- Eine Existenzsicherung durch Vergütung im Bürgerschaftlichen Engagement entspricht weder dessen Charakter noch ist sie moralisch vertretbar.

3 World-Café Fachlichkeit (45-60 Minuten je nach Teilnehmendenzahl)

Zielgruppe: Teilnehmende, die Lust haben sich auch mit fachfremden Inhalten aus dem Grundsatzprogramm zu beschäftigen

Ziele: tiefergehende Einblicke in die AWO-Positionen in verschiedenen Arbeitsfeldern

Material: Tische, dicke Filzstifte, Kreppklebeband, Kopien der Grundsatzprogramme (Langfassung, siehe Anhang S. 35-65) je nach Teilnehmendenzahl

- Details:**
- Zu Beginn stellen die Workshopleitenden den Ablauf der gesamten Methode vor.
 - Die Teilnehmenden einigen sich untereinander mit welchem Thema der Fachlichkeit aus dem Grundsatzprogramm (Alter, Arbeit, Bildung, Bürgerschaftliches Engagement, Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit, Europa, Familie, Gleichstellung und Frauenpolitik, Gesundheit, Kindheit und Jugend, Menschen in besonderen Lebenslagen, Menschen mit Behinderung, Pflege, Solidarität in einer globalisierten Welt) sie sich gerne beschäftigen wollen und teilen sich dementsprechend in Kleingruppen mit jeweils 3-4 Personen auf, die dann für den Rest der Methode zusammenarbeiten.
 - Daran anschließend folgt die Kleingruppenphase (ca. 20 Minuten).
 - Jede Kleingruppe beschäftigt sich mit dem von ihr gewählten Fachlichkeitskapitel, lesen zunächst jede*r für sich und klären anschließend in der Gruppe Verständnisfragen.
 - Danach diskutieren sie das von ihnen Gelesene, folgende Leitfragen können ihnen dabei helfen: Welche Argumente überzeugen dich? Welche nicht? Was überrascht dich? Was fehlt deiner Meinung nach in diesem Kapitel?
 - Im Anschluss daran beginnt das World-Café und die Teilnehmenden verteilen sich auf die vorher von der Workshopleitung vorbereiteten Tische.
 - Je nach Gruppenanzahl werden so viele Tische wie es Gruppen gibt aufgebaut, auf denen jeweils leeres Flipchartpapier und mehrere Marker liegen.
 - Die Kleingruppen teilen sich so auf, dass an jedem Tisch ca. gleich viele Vertreter*innen aus jeder Gruppe sitzen.
 - Pro Tisch wird eine Person ausgewählt, die während der Diskussionen auf dem Flipchartpapier mitschreibt.
 - Die Anleitende stellt pro Runde einen Arbeitsauftrag vor.
 - Es gibt insgesamt zwei Runden, nach jeder Runde wechseln alle Teilnehmenden den Tisch, sodass wieder an jedem Tisch Vertreter*innen aus jeder Kleingruppe anwesend sind.
 - Arbeitsauftrag 1. Runde: Stellt euch gegenseitig eure Fachlichkeitsarbeit vor. Dabei können euch die Zwischenüberschriften als Struktur helfen. Haltet dabei auf dem Papier die wichtigsten Informationen fest.
 - Nur die Person, die mitgeschrieben hat, bleibt an dem jeweiligen Tisch sitzen, um vor der nächsten Runde die neuen Teilnehmenden über die vorherigen Diskussionen zu informieren.
 - Arbeitsauftrag 2. Runde: Inwieweit ist euer Thema ausreichend beschrieben und dazu geeignet, die Grundsätze der AWO in diesem Feld darzustellen? Sammelt Ergänzungen, Konkretisierungen und Kritikpunkte in einer anderen Farbe und haltet sie auf dem Flipchartpapier fest.
 - Abschließend werden die Flipchartposter aufgehängt und die Teilnehmer*innen können sich die Ergebnisse der anderen Gruppen ansehen.
 - Zum Abschluss können die Mitschreibenden der unterschiedlichen Tische vorstellen, welche Ergänzungen sie vorgenommen haben.

4 Zukunftsdebatten (ca. 30–40 Minuten, je nach Teilnehmendenzahl)

- Zielgruppe:** Teilnehmende, die Lust haben auf einer abstrakteren Ebene über Grundsatzprogramme im Allgemeinen und Speziellen zu philosophieren sowie Teilnehmende, die das Grundsatzprogramm an sich bereits gut kennen und Lust haben, über zukünftige Entwicklungen der AWO zu sprechen
- Ziele:** die Meinungsbildung der Teilnehmenden zur Thematik Grundsatzprogramm zu schärfen und weitergehende Überlegungen zur Zukunft der Grundsatzprogrammatisierung treffen
- Material:** ausgedruckte Version des Interviews mit Wolfgang Schröder in der AWO Ansicht 4/16 (siehe Anhang, C4, S. 141–146)
- Details:**
- Die Teilnehmenden können den Text erst zunächst in Ruhe für sich lesen.
 - Im Anschluss kann innerhalb der Großgruppe darüber diskutiert werden, wo es Konsense und Dissense mit den im Text geäußerten Thesen gab.
 - Folgende Fragen können dabei Diskussionsimpulse bieten:
 1. Müssten die Grundwerte der AWO erweitert werden? Wenn ja, um welche Konzepte? Beispielsweise um Nachhaltigkeit oder Emanzipation?
 2. Handelt es sich bei der AWO noch um eine „ur-sozialdemokratische“ Organisation? Wenn ja, sollte sie sich mehr von der Sozialdemokratie abwenden? Oder wenn nein, ihr zuwenden?
 3. Wie könnte eine zeitgenössische Aktualisierung der Grundwerte konkret aussehen?
 4. Sind Grundsatzdebatten zu unkonkret und wirklichkeitsfern? Wenn ja, wie könnte eine Verständigung über die gemeinsamen Überzeugungen alternativ aussehen?
 5. Stimmt es, dass u.a. die AWO dem Prinzip des „Immer-höher-weiter-schneller“ gehuldigt und sich damit von den eigenen Grundpositionen entfernt hat? Wenn ja, wo seht ihr das? Wie könnte man diesen Trend umkehren?

D Aktualisierung und Abgleich // Ins Handeln kommen

1 AWO-Beratungskommission (ca. 45-60 Minuten)

- Wichtig:** Eine Voraussetzung für diese Methode ist, dass die Teilnehmenden bereits in vorheriger Übung das World-Café Fachlichkeit durchlaufen haben!
- Zielgruppe:** Methode bietet sich an für Teilnehmende, die sich in einer vorherigen Übung bereits mit Inhalten des Grundsatzprogramms auseinandergesetzt haben
- Ziele:** Teilnehmende werden in ihrer Expertise die AWO betreffend, gesehen, können sich über mögliche Veränderungspotentiale austauschen, Teilnehmende können tiefer in fachfremde Thematiken eintauchen
- Material:** Tische, dicke Filzstifte, Kreppklebeband, Grundsatzprogramme (Langfassung, siehe Anhang S. 35-65)
- Details:**
- In dieser Übung schlüpfen die Teilnehmenden in die Rolle einer Beratungsorganisation, die dabei helfen soll, die Inhalte aus dem Grundsatzprogramm in die Tat umzusetzen und abschließend Empfehlungen auszusprechen.
 - Sie bleiben in den jeweiligen Kleingruppen aus der World-Café Methode, arbeiten aber jetzt zu einem anderen Thema (wenn sie also beispielsweise im World-Café zum Thema Altern gearbeitet haben, so arbeitet sie diese Runde zu einem der anderen bereits im World-Café besprochenen Kapitel).
 - Anhand der im World-Café im 2. Arbeitsauftrag gesammelten Ergänzungen, Konkretisierungen und Kritikpunkte der vorherigen Gruppe, erarbeiten die Kleingruppen ein bis drei Kurzvorträge (max. 90 Sekunden), die auf die Herausforderungen reagieren und möglichst konkret sind, dafür haben sie ca. 15-20 Minuten Zeit.
 - Im Anschluss kommen ein oder mehrere Personen aus der jeweiligen Gruppe nach vorne und stellen ihre Ideen möglichst professionell und prägnant vor.
 - Dabei soll Fantasie und Spaß keine Grenze gesetzt sein, beispielsweise können die Kurzvorträge wie in Fernsehwerbesendungen, die Idee der Gruppen mit ausufernder Begeisterung beschreiben. Man kann sich aber auch als seriöse*r CEO geben, der die Vorteile für die Organisation herunterbetet.
 - Das Publikum kann mit Applaus reagieren, je nachdem, wie überzeugt es von den Ideen ist.

2 Leitsatz-Debatte (30-40 Minuten)

Zielgruppe: Teilnehmende, die Lust haben, auf ein wenig Text- und Philosophiearbeit

Ziele: Verknüpfung der Haupt- bzw. Ehrenamtspraxis der Teilnehmenden mit Inhalten des Grundsatzprogramms

Material: Grundsatzprogramm, Flipchart

- Details:**
- Die Arbeit mit den Leitsätzen des Grundsatzprogramms findet in 4 Kleingruppen statt, die sich jeweils für einen der folgenden Leitsätze (II, III, IV, V) entscheiden:
 - Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur (S.6).
 - Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft (S. 7)
 - Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt (S. 8)
 - Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen (S.9).
 - Die anleitende Person, gibt den Teilnehmenden die Möglichkeit, die Leitsätze im Grundsatzprogramm zugänglich zu überfliegen und bittet sie, sich anschließend für einen Leitsatz zu entscheiden und sich dementsprechend in Kleingruppen zusammenzufinden.
 - Im Vorfeld haben die Workshopleitenden bereits folgende Leitfragen visualisiert:
 1. Wo entspricht die AWO ihren Leitsätzen?
 2. Wo hinkt die AWO diesem Anspruch hinterher?
 3. Was bräuchte es bei dir vor Ort, um diesem Anspruch gerecht zu werden?
 4. Was tut die AWO, um diesem Anspruch gerecht zu werden bzw. welche Barrieren und praktischen Bedarfe gibt es?
 5. Welche innovativen Ansätze gibt es für eine gelebte Verankerung der Leitsätze in der AWO-Praxis?
 - Die Anleitenden erläutern, dass die Teilnehmenden die Unterkapitel zu ihren entsprechenden Leitsätzen erst einmal für sich lesen sollen und im Anschluss in der Gruppe die Fragen in Bezug auf das Gelesene diskutieren können, dafür haben sie ca. 20 Minuten Zeit.
 - Ihre Ergebnisse können sie auf Moderationskarten festhalten und im Anschluss an die Kleingruppendiskussion im Plenum vorstellen.
 - Eine der beiden anleitenden Personen kann nach dem jeweiligen Kurzvortrag, die jeweiligen Karten mit Klebeband zu den entsprechenden Leitfragen kleben.

3 Neue Leitsätze für unseren Fachbereich (45-50 Minuten)

Zielgruppe: Teilnehmende, die fachlich in ähnlichen oder den gleichen Bereichen arbeiten, Gruppen, bei denen der Wunsch vorherrscht, möglichst konkret zu überlegen, welche Veränderungen vor Ort vorgenommen werden können, um möglichst entsprechend der Werte zu arbeiten

Ziele: Leitsätze analog zum „Leitbild zu vielfaltsbewusster Führung“ für verschiedene Fachlichkeiten entwickeln (beispielsweise für werteorientierte Pflege, Migrationsberatung oder Zusammenarbeit im Team)

Material: Das Leitbild „Vielfaltsbewusst in Führung“ ausgedruckt oder als PDF für die Teilnehmenden (siehe Anhang D3, S. 147-156), ein Flipchartpapier pro Gruppe, Permanentmarker

Details:

- Je nach Teilnehmendenzahl werden drei Gruppen gebildet zu den Unterthemen des Leitbildes „Vielfaltsbewusst in Führung“ (1. Vielfalt und Inklusion, 2. Vertrauen und Unterstützung, 3. Kommunikation und Unterstützung).
- Die Teilnehmenden teilen sich in ihre Gruppen auf und lesen ihr jeweiliges Unterkapitel erst einmal still, im Anschluss daran können sie Fragen zum Gelesenen klären. Dafür haben sie ca. 5 Minuten Zeit.
- Hierbei geht es vor allem darum, ein Beispiel vor Augen zu haben, wie man sich auf gemeinsame Grundsätze verständigen und diese nieder schreiben kann.
- Darauf folgend besprechen sie, wo sie in ihren konkreten Fachbereichen Handlungsbedarf sehen, was die eigene Zusammenarbeit und den Umgang mit den Klient*innen und Besucher*innen umgeht.
- Jetzt geht es darum, so konkret wie möglich zu werden: Jede Gruppe denkt sich einen Leitsatz aus, der ihrer Meinung nach besonders gut zu dem Handlungsbedarf passt, den sie lokalisiert hat. Hier sind den Themenschwerpunkten keine Grenzen gesetzt: vom Umgang mit verschiedenen Hierarchieebenen zum Umgang mit Klient*innen in Stresssituationen oder in finanziell angespannten Zeiten. Alle Themen können in das Leitbild aufgenommen werden. Der Leitsatz mit seinen möglichen Explikationen wird auf einem Flipchartpapier verschriftlicht. Für Diskussion und Verschriftlichung können 20 bis 25 Minuten eingeplant werden.
- Wichtig ist, dass die Anleitenden hier vollkommene Anonymität zusichern. Es geht nicht darum, danach Bericht an die Vorgesetzten zu erstatten, sondern um einen Austausch unter Kolleg*innen und im besten Fall wird man anschließend gemeinsam tätig.
- Zum Abschluss stellen sich die verschiedenen Gruppen ihre Leitsätze und Hintergründe dieser vor. Jede Gruppe hat dafür 5 Minuten Zeit.
- Die Poster können behalten werden und wenn gewünscht als Erinnerung in den eigenen Büros aufgehängt werden.
- Zum Abschluss kann die Workshopleitung fragen, inwiefern sich die Teilnehmenden vorstellen können, tatsächlich weiter an ihrem eigenen Leitbild zu arbeiten und wo sie dafür Raum im eigenen Arbeitsalltag sehen.

E Feedback

Feedback ist eine Rückmeldung darüber, wie etwas von einzelnen Menschen gesehen oder empfunden wird und entspricht immer nur einer individuellen Realität. Im Alltag geben und erhalten wir ständig Feedback, z. B. durch Gähnen, Kopfnicken und Zustimmung- oder Ablehnungsgesten.

Feedback im Rahmen einer Workshopeinheit ist eine Rückmeldung über eine Sache oder über das Verhalten anderer. Es umfasst negative und positive Wahrnehmungen und Gefühle und ist für Workshopgebende sowie wie Teilnehmende gleichermaßen gewinnbringend. Die Workshopgebenden profitieren von den Verbesserungsideen und der Schwachstellenaufdeckung durch die Teilnehmenden und können so mehr über verschiedene Zielgruppen und ihre eigene Arbeit erfahren. Die Teilnehmenden wiederum können ihre Erfahrung in der Schilderung ihrer eigenen Wahrnehmung ausbauen und können diese mit in ihren Arbeitsalltag nehmen.

Dabei ist es sinnvoll, einige Regeln zu befolgen, wenn ihr eine Feedbackrunde anleitet.

Feedbackregeln

- Ich-Botschaften senden: beim Feedback sollte man nur von der eigenen Einschätzung sprechen. Was haben bestimmte Momente bei einem selbst ausgelöst hat und was würde man sich wünschen. Eigene Eindrücke, Gefühle, Gedanken und Bedürfnisse können in Ich-Botschaften formuliert werden, ohne dem Empfänger die Verantwortung dafür zuzuschieben.
- Keine Interpretation: Feedback sollte keine Interpretationen oder Ursachenvermutungen für das Verhalten anderer aufstellen.
- Konkrete Formulierungen wählen: Gutes Feedback hat beschreibenden Charakter. Es sollte sich auf konkrete Ereignisse und konkretes Verhalten beziehen.
- Feedback ist konstruktiv und solidarisch: Feedback sollte weder als Angriff formuliert noch aufgefasst werden.
- Nachfragen sind erlaubt, Rechtfertigungen nicht: Gerade kritische Feedback ist manchmal nicht leicht anzunehmen. Das muss man auch nicht. Zuhören, Nachfragen und das Gehörte mit eigenen Worten zu paraphrasieren sind sinnvoller als die eigene Verteidigung. Im Nachhinein kann die Person, die Feedback bekommen hat, nach eingehender Reflektion der Meinung sein, dass sie das Feedback nicht annehmen möchte. Das ist ok.
- Seminarfeedback ist keine Diskussion: Jede*r Teilnehmende hat die Möglichkeit etwas zu sagen. Während einer Feedbackrunde sollte allerdings nicht diskutiert, sondern lediglich zugehört werden.

- Ziele:** Die Teilnehmenden erinnern sich an die Inhalte des Workshops, können eventuelle ausstehende Fragen klären und können für die Leitung wertvolle Rückmeldungen geben.
- Material:** Ablaufplan je nach Feedback-Methode, Pinnwand mit aufgemalter Zielscheibe, Metaplankarten mit aufgemaltem Koffer, Fragezeichen und Papierkorb, A4-Papier, leere Moderationskarten in verschiedenen Farben
- Details:**
- Eine der anleitenden Personen rekapituliert kurz anhand des Ablaufplans und der aufgezeichneten Methoden, was im Workshop alles passiert ist, und weist nochmal auf besonders spannende Diskussionen oder lustige Ereignisse hin.
 - Danach fragt sie in die Runde, ob es noch Rückfragen gibt oder die Teilnehmenden noch etwas in der Großgruppe loswerden müssen.
 - Im Anschluss daran leitet sie eine der folgenden Feedbackmethoden an:

1. SMS-Auswertung

Die Teilnehmenden schreiben anonym eine fiktive SMS von max. 20 Wörtern auf eine Moderationskarte an eine Freundin, darüber was sie heute erlebt haben. Die Wortbeschränkung führt häufig dazu, dass sich auf das Wesentliche konzentriert wird.

2. Offene Auswertungsrunde

Nacheinander sagen alle blitzlichtartig, was ihnen gut gefallen hat, was sie sich anders gewünscht haben und welche Fragen eventuell offenbleiben.

3. Fünf-Finger-Auswertung

Auf einem DIN-A4-Zettel malen die Teilnehmenden eine Hand mit fünf Fingern. Jedem Finger wird ein Feedbackpunkt zugeordnet.

- Kleiner Finger: das ist mir zu kurz gekommen ...
- Ringfinger: das nehme ich mit ...
- Mittelfinger: richtig blöd fand ich ...
- Zeigefinger: diesen Hinweis möchte ich euch noch geben ...
- Daumen: das hat mir gut gefallen ...

4. Koffer-Papierkorb-Fragezeichen

Drei vorher bemalte Moderationskarten in unterschiedlichen Farben werden gut sichtbar an eine Pinnwand gehängt. Darauf abgebildet sind ein Koffer, der die Methoden oder Inhalte, die die Teilnehmenden aus dem Workshop mitnehmen, symbolisiert. Das Fragezeichen steht für weiteren Klärungsbedarf oder offene Fragen. Der Papierkorb steht für Inhalte, mit denen die Teilnehmenden nichts anfangen konnten bzw. die sie nicht interessierten. Alle Teilnehmenden nehmen sich eine Karte der entsprechenden Farbe und füllen diese anonym und für sich allein aus. Wenn alle fertig sind, nehmen sich die Leitenden die Fragezeichen Karten zu Hand, lesen diese vor und beantworten sie.

5. Zielscheibe

Die Workshopleitenden haben eine Zielscheibe, die jeweils nochmal in fünf bis sieben Teile untergliedert ist, die jeweils Fragen enthalten, aufgemalt. Diese wird an eine Pinnwand gehängt. Die Funktion dieser Zielscheibe wird erläutert (innen positiv, außen negativ). Alle Teilnehmenden bekommen fünf bis sieben Klebepunkte, mit denen sie dann die unterschiedlichen Fragen beantworten können. Die fertige Pinnwand können sich im Anschluss alle nochmal ansehen und diejenigen, die etwas dazu sagen wollen, bekommen die Möglichkeit.

Mögliche Fragen

- Wie viel Neues hast du heute erfahren?
- Wie gut war ein roter Faden erkennbar?
- Wie aktiv warst du im Workshop?
- Wie deutlich konntest du deine eigene Meinung sagen?
- Wie interessant fandest du die Diskussionen?
- Wie hat dir der Workshop insgesamt gefallen?
- Hast du Lust, weiter mit dem Grundsatzprogramm und seinen Inhalten zu arbeiten?

Anhang

	Seite
Fassungen des Grundsatzprogramms	
Langfassung	35
Kurzfassung	66
Leichte Sprache	80
Einführungstext zum Grundsatzprogramm	114
B) Vermittlung: Wer sind wir?	
B1.1) Quiz zur AWO-Historie (Quizkarten)	120
B1.2) Wertebalken (Werte)	123
B1.3) Gruppenarbeit zu den AWO-Werten (Arbeitsblätter)	129
B2.1) Quiz zur Geschichte des Grundsatzprogramms (Fragen & Antworten)	135
C) Das AWO-Selbstverständnis: Was wollen wir?	
C4) Zukunftsdebatten (Interview Wolfgang Schroeder)	141
D) Ins Handel kommen: Aktualisierung und Abgleich	
D3) Neue Leitsätze für unseren Fachbereich (Leitbild „Vielfaltbewusst in Führung“)	147

Grundsatzprogramm – Langfassung



Gemeinsam für soziale
Gerechtigkeit.

Das Grundsatzprogramm
der Arbeiterwohlfahrt.

BESCHLOSSEN AUF DER SONDERKONFERENZ
AM 14. DEZEMBER 2019 IN BERLIN.

Inhalt

Einleitung	2
Unsere Leitsätze	4
I. Unsere Grundwerte	5
II. Mensch und Gesellschaft	6
III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft	7
IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt	8
V. Soziale Ungleichheit bekämpfen	9
VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität	10
VII. Unsere Fachlichkeit	11
1. Alter und Altern	12
2. Arbeit	12
3. Bildung	13
4. Bürgerschaftliches Engagement	14
5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit	15
6. Europa	16
7. Familie	18
8. Gleichstellung und Frauenpolitik	18
9. Gesundheit	19
10. Kindheit und Jugend	20
11. Menschen in besonderen Lebenslagen	22
12. Menschen mit Behinderungen	22
13. Pflege	23
14. Solidarität in <i>einer</i> globalisierten Welt	24
VIII. Wir verpflichten uns	26
Glossar	28
Impressum	29

Einleitung

Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten. Gegründet im Jahr 1919, finden sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten. Mit diesem Anspruch schreiben wir unsere Geschichte als unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband fort. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten sich dabei an den Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen aus. Unser Handeln wird bestimmt durch unsere Grundwerte und unsere Verpflichtung gegenüber der Würde des Menschen: Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale programmatische Orientierung für den gesamten Verband. Es ist in seinen Überzeugungen fest verwurzelt in unserer Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung und weiß um die historische Aufgabe dieses Verbandes. Das Programm dient dazu, sich der eigenen Grundwerte zu vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das Fortkommen der Gesellschaft. Zugleich ist es eine Selbstverpflichtung, das eigene Handeln unentwegt kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen.

Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Politik bestimmt, die die soziale Situation vieler Menschen verschlechtert haben und bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 und die daraus gezogenen falschen politischen Konsequenzen haben das Vertrauen in die politischen Akteure erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der Geflüchteten-situation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen die gelebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und streiten für eine Gesellschaft, die die*den Einzelne*n achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.

Berlin, den 14. Dezember 2019.



Die Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt sind die Kernthesen unseres Leitbilds in den Kapiteln I.–VIII. Im Leitbild versammeln wir Themen, die für uns in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind und eine Klammer um unsere fachliche Arbeit VII. 1.–14. bilden.

Sie kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden unserer Arbeit.

Sie ermöglichen es uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitenden sowie Engagierten und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

Unsere Leitsätze

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

I. Unsere Grundwerte

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Unsere Vision einer gerechten Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft drückt sich seit unserer Gründung im freiheitlichen demokratischen Sozialismus aus: Allen Menschen stehen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu. Der freiheitliche demokratische Sozialismus ist zugleich unser nie endender Auftrag, für eine fortschrittliche, freie, gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen. Mit unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten überwinden, soziale Gerechtigkeit schaffen und allen Menschen gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Staat ist verpflichtet, allen ein Leben in Würde und ohne Armut zu sichern.

Freiheit bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei von Willkür, Unterdrückung, Not und Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und die Freiheit anderer zu respektieren.

Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung. Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen mitzuwirken und sozial abgesichert zu sein.

Gerechtigkeit herrscht, wenn jeder Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung: Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise für kommende Generationen und zum Wohl der Natur nachhaltig zu gestalten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, sich konsequent für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Die ökologische und soziale Gestaltung einer Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren Zielen, Lebensstilen und Handlungen muss weltweit eine lebenswerte Zukunft sichern.

Solidarität entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und den anderen zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung. Solidarität kennt keine nationalen Grenzen. Der Staat macht durch Recht Solidarität bindend. Im Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen.

Toleranz erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen und Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der Gesellschaft.

II. Mensch und Gesellschaft

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Als Wohlfahrtsverband ist unsere Arbeit geprägt von der Zusammenarbeit mit dem Menschen. Wir sind uns der Würde und der Freiheit jeder* jedes Einzelnen bewusst und sehen die Menschen- und Grundrechte als unveränderliche Grundlage für Staat und Gesellschaft an. Wir treten für diese Rechte ein und fördern die Menschlichkeit in der Welt. Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen aus Notlagen befreien. Wir erfahren durch unsere Arbeit, dass Menschen sich entwickeln und lernen wollen. Dabei begleiten und unterstützen wir sie individuell und setzen bei ihren Potenzialen an. So fördern wir Selbstverantwortlichkeit und Autonomie.

Wir bestärken den Menschen im Rahmen seiner Fähigkeiten, für sich und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Solidarität über Generationen, Grenzen und Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger*innen. Deswegen fördern wir Mitbestimmung an den Orten, wo Menschen leben, arbeiten und sich begegnen. Sie brauchen geeignete Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale zu entfalten und miteinander zu kooperieren.

Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit zurückzufallen. Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und gewalttätigen Übergriffen. Wir bekämpfen jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung, Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen. Vorurteilen und Stereotypen begegnen wir mit Aufklärung, Argumenten und Dialog.

Wir verstehen uns als Teil der antifaschistischen Bewegung. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander ein und verurteilen jede Art von psychischer und physischer Gewalt.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftssystem. Wir setzen uns für eine Ökonomie ein, die weltweit faire und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen anstrebt. Sozialer Fortschritt gelingt weltweit nur nachhaltig bei gleichzeitigem Schutz der Natur. Technischer Fortschritt und Digitalisierung sind dort zu fördern, wo sie die Lebensqualität der Menschen verbessern. Die Privatsphäre und die Selbstbestimmung der*des Einzelnen sind immer zu garantieren. Wir wollen eine chancengerechte Gesellschaft, in der jede*r Zugang zu der notwendigen Technologie hat, die Teilhabe ermöglicht. Es wird darauf ankommen, dass digitale Kompetenzen über alle Schichten, Geschlechter, Altersgruppen und Berufsfelder hinweg erlernt werden können.

III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Unsere Grundwerte bestimmen unser Handeln im Mitgliederverband, in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen und in unserer politischen Interessenvertretung. Das macht uns zu einer starken Gemeinschaft. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten wir an den Bedürfnissen der Menschen und an unseren politischen Zielen aus.

Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bestimmen demokratisch über die Entwicklung des Verbandes und unsere politischen Positionen. Sie prägen das Bürgerschaftliche Engagement, steuern und beaufsichtigen unsere sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Als Teil der Zivilgesellschaft betonen wir die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinnützige, demokratische Mitgliederorganisationen werden weiterhin Triebfeder für eine solidarische und demokratische Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir Menschen für uns begeistern, sie als Mitglieder gewinnen und ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte einsetzen. Zugleich fördern wir neue Formen des Engagements und öffnen unsere Räume für innovative Angebote sowie für das Erleben von Gemeinschaft. Wir wollen verstärkt Kooperationen mit anderen Akteuren eingehen. So können wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der Generationen und einer Gesellschaft in Vielfalt gerechter werden.

Die Mitarbeitenden der Arbeiterwohlfahrt sind Teil unserer Gemeinschaft. Hand in Hand mit unseren Ehrenamtlichen und Engagierten garantieren sie Professionalität, Stabilität und Innovation in unserem Verband.

Wir ermöglichen, dass unsere Mitarbeitenden unsere Grundwerte leben und die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitgestalten können. Wir stehen für Gute Arbeit auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.

Zu uns gehört das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Als selbstständiger und eigenverantwortlicher Kinder- und Jugendverband organisiert es sich über demokratische Strukturen und bereichert unseren Verband. Das Jugendwerk vertritt die Anliegen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und gibt uns wichtige Impulse. Wir unterstützen das Jugendwerk und arbeiten auf allen Ebenen in Gremien und vor Ort zusammen. Gemeinsam sichern wir die Zukunft.

IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir stärken die Vielfalt und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen. Die Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Menschenrechte sind das Fundament auf dem Weg in eine offene Gesellschaft. Diese Rechte sind nicht verhandelbar und für jede*n einklagbar. Wir sind überzeugt, dass sie den Raum und die Sicherheit schaffen, damit in einer Gesellschaft in Vielfalt sozialer Zusammenhalt gelebt wird. Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle, ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen.

Eine Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit abzuschaffen. Mit dieser Haltung schreiben wir unsere Tradition fort. Unser Eintreten für eine Gesellschaft in Vielfalt ist mit unserer Arbeit für eine gerechte Gesellschaft eng verbunden. Die Ungleichheit im Kapitalismus steht dem Ziel der Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen entgegen. Mit unserer Vision eines freiheitlichen demokratischen Sozialismus drücken wir aus, dass eine gerechte Gesellschaft erreichbar ist. Soziale Absicherung, gleiche Bildungschancen und die gerechte Verteilung von Ressourcen sowie die Achtung aller Menschen hängen unmittelbar miteinander zusammen.

Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung, mit und ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

Das solidarische Miteinander ist für das Individuum und unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir streiten für ein starkes Gemeinwesen und öffentliche Räume, die für alle nutzbar sind. Um eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, handeln wir nach dem Prinzip der Inklusion.

V. Soziale Ungleichheit bekämpfen

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und unsere Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft körperliches sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleiche Lebenschancen. Wir wollen Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden, wollen wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern. Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

Die digitale Transformation muss sozial und teilhabeorientiert gestaltet werden. Sie darf die bestehende soziale Spaltung nicht weiter verschärfen, sondern muss Teilhabe für alle ermöglichen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die ausreichende technische Ausstattung insbesondere bereits sozial benachteiligter Gruppen sowie die Weiterbildung und Begleitung aller Mitglieder der Gesellschaft in das digitale Zeitalter.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist für uns untragbar. Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale Dienstleistungen. Bund, Länder und Gemeinden haben auf Dauer bedarfsgerecht Sozialmietwohnungen vorzuhalten.

Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte Ungleichheiten mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb müssen Angebote auch in strukturschwachen Regionen einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.

Auch außerhalb der Städte ist die Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass sie die Teilhabe aller Menschen ermöglicht. Wir kämpfen bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen und einen starken Sozialstaat.

Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu Bildung zusammen: Während Armut strukturell zu geringer sozialer Teilhabe und politischer Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und Macht. Das schwächt das Vertrauen in Demokratie, Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus werden in einer ungleichen Gesellschaft immer wieder Menschen in sozial schwachen Lebenslagen gegeneinander ausgespielt. Wir betonen die besondere Verantwortung und Verpflichtung für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entstehen. Der demokratische Staat ist verpflichtet, Ausgleich im Sinne der Allgemeinheit zu schaffen.

Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine solidarische Gesellschaft. Dafür kämpfen wir.

VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität: Der Staat trägt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, wir übernehmen die Trägerschaft von Einrichtungen, Diensten und Maßnahmen. Als Anwältin der Betroffenen nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und erstreiten soziale Rechte. Wir beziehen fundiert und kritisch Stellung zur sozialen Lage in Deutschland und Europa.

Vor Ort handeln wir gemeinwohlorientiert und arbeiten mit Kostenträgern auf der Grundlage von Verträgen und transparenten Förderungsbedingungen partnerschaftlich zusammen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote und Dienstleistungen. Unser Ziel ist es, die notwendige soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.

Als gemeinnützige Organisation gewährleisten wir, dass unsere Erträge nur für unsere sozialen Zwecke eingesetzt werden. Wir stehen für ein gebotenes Maß an Wirtschaftlichkeit und gehen sorgfältig und transparent mit unseren finanziellen Ressourcen um. Wir bedienen nicht die Renditeinteressen fremder Geldgeber.

Der Staat braucht starke Partner im Sozialraum. Der Wert der Subsidiarität für die Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern. Handlungsfähige und sozial verantwortungsvolle Kommunen sind die Voraussetzung, um den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Die Freie Wohlfahrtspflege sichert eine bundesweite Versorgung, eine Einbindung von Ehrenamt und Engagement, eine wertegebundene Steuerung im Sinne des Gemeinwohls sowie die Erhaltung der Wunsch- und Wahlfreiheit der Menschen. Die voranschreitende Deregulierung sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Wir fordern eine Neugestaltung von Vergabe- und Förderungsregelungen, sodass die Wahrung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gewährleistet wird.

Wir werden unsere Maxime einer freien und wertegebundenen Arbeit bewahren und stellen uns mit unserer Fachlichkeit und der Qualität unserer Leistungen dem Wettbewerb. Für den Erhalt und den Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaats werden wir in Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen. Wir wollen ein soziales Europa, das das deutsche Sozialstaatsmodell anerkennt und die regionale Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet.

VII. Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Seit unserer Gründung im Jahr 1919 haben wir uns zu einer gemeinnützigen Organisation entwickelt, die in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik aktiv ist. Unsere Arbeit richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus und versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Wir arbeiten wirkungsorientiert, zuverlässig und auf Basis von fachlichen Standards. Wir entwickeln die Fachlichkeit weiter und setzen uns für die erforderlichen Rahmenbedingungen politisch ein.

Unsere Angebote richten sich an Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihrer Religion, Weltanschauung, Nationalität, ihrem Familienstand oder Geschlecht. Wer zu uns kommt, ist für uns Expert*in der eigenen Lage. Wir schützen sie*ihn vor Übergriffen durch Dritte und arbeiten präventiv gegen jegliche Form von Gewalt. An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende, Mitglieder und Engagierte.

Inklusion ist unser Prinzip, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Wir fördern in der Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen das Bewusstsein, dass niemand ausgegrenzt und diskriminiert werden darf. Das bedeutet, unsere Vorurteile zu reflektieren sowie unsere Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie der Einzigartigkeit jedes Menschen gerecht wird.

Interkulturalität ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer Angebote, Maßnahmen und Projekte. In der Arbeiterwohlfahrt werden antisemitische, rassistische und extremistische Äußerungen sowie Handlungen entschieden, auch mit juristischen Mitteln, verfolgt.

Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile. Mitarbeitende und Engagierte werden gleichermaßen wertgeschätzt. Einstellung, Bezahlung, Förderung und Aufstiegsmöglichkeiten erfolgen unabhängig vom Geschlecht.

Die Soziale Arbeit bietet zahlreiche Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten für digitale Anwendungen. Sie sind Teil unserer auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit. Der zentrale Bestandteil all unserer Aktivitäten bleibt jedoch der menschliche Kontakt. Digitalisierung und Technik setzen wir zum Wohl unserer Klient*innen und zur Entlastung unserer Mitarbeitenden ein. Inklusion, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit und einen am Menschen orientierten Einsatz von Technik und Digitalisierung herzustellen, ist eine Querschnittsaufgabe.

Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus.

Die Kernthesen unserer fachlichen Arbeit VII. 1.-14. werden auf den folgenden Seiten erläutert.

1. Alter und Altern

Wir treten für eine alters- und altersgerechte Politik ein, die es Menschen bis ins hohe Alter ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten und selbstbestimmt zu leben. Weil sich die Folgen von Armut, prekärer Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit im Lebensverlauf gerade im Alter zeigen, ist es Aufgabe der Politik, Ungleichheit zu verringern. Uns geht es um ein würdevolles Altern aller Menschen.

Leben im Alter

Viele Menschen sind im Alter alleine. Deshalb fördern wir Gemeinschaft und Austausch. Im Fall von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit muss es möglich sein, im vertrauten Umfeld zu bleiben. Dafür braucht es ein Wohnumfeld, das regional, flexibel und bedarfsorientiert ausgestaltet ist. Bürger*innen und lokale Akteure sind einzubeziehen, sektorenübergreifende Kooperationen sind herzustellen. Wir streiten für generationengerechte Infrastrukturen und bezahlbare Wohnangebote.

Für eine solidarische Alterssicherung

Mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze und nach einem erfüllten Arbeitsleben hat jede*r das Recht auf eine Rente, mit der sie*er ihr*sein Leben im Alter finanziell unabhängig gestalten kann. Diese Versicherten müssen sich auf eine lebensstandardsichernde Rente verlassen können, die auf lohnorientierten Rentenanpassungen basiert und oberhalb der Grundversicherung liegt. Das kann auch trotz demografischer Veränderungen eine solidarische, beitragsorientierte und dynamische gesetzliche Rentenversicherung leisten. Zudem treten wir für ein verbessertes Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Um auf den bevorstehenden Wandel der Arbeit mit einer gerechten Alterssicherung zu reagieren, sind langfristig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

Altersarmut verhindern

Wer im Alter von Armut betroffen ist, hat aus unterschiedlichen Gründen meist Lücken in der Erwerbsbiografie. Zu viele können diese Lücken nicht durch private oder betriebliche Altersvorsorge schließen. Um Altersarmut zu verhindern, braucht es insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie eine professionelle Begleitung von Übergängen in Ausbildung und Beruf. Für Geringverdienende fordern wir eine bessere Absicherung bei der

Rente und Rentenfreibeträge in der Grundversicherung. Sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen vor Altersarmut infolge privater Sorgearbeit besser geschützt werden.

Erwerbsminderungsrente

Erwerbsminderung darf nicht in Armut führen. Wir wollen, dass die Renten im Fall der Erwerbsminderung weiter verbessert werden. Das gilt auch für Menschen, die bereits eine Rente beziehen. Zugleich wissen wir, dass Rehabilitation und individuelle Unterstützung die Chance von Menschen erhöhen, wieder am Arbeitsleben teilzunehmen.

Gesund in den Ruhestand

Wir fordern gute Bedingungen für einen gesunden und flexiblen Eintritt in den Ruhestand: verbesserte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen, Weiterbildung, Gesundheitsförderung in den Betrieben sowie flexible Übergangsmo- delle. Eine weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

2. Arbeit

In einer sich wandelnden Arbeitswelt setzen wir uns für eine gute soziale Absicherung der Arbeitnehmer*innen ein. Die sozialen Sicherungssysteme sind entsprechend den neuen Anforderungen auszubauen. Der Anstieg atypischer und prekärer Arbeit, der digitale Wandel und gewandelte Erwartungen der Arbeitnehmer*innen erfordern von uns einen starken Einsatz für ihre Rechte.

Arbeit wird auch in Zukunft eine zentrale, sinnstiftende Bedeutung haben. Sie ermöglicht gesellschaftliche Anerkennung und Identifikation und kann die Basis bilden, um sich zu verwirklichen und unabhängig zu sein. Weiterbildung und Qualifizierung sowie die Vereinbarkeit von Arbeit mit privater Sorgearbeit müssen im Interesse der Arbeitnehmer*innen gestaltet werden.

Soziale Arbeit: unsere Kernaufgabe

Der Widerspruch zwischen der Bedeutung sozialer Dienstleistungen für unsere Gesellschaft und ihren Rahmenbedingungen ist erheblich. Soziale Arbeit stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bietet sichere Arbeitsplätze und ist ein wesentlicher

Wirtschaftsfaktor für dieses Land. Ohne die Entlastung privater Sorgearbeit durch professionelle soziale Dienstleistungen würde dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet. Wir wollen die Bedingungen in der Sozialen Arbeit weiter verbessern und mitgestalten: Wir fordern höhere Löhne und Personalschlüssel, allgemein gültige Tarifverträge und geringere Arbeitsbelastung. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind im Hinblick auf Mitarbeitende und Klient*innen kompetent, dienstleistungsorientiert und sicher zu nutzen.

Digitalisierung einbetten und Regelwerke bindend machen

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Die Chancen der Digitalisierung dürfen nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wie einer ständigen Erreichbarkeit führen. Arbeitnehmer*innen haben das Recht auf Freizeit und Trennung von Arbeit und Leben. Wo Arbeit über Clouds und Plattformen organisiert wird, braucht es Regeln und Absicherung zum Schutz neuer Erwerbsformen. Es gilt, die gleichen gesetzlichen Regelungen bindend zu machen, wie sie bei niedergelassenen Anbietern gelten.

Neues Leitbild für die Arbeitsmarktpolitik

Zukünftige Arbeitsmarktpolitik hat den Menschen zu befähigen, sich an seinem Lebenslauf, seinen Bedürfnissen und Stärken zu orientieren. Arbeitsmarktpolitik muss auch Beiträge zum Strukturwandel in den unterschiedlichen Regionen in Deutschland leisten und insbesondere auf die Beschäftigung junger Menschen abzielen. Wir fordern eine Neudefinition der Dienstleistungen in den Behörden und arbeitspolitische Maßnahmen, die die Grenzen einer Politik des Forderns und Förderns erkennen. Wer langfristig keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt findet, braucht einen Sozialen Arbeitsmarkt – Qualifizierung, Coaching oder Begleitung und Lohnkostenzuschüsse sind notwendig. Wir kämpfen für einen inklusiven Arbeitsmarkt und setzen uns mit unseren arbeitsmarktpolitischen und sozialpädagogischen Angeboten dafür ein. Darüber hinaus sind steigende Risiken, Brüche und Übergänge gesellschaftlich und nicht individuell durch einen erweiterten Schutz der Arbeitslosenversicherung aufzufangen.

Freie Träger als Akteure der Arbeitsmarktintegration

Wir wollen mit unseren Einrichtungen inklusive Regelsysteme schaffen, die auch benachteiligte Menschen für das Arbeitsleben befähigen.

Begleitende und passgenaue individuelle Unterstützung durch qualifizierte Fachkräfte ist hier unabdingbar. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der Arbeitsmarktmaßnahmen, faire Vergabeverfahren und langfristige Angebote ein.

Die Grundsicherung der Zukunft

Wir streiten für eine Grundsicherung, die mehr als das menschenwürdige Existenzminimum umfasst und echte Teilhabe ermöglicht. Arbeitssuchende brauchen eine Beratung, Vermittlung und Betreuung auf Augenhöhe: Vertrauen ist die wichtigste Ressource in den Jobcentern. Dafür braucht es ein Umdenken, weg von einer kennzahlbasierten Steuerung mit dem Fokus darauf, die Kosten zu senken. Wir machen uns stark für eine menschnahe Beratung.

3. Bildung

Bildung ist eine zentrale Ressource für die individuelle Lebensführung und ein Prozess zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit. Bildung ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben und bildet die Grundlage, um gesellschaftliche sowie politische Prozesse mitzugestalten. Durch die Digitalisierung haben viele Menschen schnell Zugang zu Informationen. Doch nur wer zur Nutzung von digitalen Medien und deren Informationen befähigt ist, kann selbstbestimmt und kritisch damit umgehen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Bildung allen Menschen offensteht, um gleiche Bildungschancen – unabhängig von der Herkunft, einer Behinderung, dem familiären Bildungshintergrund oder der wirtschaftlichen Lebenslage – zu realisieren. Wir setzen uns für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung, der Aus-, Fort- und Weiterbildung und der Hochschule ein. Dazu sind bundesweite Mindeststandards und vergleichbare Lernbedingungen herzustellen.

Bildung im 21. Jahrhundert gestalten

Dem Bildungsprozess ist ausreichend Zeit und Raum einzuräumen. Er ist mehr als eine abschließliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Ungleich verteilte Bildungschancen sind durch stärker auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen zugeschnittene Bildungsangebote und Lernformen auszugleichen. Wir sind überzeugt, dass die Vermittlung interkultureller, sozialer, demokratischer, digitaler und ökologischer

Kompetenzen notwendige Inhalte von Bildung sind. Niedrigschwellige und kostenfreie Zugänge ermöglichen ein lebenslanges Lernen. Sie sind in allen Lebensphasen rechtlich abzusichern.

Die Bildung der Zukunft ist offen für Vielfalt

Wir wollen Vielfalt in der Bildung fördern. Deshalb sind alle Bildungsinstitutionen inklusiv auszugestalten. Wir fordern bestmögliche Teilhabe aller entlang des gesamten Bildungsvlaufes und den Abbau aller Ungleichheiten.

Verschiedene Lernorte anerkennen und vernetzen

Eine chancengerechte Bildungspolitik beachtet, stärkt und schätzt gleichermaßen formale, nonformale und informelle Lernorte. Bildungsorte in öffentlicher Verantwortung müssen barrierefrei sein. Zentrale Bildungsorte sind Familien, die Kindertagesbetreuung, die Peergroups, die Jugend(verbands)arbeit, die Schule, der Sozialraum, die Medien genauso wie Ausbildung und Beruf. Eine enge Kooperation und Vernetzung aller Akteure im Sozialraum ist vonnöten. Sie basiert auf einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit und hat eine ganzheitliche Bildung im Blick. Informelle Bildungsprozesse wie in der Familie sind eine Bereicherung, dürfen jedoch nicht für schulischen Bildungserfolg vorausgesetzt werden.

Frühkindliche Bildung als Grundstein von Bildungserfolgen

Wir denken in aufeinander aufbauenden und vernetzten Hilfsangeboten im Sinne von Präventionsketten und wissen, dass Bildung bereits vor dem Eintritt in Institutionen durch die Eltern beginnt. Anschließend sind es Kindertageseinrichtungen und -pflege, die als Orte frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung von Kindern fördern. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Chancengleichheit, zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Inklusion. Um diese Aufgaben zu erfüllen, brauchen sie personell, finanziell und organisatorisch gute Rahmenbedingungen.

Eingebunden in den Sozialraum: die Ganztagschule als Regel

Die Ganztagschule als Ort des gemeinsamen Lernens und Lebens muss zu ihrer Gestaltung pädagogische Konzepte und Standards bieten, die sich über den ganzen Tag erstrecken und Lern- mit Freizeitangeboten verbinden. Wir wollen, dass die barrierefreie Ganztagschule in gebundener Form zur Regel wird.

Sie setzt eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule voraus, sichert Übergänge im Bildungsverlauf und schafft am besten Chancengleichheit für alle jungen Menschen. Ihr Potenzial entfaltet die Ganztagschule erst, wenn sie gebührenfrei ist. Schulen sind hin zu einem Lern- und Lebensort zu entwickeln und in den Sozialraum zu integrieren.

Übergänge sichern und Durchlässigkeit fördern

Wir fordern, dass die Durchlässigkeit unterschiedlicher Bildungswege erhöht wird. Vor dem Hintergrund der hohen Abbruchzahlen bei Übergängen zwischen den Bildungsinstitutionen bietet die Jugendsozialarbeit eine sozialpädagogische Unterstützung, die auch im Übergang von der Schule in den Beruf wirkt. Wir wollen Angebote der Jugend- und Eingliederungshilfe, der Berufsberatung und Berufsförderung sowie der Betriebe stärker mit der Schule vernetzen und in ein kommunal abgestimmtes Übergangssystem einbinden.

Gute Bildungsangebote brauchen qualifiziertes Personal

Für verlässliche und professionelle Bildungsangebote brauchen wir qualifiziertes Personal und arbeitsfeldbezogene Fort- und Weiterbildungsangebote. Die Qualität dieser Angebote muss kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Weiter fordern wir tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen, eine der Aufgabe und Qualifikation angemessene Bezahlung und eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung. Weiterbildung ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie muss über rein betriebliche Interessen hinausgehen und auch vom Staat unterstützt werden.

4. Bürgerschaftliches Engagement

In einer Demokratie übernehmen Bürger*innen Verantwortung im Gemeinwesen und kontrollieren staatliches Handeln. Deshalb verstehen wir das Engagement unserer Mitglieder und Engagierten als Ausdruck unseres politischen Gestaltungsanspruchs. Wir fördern kurzzeitiges ungebundenes Engagement genauso wie langfristiges festes Ehrenamt. Das ist unser Beitrag zu einer lebendigen Zivilgesellschaft in diesem Land.

Engagement führt zu Begegnungen und zum Kennenlernen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Für die*den Einzelne*n kann Engagement Sinn und Erfüllung sowie Teilhabe an der Gesellschaft sein. Aus diesen Gründen ist es für uns entscheidend, dass Engagement über alle Altersgrenzen und gesellschaftlichen Gruppen hinweg gelernt und gelebt werden kann.

Engagement ist freiwillig und unabhängig

Bürgerschaftliches Engagement erfolgt auf freiwilliger Basis und verfolgt eigene Zwecke und Ziele. Dabei braucht es gute Rahmenbedingungen, um sich frei zu entfalten. Als Teil der Freien Wohlfahrtspflege treten wir für dauerhafte und auskömmlich finanzierte Strukturen der Engagementförderung ein. Engagement ist in seinem kritischen Eigensinn anzuerkennen und darf nie dauerhaft staatliche Infrastruktur und Leistungen ersetzen.

Engagement braucht Raum und ist vielfältig

Engagement braucht eine Ermöglicungskultur, die Räume für Beteiligung eröffnet. Die Motive der Engagierten sind hier Ausgangspunkt für das Engagement, solange sie vereinbar mit dem Grundgesetz sind. Engagement findet zunehmend ortsunabhängig, kurzfristig und auch digital statt. Diese unterschiedlichen Formen ergänzen einander. Wir treten dafür ein, dass in der Engagementförderung digitale Kommunikationswege aufgebaut und gefördert werden. Sie ermöglichen Vermittlung und Koordination und eröffnen neue Wege der Selbstorganisation.

Chance auf Engagement für alle

Engagement ermöglicht vielfältige Lernprozesse und Teilhabe. Damit sich Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen beteiligen können, benötigen sie spezifische Zugänge zum Engagement. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern sollte gerade auch Menschen in prekären Lebenslagen und die Gleichstellung aller Geschlechter fördern. Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Engagement inklusiv gestalten.

Engagement braucht Zeit und einfache Zugänge

Zeitmangel ist ein großes Hindernis für ein längerfristiges Engagement. Menschen sollten ihr Engagement mit Schule, Ausbildung, Beruf

und Familie vereinbaren können. Wir wissen um die Bedeutung früher Erfahrung mit Engagement für die eigene Biografie. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Schüler*innen schon früh Engagement und Jugendverbandsarbeit nahegebracht werden.

Internationales Engagement schafft Frieden und baut Vorurteile ab

Wir wollen gezielt Engagement über den lokalen und nationalen Kontext hinaus ermöglichen. Austauschprogramme, insbesondere im Jugendbereich, Engagement im Rahmen internationaler Kooperationen oder die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft schaffen wichtige Berührungspunkte zwischen verschiedenen Kulturen und sollten ausgebaut werden.

Bürgerschaftliches Engagement für jede*n ermöglichen

Niemandem darf durch finanziellen Aufwand der Einsatz für die Gemeinschaft erschwert werden. Zugleich ist Engagement seinem Wesen nach unentgeltlich und darf nur gegen eine angemessene und transparente Aufwandsentschädigung erfolgen. Damit ehrenamtliches Engagement nicht als notwendige Einnahmequelle missdeutet wird, setzen wir uns für auskömmliche und steigende Löhne und eine dadurch gut ausgestattete Altersabsicherung durch die gesetzliche und betriebliche Rente ein. Eine Existenzsicherung durch Vergütungen im Bürgerschaftlichen Engagement entspricht weder dessen Charakter noch ist sie moralisch vertretbar.

5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe für eingewanderte Menschen an der Gesellschaft organisieren und fördern Vielfalt. Eine erfolgreiche Einwanderungspolitik verständigt sich mit allen hier lebenden Menschen auf gemeinsame Normen.

Für uns kann sich erfolgreiche Einwanderungspolitik nur am Prinzip der Inklusion ausrichten. Wir werden weiterhin Einwander*innen unterstützen und begleiten sowie Strukturen und Haltungen in der Gesellschaft bekämpfen, die dem Grundrecht eines jeden Menschen auf freie Entfaltung der Persönlichkeit entgegenstehen.

Einwanderungsrecht gestalten

Neben dem Integrationsrecht und dem Asylrecht braucht es ein Einwanderungsrecht, das für Menschen Wege in die Bundesrepublik eröffnet, die Arbeit und ein besseres Leben suchen. Durch ein zukunftsorientiertes Einwanderungsrecht wird auch das Asylrecht geschützt. Die Ausgestaltung des Einwanderungsrechts hat sowohl humanitäre als auch arbeitsmarktpolitische Aspekte zu berücksichtigen.

Inklusion durch gesellschaftliche Teilhabe

Inklusion bezieht sich auf alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir treten dafür ein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft und ihren Institutionen zu eröffnen. Strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung sowie Zugangsbarrieren von der politischen bis zur institutionellen Ebene gilt es zu identifizieren und abzubauen.

Migrationssozialarbeit schafft Chancengleichheit

Wir müssen unsere Einwanderungsgesellschaft im Einklang mit den Menschenrechten gestalten. Indem wir bedürfnisorientierte soziale Dienstleistungen für Einwander*innen anbieten, leisten wir einen Beitrag zur Chancengleichheit. Unsere Arbeit entspringt aus der Motivation, die jahrzehntelange Aufteilung in »wir« und »die« in unserer Gesellschaft zu durchbrechen. Wir machen uns stark für Initiativen und migrationspezifische Maßnahmen, die Einwander*innen an gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben lassen.

Mehrsprachigkeit anerkennen und Staatsbürgerschaft öffnen

Vielfalt wertzuschätzen, heißt, das Bildungskapital der Mehrsprachigkeit anzuerkennen und zu fördern. Im Bewusstsein der Leistung der Einwanderungspionier*innen sind wir überzeugt, dass die Einbürgerung unter Mehrstaatlichkeit Vertrauen schafft und das Zugehörigkeitsgefühl zum Land verstärkt. Wir fordern, dass bereits erfolgte Einwanderung wertgeschätzt wird, und setzen uns auf allen Ebenen für ein kommunales Wahlrecht von Ausländer*innen ein.

Eine menschenrechtsbasierte Flucht- und Asylpolitik

Wir treten für eine solidarische nationale wie europäische Politik für Geflüchtete ein, die Respekt vor der Würde und dem Recht geflüchteter Menschen hat. Im Inland, in der Europäischen Union, an deren Außengrenzen und bei

der Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit müssen die Grund- und Menschenrechte beachtet werden. Auch geflüchtete Menschen haben das Recht auf Familie. Für die Teilhabe an der Gesellschaft ist ein uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Gesetzlich diskriminierende Bestimmungen sowie Einschränkungen der Mobilität von Geflüchteten sind abzuschaffen.

Bildung und Arbeit als gesellschaftlicher Auftrag

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Einwanderungsgesellschaft sind Gerechtigkeit und Teilhabe an Bildung und Arbeit. Brüche ergeben sich regelmäßig an den Übergängen von einem in den nächsten Bildungsort. Kinder und Jugendliche sind besonders zu unterstützen. Wir fordern eine individuelle Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderung der Gesellschaft ist eine gezielte und systematische Arbeitsmarktpolitik für Einwander*innen eine große Chance.

Rassismus erkennen und bekämpfen

In unserer Einwanderungsgesellschaft muss jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung, Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen bekämpft werden. Als Gesellschaft müssen wir uns mit ausgrenzenden Strukturen und Vorurteilen kritisch auseinandersetzen und diese überwinden. Anderenfalls wird hierdurch Rassismus befördert und verfestigt.

6. Europa

Die Arbeiterwohlfahrt ist in Zeiten großer Krisen und Kriege in Europa entstanden. Die europäische Einigung und die politische Integration waren für uns eine Befreiung und ein Aufbruch. In diesem Bewusstsein setzen wir uns für ein geeintes Europa ein, unterstützen die europäische Integration und fordern grenzüberschreitende Solidarität. Nationale Ressentiments und Egoismen bekämpfen wir. Durch die Europäische Union können die Bürger*innen aller Länder reisen, arbeiten und in Frieden miteinander leben. Um jedoch den bestehenden sozialen Verwerfungen, der Armut und der wachsenden Ungleichheit entgegenzutreten, ist der Weg in eine Sozialunion unabdingbar.

Durch die Beteiligung an europäischen Programmen, Partnerschaften im ehrenamtlichen Bereich und Austausch der Mitarbeitenden stärken wir den europäischen Gedanken im Verband.

Für mehr Demokratie

Wir wollen eine bürgernahe und demokratische Europäische Union. Es braucht eine weitere Demokratisierung der Europäischen Institutionen und Verfahren mit einem starken Europäischen Parlament, transparente politische Entscheidungen sowie eine Beteiligung der Bürger*innen. Die Zivilgesellschaft ist als politische Akteurin in die weitere Ausgestaltung der Europäischen Union einzubeziehen.

Für einen Ausgleich zwischen den Regionen

Wir wollen den Frieden in Europa sichern und die Integration so gestalten, dass alle Menschen von ihr profitieren. Annähernd gleiche Lebensstandards innerhalb der Europäischen Union sind unser Ziel. Hierfür braucht es einen kontinuierlichen strukturellen und finanziellen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Regionen.

Soziale Mindeststandards einführen

Ein verbindliches Mindestniveau an sozialen Standards auf europäischer Ebene ermöglicht es, Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Wir sind überzeugt, dass Mitgliedsländer in Krisen Investitionen brauchen und Reformen, die die soziale Absicherung der Bürger*innen schützen.

Personenfreizügigkeit anerkennen, Arbeitsmobilität fördern

Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes haben sich die Mitgliedsstaaten zur Personenfreizügigkeit verpflichtet. Wir bekennen uns zur Mobilität von Arbeitnehmer*innen und setzen uns für faire Rahmenbedingungen wie die erleichterte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen ein. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Allen Jugendlichen in Europa müssen die gleichen Chancen auf Bildung und Beschäftigung garantiert werden.

Europäisches Engagement und Mobilität

Wir sind durch unsere Geschichte fest in der Zivilgesellschaft verwurzelt und wirken mit in europäischen Netzwerken zur Förderung von Bildung und Bürgerschaftlichem Engagement. So ermöglichen wir jungen Menschen und Erwachsenen, unabhängig von ihrer sozialen

Lebenslage, ihre europäischen Nachbar*innen kennenzulernen und sich gemeinsam in und für Europa zu engagieren. Die Vorzüge Europas dürfen nicht privilegierten Gruppen vorbehalten sein.

Daseinsvorsorge in Europa sichern

Wir erbringen soziale Dienstleistungen innerhalb der rechtlichen Regelungen des Europäischen Binnenmarktes. Bei dessen Ausgestaltung dürfen monetäre Marktprinzipien nicht einseitig handlungsleitend sein. Wir wollen die Qualität der Dienstleistungen und eine adäquate Infrastruktur in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine europarechtskonforme und werteorientierte Erbringung gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Dienstleistungen durch tarifgebundene Arbeitgeber*innen gewährleisten.

Sozialsektor europaweit stärken

Der europäische Sozialsektor braucht mehr Wertschätzung. Er ist gleichstellungspolitisch bedeutend, weil es sich in allen Ländern um ein von Frauen dominiertes Berufsfeld handelt. Die Leistungen erhöhen die Lebensqualität, ermöglichen soziale Mobilität und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Beschäftigungspolitisch hat der Sozialsektor das Potenzial, mehr Arbeitsplätze sowie nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges Wachstum zu schaffen. Er ist in der Förderpolitik der Europäischen Union hinreichend zu beachten, auch im Bereich der Förderung der weiteren Digitalisierung und Technisierung.

Ein föderales Europa im Blick

Wir haben die Vision eines föderalen Europas, das stark ist, aber subsidiär bleibt. Das bedeutet: eine Föderation, die den Kommunen, Regionen und Staaten maximalen Spielraum einräumt, jedoch Rahmen und Standards setzt. Und zwar so, dass die Menschen in Europa die Gewinner*innen der europäischen Integration sind.

7. Familie

Familien sind elementar für die Existenz, das Funktionieren und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für einen umfassenden Familienbegriff ein: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und einander Zuwendung schenken. Eine zeitgemäße Familienpolitik stellt die Bedürfnisse der Familien ins Zentrum. Es gilt, für alle Familienmitglieder lebensphasen- und situationsabhängig Bedingungen zu schaffen, aufgrund derer sie selbstbestimmt Entscheidungen treffen können. Familienpolitik ist darüber hinaus eine ressortübergreifende Aufgabe, die auch Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligt. Wir fordern eine gesellschaftliche Verantwortung, die alle Familienformen unterstützt und wertschätzt.

Bindung und Bildung in Familien

Bildungsgerechtigkeit beginnt damit, dass alle Familien als erster und zentraler Ort der Bindung, der frühkindlichen Erziehung und der Bildung anerkannt und gestärkt werden. Es braucht unterstützende und familienbildende sowie begleitende Maßnahmen und eine entsprechende Infrastruktur. An deren (Weiter-)Entwicklung sind Kinder, Jugendliche und Familien zu beteiligen.

Das Kindeswohl steht an erster Stelle

Wir sind von dem Leitgedanken getragen, dass Eltern das Wohl des Kindes am Herzen liegt. Aus dieser Überzeugung heraus treten wir für die Freiheitsrechte der Eltern gegen staatliche Eingriffe ein. Gleichzeitig betonen wir den Vorrang des Kindeswohls und sehen Staat sowie Gesellschaft in der Pflicht, Lebensbedingungen für ein Aufwachsen im Wohlergehen zu schaffen.

Es braucht eine widerspruchsfreie Familienpolitik

Wir brauchen ein umfassendes Konzept familienpolitischer Leistungen, das den tatsächlichen Lebensumständen von Familien entspricht. Widersprüche im Steuerrecht, im Familienrecht, in den Sozialversicherungen, bei Transferleistungen und bei erwerbsbasierten Rentenansprüchen sind aufzulösen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Familien mindestens über ein sozial gerechtes Existenzminimum verfügen.

Zeitpolitik im Blick

Familien benötigen Zeit. Deshalb braucht es für die Lebensqualität von Familien Konzepte, die sowohl Zeitwohlstand als auch Zeitsouveränität beachten. Neben der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind Wege zu finden, die allen ein Leben gemäß ihren Werten, ihren Fähigkeiten und ihren Bedürfnissen ermöglichen.

Sorgearbeit braucht gute Rahmenbedingungen

Sorgearbeit für sich und andere ist die Basis gesellschaftlichen Wohlergehens und wirtschaftlicher Entwicklung. Das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu Familie und Geschlechterrollen wandelt sich. Frauen leisten immer noch den größten Anteil an Sorgearbeit. Wir streiten für eine politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation, die selbstbestimmte Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht. Staat, Wirtschaft, Familie und Zivilgesellschaft sind in der Verantwortung, gemeinsam gute Bedingungen für Sorgearbeit zu schaffen. Menschen haben ein Recht, ihre private Sorgearbeit wahrzunehmen und mit ihrem Beruf sowie ihrem Engagement zu vereinen.

8. Gleichstellung und Frauenpolitik

Seit unserer Gründung streiten wir für eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern. Unsere Vision ist die Geschlechtergerechtigkeit im Lebensverlauf. Sie ist erst erreicht, wenn alle Menschen frei sind, ihre Lebensentwürfe unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu verwirklichen. Diese Freiheit beruht auf der gleichen Verteilung von Ressourcen, Einfluss und Wertschätzung.

Frauenpolitik bleibt ein zentraler Bestandteil der Gleichstellungspolitik. Denn nach wie vor sind Frauen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Wir setzen uns für die körperliche, finanzielle und zeitliche Selbstbestimmung von Frauen ein.

Finanzielle Selbstbestimmung von Frauen stärken

Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbsbeteiligung ermöglicht.

Wir setzen uns für Lohngerechtigkeit ein, die den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher Qualifikation aufhebt. Deshalb muss ein Entgeltgleichheitsgesetz geschaffen werden. Darüber hinaus sind alle Arbeitsverhältnisse sozialversicherungspflichtig abzusichern sowie rechtliche Vorgaben abzubauen, die eine traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern fördern. Die strukturell schlechtere Bezahlung von Berufen, die traditionell mehrheitlich von Frauen ergriffen werden, ist zu beseitigen.

Schutz vor häuslicher Gewalt

Der Schutz vor häuslicher Gewalt ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Das Hilfe- und Unterstützungssystem zum Schutz vor häuslicher Gewalt ist verpflichtend und auskömmlich zu finanzieren. Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, brauchen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe. Er darf nicht von Herkunft und gesundheitlicher Befähigung abhängig sein. Darüber hinaus ist eine Debatte zum Thema Gewalt in Verbindung mit gesellschaftlichen Vorstellungen von Männlichkeit speziell in Partnerschaften vonnöten. Ziel ist es, präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Gleichstellung als Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen, Hierarchien und Unterdrückungsverhältnisse sind abzuschaffen. Alle Menschen sollen unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Fähigkeiten entfalten und Sorge für sich und andere tragen können. Wir wirken Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder Sexualität in Überschneidung mit Herkunft, Bildung, Klasse, Alter, körperlicher Befähigung, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung entgegen.

Sexuelle und körperliche Selbstbestimmung

Menschen sollen ihre Sexualität, ihre Lebens- und Sexualpartner*innen selber bestimmen können. Jede*r soll sich selbstverantwortlich für oder gegen ein Leben mit Kindern entscheiden können. Wir befürworten das Recht auf Abtreibung und das Recht auf uneingeschränkte und freie Aufklärung und Information dazu. Um Menschen auf ihrem Weg zur sexuellen Selbstbestimmung zu unterstützen, braucht es Aufklärung und Information ab frühester Kindheit. Zudem bedarf es eines kostenlosen Zugangs zu Verhütungsmitteln. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit beinhaltet das Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts von Inter- und Trans-Personen.

Raum für neue Männlichkeit

Jungen und Männer wollen heute immer weniger alten, stereotypen Rollenbildern entsprechen. Wir treten dafür ein, dass sie in gleichberechtigten Partnerschaften leben sowie für ihre Familie sorgen können und ihre Erwerbsarbeit nicht mehr zum Mittelpunkt ihres Lebens machen müssen. Wir unterstützen Männer, nicht-traditionelle Rollen- und Familienmodelle zu leben.

9. Gesundheit

Gesundheitsförderung ist ein Menschenrecht. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie die solidarische Absicherung allgemeiner Lebensrisiken für alle Menschen Voraussetzungen sind, um selbstbestimmt zu leben und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Ein gesundes Leben führt zu einer erhöhten Lebensqualität sowie zu allgemeinem Wohlstand. Allerdings ist die Gesundheit eines Menschen stark von sozioökonomischen Faktoren abhängig. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf ein gesundes Leben und eine gute gesundheitliche Versorgung haben. Es braucht einen wohnortnahen, barrierefreien Zugang zu grundlegenden gesundheitlichen Leistungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Beeinträchtigungen.

Versorgungsstrukturen im Blick

Die zunehmende Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft und der Anstieg von Multimorbidität sowie chronischer und psychischer Erkrankungen steigern die Komplexität geriatrischer Versorgung. Diese Entwicklung macht eine sektorenübergreifende Versorgung notwendig, in der sich Klient*innen leichter orientieren können. Wir fordern eine dezentrale, wohnortnahe Versorgung, die inklusive Strukturen vorhält. Daraus folgt ein Paradigmenwechsel, weg von einer Ausrichtung an leistungsrechtlichen Vorgaben hin zu einer Versorgung aus der Sicht von Klient*innen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Wenn Prävention und Gesundheitsförderung bei den Lebenswelten der Menschen ansetzen, besteht die Chance, alle zu erreichen. Deshalb ist Gesundheitsförderung ressortübergreifend zu verankern. Alle relevanten Akteure im

Gesundheitswesen haben einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention zu leisten: Gefragt sind neben den Sozialversicherungsträgern auch Bund, Länder, Kommunen, gesetzliche und private Krankenversicherung. Um die Zunahme von psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz präventiv zu bekämpfen, fordern wir Mitspracherechte, Transparenz, Wertschätzung und Handlungsspielräume von allen Arbeitgeber*innen.

Digitalisierung des Gesundheitswesens

Die Digitalisierung birgt ein großes Potenzial für eine bessere und effizientere Versorgung im Gesundheitswesen. Eine leistungsfähige medizinische und pflegerische Versorgung, die alle Menschen erreicht, wird künftig nicht mehr ohne digitale Unterstützung funktionieren. Digitalisierte, hochgradig personalisierte Medizin schafft enorme Mengen an personenbezogenen sensiblen Daten. Wir treten dafür ein, dass allein der*die Patient*in bestimmt, wem er*sie welche Daten zugänglich macht.

Teilhabe und Lebensqualität durch Rehabilitation

Wir sind überzeugt, dass medizinische Rehabilitation die Teilhabe an der Gesellschaft im Blick haben muss und nicht nur die Arbeitsfähigkeit von Menschen. Ältere Personen müssen besseren Zugang zu Leistungsangeboten der Rehabilitation erhalten. Dazu sind die geriatrischen Rehabilitationsziele so zu fassen, dass sie den Gewinn an Lebensqualität durch Teilhabe verdeutlichen.

Erschöpfte Eltern brauchen genauso wie pflegende Angehörige zugängliche Entlastungsangebote. Stationäre Vorsorge- und Reha-Maßnahmen für Mütter, Väter und pflegende Angehörige reagieren auf gesundheitliche Beeinträchtigungen, die aus der privaten Sorgearbeit resultieren. Sie berücksichtigen neben den körperlichen die psychosozialen Dimensionen von Erkrankungen. Wir machen uns in den Mutter-/Vater-Kind-Einrichtungen, den Kurberatungsstellen, den Reha-Einrichtungen für pflegende Angehörige und im politischen Raum stark für die Sorgenden.

Für eine solidarische Finanzierung

Aus unseren Grundwerten heraus sind wir überzeugt, dass eine gerechte Gesundheitsversorgung nur durch ein starkes Miteinander möglich ist. Wir fordern, dass die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung

weiterentwickelt wird. Deshalb ist die unsolidarische Trennung in private und gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung aufzuheben. So werden einheitliche Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb der Krankenversicherer untereinander geschaffen und die Ursachen für Risikoselektion sowie Ungleichbehandlungen beseitigt. Eine stabile und gerechte Finanzierung ist unverzichtbar, um Gesundheit und Pflege nachhaltig zu sichern. Wir wollen der größten Wirtschaftsbranche in unserem Land – Gesundheit und Pflege – eine stabile und innovationsfördernde Perspektive geben.

10. Kindheit und Jugend

Wir übernehmen als Verband und in unseren Einrichtungen und Diensten Mitverantwortung dafür, dass allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Entwicklungschancen eröffnet werden. Es ist für unsere Gesellschaft ein zentrales und zukunftsorientiertes Anliegen, ihnen ein Aufwachsen im Wohlergehen zu gewährleisten. Die Teilhabe und Beteiligung in allen sie betreffenden Belangen ist zu fördern. Kinder und Jugendliche, die unter prekären Bedingungen aufwachsen, genießen unsere besondere Unterstützung. Familiäres Wohlergehen und gesellschaftlicher Fortschritt bedingen sich in einem demokratischen Gemeinwesen wechselseitig.

Kinderrechte ins Grundgesetz

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind nach den Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen bei Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung zu berücksichtigen. Deshalb fordern wir, die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz zu verankern. Das bedeutet, altersgerechte Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten einzurichten sowie ein Wahlrecht für Kinder und Jugendliche einzuführen.

Eigenständige Jugendpolitik

Die Jugend in ihrer Vielfalt ist durch Orientierung, Entwicklung und Übergänge geprägt und dadurch eine besondere Lebensphase. Jugendliche sind dabei zu unterstützen, ihr Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten. Gute Jugendpolitik vertritt als eigenständiges Politikfeld parteilich die Ansprüche und Bedürfnisse Jugendlicher in der Gesellschaft und beteiligt sie an ihrer Entwicklung.

Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen

Wir sind der freien Entfaltung der Persönlichkeit im ganzheitlichen Sinne verpflichtet. Für uns haben die Lebensphasen Kindheit und Jugend einen Eigenwert und sind mehr als nur eine Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Deshalb sind inklusive Freiräume zu schaffen, die es Kindern, Jugendlichen und Familien ermöglichen, sich kreativ, frei und selbstbestimmt zu entwickeln.

Beteiligung von Anfang an

Wir begegnen Kindern, Jugendlichen und ihren Sorgeberechtigten wertschätzend. Unser Handeln ist von der Haltung getragen, Beteiligung und Kooperation zu fördern. Daraus leiten wir unser Hilfeverständnis ab, das auf einer beteiligungsorientierten und zur Beteiligung befähigenden Pädagogik aufbaut.

Vorausschauende und vernetzte Ansätze stärken

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in allen Altersphasen Potenziale und Stärken der Kinder, der Jugendlichen sowie der für sie Sorgenden frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Benachteiligungen dürfen gar nicht erst entstehen.

Rechtsansprüche auf präventive Angebote sind daher auszubauen und in lebensweltbezogenen Netzwerken zu verwirklichen. Im Rahmen einer Sozialraumorientierung können Vernetzung und Kooperation – auch unter Einbeziehung von Bürgerschaftlichem Engagement – weiterentwickelt werden.

Für einen sicheren Ort

Kinderschutz beginnt damit, Kinder und Jugendliche zu stärken sowie Familien dabei zu unterstützen, ihren Erziehungsauftrag zu erfüllen. Fachkräfte müssen sich den gewandelten Lebenslagen und Gefährdungen entsprechend für eine professionsübergreifende Zusammenarbeit fortlaufend qualifizieren. Unser oberstes Gebot ist es, Kindern einen sicheren Ort des gesunden Aufwachsens zu bieten.

Gesundheitsförderung

Ein Aufwachsen im Wohlergehen können Jugendhilfe-, Bildungs- und Gesundheitssystem nur gemeinsam gewährleisten. Sie müssen systematisch und auf der Grundlage von Rechtsansprüchen zusammenarbeiten. Eine integrierte Sozialplanung muss den Rahmen dafür vorgeben, dass auch schon vorgeburtlich Beratung, Förderung und Hilfe

geleistet werden kann. Fähigkeiten müssen gefördert, aber auch Schwächen aufgegriffen und Nachteile verhindert werden.

Jugendarbeit stärken

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit knüpfen an den Interessen junger Menschen an und werden von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Sie befähigen zur Selbstbestimmung und fördern gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement. Sie sind eine wichtige Säule für eine lebendige demokratische Gesellschaft. Um ihren Auftrag zu erfüllen, müssen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit dauerhaft finanziell gesichert und weiterentwickelt werden. Wir unterstützen insbesondere die Arbeit des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt als eigenständiger Kinder- und Jugendverband.

Kindergrundsicherung verwirklichen

Die Beseitigung von Kinderarmut, die soziale und kulturelle Teilhabe sowie die bestmögliche Förderung aller Kinder ist unsere Aufgabe. Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung ein. Eine Welt ohne Kinderarmut ist unsere Vision. Die Versteuerung in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern und die Zusammenführung einzelner Leistungen fördern Gerechtigkeit und Transparenz.

Staatliche Verantwortung für die Jugendhilfe

Die öffentliche Hand ist für die Planung und Bereitstellung bedarfsgerechter Leistungen und Einrichtungen der Jugendhilfe verantwortlich. Dabei sind die Achtung des Subsidiaritätsprinzips und das partnerschaftliche Zusammenwirken mit freien Trägern grundlegend für eine adressatenorientierte Weiterentwicklung in einer gemeinsamen Verantwortung. Bund, Länder und Kommunen haben die Finanzierung der Infrastruktur und der individuellen Leistungen sowie die Erfüllung der individuellen Rechtsansprüche gemeinsam sicherzustellen. Wir treten für eine inklusive Jugendhilfe ein, die bei individuellem Bedarf auch für junge Menschen über das 18. Lebensjahr hinaus zuständig ist.

11. Menschen in besonderen Lebenslagen

Wir sind für Menschen in besonderen Lebenslagen ein Sprachrohr und leisten mit unserer Arbeit praktische Hilfe (zur Selbsthilfe). Mit einem unverstellten Blick auf die Situation dieser Menschen treten wir gegen Auffassungen in der Gesellschaft ein, dass es sich hierbei um Randgruppen, selbst verschuldete Schicksale oder Einzelfälle handelt. In der Schuldnerberatung, der Straffälligen-, Wohnungslosen- und Suchthilfe streiten wir in dem Wissen um die eng miteinander verbundenen Herausforderungen genauso für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft wie in unseren Betreuungsvereinen.

Schuldner- und Insolvenzberatung

Wir machen auf die sozialen Auswirkungen von Überschuldung aufmerksam, die Wohnungen, Arbeitsplätze und Beziehungen gefährdet sowie die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in überschuldeten Haushalten massiv einschränkt. Wir beraten Menschen über ihre Rechte und Pflichten mit dem Ziel, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu schaffen. Wir setzen uns für einen freien Zugang zu unabhängigen, kostenlosen und sozialen Schuldnerberatungsangeboten für alle Personen ein, ungeachtet ihrer aktuellen Einkommenssituation.

Straffälligenhilfe

Oberstes Ziel der Straffälligenhilfe ist die Resozialisierung und Eingliederung in die Gesellschaft. Deshalb fordern wir verstärkt Alternativen zum reinen Freiheitsentzug. Ambulante Maßnahmen können soziale Trainingskurse für jugendliche Straffällige sein, um ihre kognitiven Kompetenzen und ihre Sozialfähigkeit zu steigern, oder auch Arbeitsprojekte, in denen Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgegolten werden.

Opferhilfe

Der Schutz der Opfer von Straftaten ist für uns eine wichtige Aufgabe. Durch eine Straftat verlieren sie häufig ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlage. Bei dem mühevollen Weg durch die Instanzen sind sie oft auf sich alleine gestellt. Hier sind Hilfen über das normale Maß der sozialen Absicherung notwendig.

Suchthilfe

Unsere Grundhaltung ist geprägt von einem Verständnis der unterschiedlichen persönlichen und sozialen Hintergründe der Menschen sowie der verschiedenen Verläufe und Ausprägungen von Sucht. Unser ehrenamtliches Engagement in vielen Selbsthilfegruppen und -initiativen ist ein Teil der Nachsorge, ohne die eine erfolgreiche Suchthilfearbeit nicht zu leisten ist. Deshalb fördern wir eine enge Kooperation und Vernetzung zwischen ehrenamtlichen Selbsthilfeinitiativen und professionellen Einrichtungen und Diensten.

Wohnungslosennotfallhilfe

Wohnungslosigkeit ist oft das Resultat eines Zusammenspiels individueller und sozialer Aspekte, denen wir mit persönlich abgestimmten Hilfen begegnen. Die Freiheit der*des Einzelnen in der Auswahl und in der Annahme der Hilfeangebote ist zu beachten. Um Wohnungslosigkeit zu verhindern, fordern wir ein stärkeres Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im Wohnungsbau.

Betreuungsvereine für ein selbstbestimmtes Leben

Wir setzen uns für ein flächendeckendes, bundesweites Netz an Betreuungsvereinen ein, deren gesetzliche Finanzierung dynamisch an die realen Kosten angepasst wird und damit dauerhaft Strukturen sichert. So sind in Zukunft weiterhin Ehrenamtliche zu gewinnen, fachgerecht zu beraten und fortzubilden. Nur dadurch wird das Engagement vieler Familienangehöriger und Menschen, die sich für die ehrenamtliche Übernahme einer rechtlichen Betreuung interessieren, gefördert und unterstützt.

12. Menschen mit Behinderungen

Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen machen wir uns dafür stark, dass sie selbstbestimmt und frei leben können. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zur Inklusion ist hierfür konsequent zu verwirklichen. Behinderungen sind für uns keine Eigenschaft einzelner Menschen, sondern entstehen in Wechselwirkung von individuellen körperlichen, geistigen, seelischen, psychischen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit gesellschaftlichen Barrieren.

Von Menschen mit Behinderungen sprechen wir, um die Zielgruppe genau zu benennen und bestehende Benachteiligungen und Diskriminierungen zu verdeutlichen. Ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Raum ist unser Ziel.

Selbstbestimmt arbeiten

Eine sinnstiftende und existenzsichernde Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens auch von Menschen mit Behinderungen. Sie sollen gemäß ihren individuellen Bedürfnissen selbstbestimmt wählen können, wo und wie sie arbeiten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen die Regel und nicht die Ausnahme ist. Dies gilt insbesondere für Frauen mit Behinderungen.

Neben der Beschäftigung auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt bedarf es weiterer Arbeitsformen, um Menschen mit Behinderungen eine ihrer individuellen Situation angepasste Beschäftigung zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen von ihrer Arbeit leben können und ihren Behinderungen entsprechend unterstützt werden.

Aktiv mitbestimmen

Menschen mit Behinderungen müssen das politische Handeln auf allen föderalen Ebenen mitgestalten können und geeignete Räume des Engagements vorfinden. Das Prinzip »Nichts über uns ohne uns« muss uneingeschränkt gelten. Politik, Verwaltung und Parteien sind in der Pflicht, barriere- und diskriminierungsfreie Beteiligung zu ermöglichen und angemessene Unterstützung bereitzustellen. Im Engagement müssen Möglichkeiten der Mitarbeit und Mitbestimmung für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Frauen mit Behinderungen ist besonders zu fördern.

Selbstbestimmte Teilhabe vor Ort

Das Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit Menschen ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und es gestalten. Wir setzen uns für einen barrierefreien Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Konsumeinrichtungen und -orten ein. Menschen mit Behinderungen müssen sich kreativ, künstlerisch, sportlich und intellektuell entfalten können. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen mit Behinderungen sind besonders zu berücksichtigen.

13. Pflege

Wir streiten für Rahmenbedingungen und Unterstützung, die Teilhabe im Fall von Pflegebedürftigkeit und insbesondere auch für Menschen mit Demenz ermöglichen. Neben den Leistungen der Pflegeversicherung und einem eventuellen Bezug von Sozialleistungen ist ergänzend ein Anspruch auf Teilhabe für pflegebedürftige Menschen unabhängig von ihrem Wohnort notwendig. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt alle Leistungen der Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen. Bei Menschen mit Pflegebedarf ist der vorhandene Rechtsanspruch auf Leistungen sozialer Teilhabe anzuerkennen und leistungsrechtlich auszugestalten.

Anerkennung und Verbesserung der Pflegetätigkeit

Wir wollen, dass die Bedeutung des Arbeitsfeldes sich in der gesellschaftlichen Wertschätzung widerspiegelt. Nur durch gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und eine angemessene Bezahlung kann dem Fachkräftemangel begegnet werden. Die Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland ist für uns nur ein Baustein zur Behebung des Fachkräftemangels. Dabei sind ethische Werte mit Blick auf das Herkunftsland und bestehende soziale Beziehungen zu beachten. Gerade Haushaltshilfen sind zu guten Arbeitsbedingungen zu beschäftigen. Die Pflegepolitik muss den Bedürfnissen der Pflegesituation in den Familien gerecht werden, sodass nicht mehr auf illegal beschäftigte Haushaltshilfen zurückgegriffen wird.

Fachlichkeit in der Pflege sichern und weiterentwickeln

Voraussetzung für qualitativ gute Pflege sind gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl. Auch Hilfskräfte sind angemessen zu schulen und einzuarbeiten. Die zukünftigen Anforderungen machen eine weitere Professionalisierung und Anpassungen der Pflegearbeit an die Bedarfe des Arbeitsfeldes notwendig. Wir streiten für ein umfassendes System der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, das in einem großen Umfang bundeseinheitlich ausgestaltet ist und eine adäquate Ausbildungsfinanzierung beinhaltet. Zudem sind attraktive Entwicklungsmöglichkeiten durch Anerkennung von erworbenen Kompetenzen sowie eine höhere Durchlässigkeit zu schaffen.

Den Wandel der Pflege gestalten

Die Pflege hat sich an den Wünschen der Menschen auszurichten, die so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit und/oder in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben wollen. Genauso ist der Vielfalt dessen, was wir als Alter bezeichnen, gerecht zu werden. Einrichtungen und Dienste kommen diesem Bedürfnis nach. Es braucht hierfür Übergangsformen und flexible, niedrigschwellige Hilfe- und Unterstützungsangebote sowie die entsprechende Refinanzierung. Sie ermöglichen den Menschen, selbstständig zu wohnen, und gestatten pflegenden Angehörigen, häusliche Pflege sowie eine wohnortnahe Versorgung aufrechtzuerhalten. Die Stellung der pflegenden Angehörigen ist zu verbessern. Vernetzte und kooperierende Einrichtungen und Dienste im Sozialraum sind zu fördern. Hierfür braucht es eine verpflichtende kommunale Steuerung.

Finanzierung der Pflege

Wir sind überzeugt, dass die Finanzierung von Leistungsangeboten in der Pflege neu geregelt und die Leistungen der Pflegeversicherungen ausgedehnt werden müssen. Das Teilleistungsprinzip der Pflegeversicherung ist nicht zukunftsfähig. Nur eine Vollversicherung ist richtungsweisend. Eine ausgebauten Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung ist das Ziel. Hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen sind verstärkt in die Beitragspflicht einzubeziehen. Leistungen der Krankenversicherung müssen auch in der stationären Pflege vollumfänglich durch diese und nicht durch die Pflegeversicherung getragen werden. Dies gilt explizit für Leistungen der Behandlungspflege. Eine Bürgerversicherung für alle Erwerbstätigen ist einzuführen.

Würdevolles Sterben

In jedem Lebensalter ist die Selbstbestimmung der Menschen in ihrer letzten Lebensphase zentral. Sie ist in der medizinisch-pflegerischen sowie der palliativen und hospizlichen Versorgung, bei Abschiednahme und Sterbeprozessen zu beachten. Dabei ist auf individuelle und kulturelle Unterschiede einzugehen. Es braucht eine Sterbebegleitung, die sich an den Bedürfnissen von sterbenden Menschen orientiert, sowie eine würdevolle Abschiedskultur und Trauerbegleitung für Angehörige und Nahestehende. Eine flächendeckende palliativ-hospizliche Versorgung in allen Einrichtungen und Diensten ist gesetzlich sicherzustellen.

Ziel ist es, Sterbenden Schmerzen zu ersparen. Wir fördern auch die Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Engagierten im Prozess würdevollen Sterbens.

14. Solidarität in einer globalisierten Welt

Seit unserer Gründung setzen wir uns als Teil einer internationalen (Arbeiter-)Bewegung über die Landesgrenzen hinweg in Solidarität für benachteiligte Menschen ein. Der globalisierte Finanzkapitalismus zwingt uns zum wirtschaftlichen Wachstum, zur Geldvermehrung sowie zur Privatisierung und erschwert so ein Leben in Würde für alle. Wir streiten für eine globale Gerechtigkeit, in der die Grundversorgung für alle Menschen öffentlich, demokratisch und ökologisch sichergestellt wird.

Nachhaltiges Wirtschaften, Klimaschutz und menschenwürdige Arbeit weltweit

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ist für uns eine richtungsweisende Übereinkunft. Sie verpflichtet alle Staaten dazu, den Hunger zu beenden, ein gesundes Leben für alle Menschen zu gewährleisten, menschenwürdige Arbeit zu fördern und dem fortschreitenden Klimawandel durch nachhaltiges Wirtschaften entgegenzutreten. Wir bekennen uns zu den Weltklimazielen von Paris und treten für deren Einhaltung ein. Im eigenen Land, aber auch global trägt Deutschland als eine der reichsten Industrienationen hier eine besondere Verantwortung.

Wir begleiten die Umsetzung dieser Entwicklungsziele sozial- und bildungspolitisch in nationaler und internationaler Perspektive. Dies ist unser Beitrag zur globalen sozialen und ökologischen Transformation eines auf quantitatives Wachstum, private Vermögen und Ressourcenverschwendung ausgerichteten Wirtschaftsmodells.

Wir kämpfen dafür, dass weltweit die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden: Allen steht das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Kollektivverhandlungen zu. Zwangs- und Kinderarbeit wollen wir abschaffen und Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf verbieten.

Weltweite Gerechtigkeit schafft weltweiten Frieden

Wir sind überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit eine notwendige Voraussetzung ist, um den Weltfrieden herzustellen und Fluchtursachen zu vermeiden. Wirtschaftliches Wachstum allein garantiert keine Gerechtigkeit. Wir streiten für eine globale, nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zivilgesellschaft stützen, Rechte einklagen, Armut bekämpfen

Mit unserem Fachverband AWO International stärken wir gezielt Menschen, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut betroffen sind. Genauso unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, die diese Arbeit leisten. Im Zentrum stehen Frauen und Kinder, indigene Gruppen, Migrant*innen sowie von Menschenhandel bedrohte Personen. Wir unterstützen sie darin, politische und rechtliche Ansprüche durchzusetzen. Unsere Katastrophenprävention schützt besonders verwundbare arme Menschen und hilft gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort akut, schnell und bedarfsgerecht.

Verantwortung der*des Einzelnen in einer globalen Welt

Die Menschheit verbraucht mehr Energie und natürliche Ressourcen, als unser Planet regenerieren und wieder zur Verfügung stellen kann. Dadurch schädigen wir die Zukunft allen Lebens auf der Erde. Klimawandel, Umweltschutz und eine faire Verteilung der begrenzten, nicht erneuerbaren Rohstoffe betreffen uns alle. Die Folgen einer rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Rohstoffe und einer niedrigen Ertragswirtschaft in der Nahrungsmittelproduktion sind letztlich Hunger, Armut, Kriege, Flucht und Vertreibung. Die nachhaltige Transformation unserer Welt kann jedoch nur gelingen, wenn jede*r Einzelne bereit ist, daran mitzuwirken. Unser Lebensstil in Deutschland kann nicht global gelebt werden. Deshalb müssen wir als Gesellschaft das richtige Maß der Selbstbegrenzung finden und unser Handeln auch im Sinne der Verantwortung für zukünftige Generationen ausrichten.

VIII. Wir verpflichten uns

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

Als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband handeln wir entsprechend unseren Werten. Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk, das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht, und verwalten unsere Finanzen verantwortungsbewusst. Soziale Verantwortung und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar mit unserem Namen in allen Regionen verbunden. Deshalb achten wir auf die Einhaltung unserer Grundsätze und verpflichten uns zu Transparenz und Kontrolle.

Wir schätzen Ehrenamt und Engagement

Ehrenamt und Engagement sind selbstbestimmt und freiwillig. Beide erfolgen grundsätzlich unentgeltlich oder gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung. Sie werden bei uns geschützt und in ihrem Eigenwert geschätzt. Wir fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt. Ehrenamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn. Soweit möglich richten wir eigene Agenturen zur Vermittlung von Engagement ein und beteiligen uns daran.

Wir bieten Gute Arbeit

Wir verpflichten uns, angemessen zu entlohnen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu zahlen. Wir bieten Mitarbeitenden transparente Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, persönliche Weiterentwicklung und Qualifizierung. Wir binden sie bei der Entwicklung innovativer Prozesse und Projekte – insbesondere im Rahmen der Digitalisierung von Arbeitsprozessen – von Anfang an ein. Wir bekennen uns zur Tarifbindung und arbeiten mit Gewerkschaften und Betriebsräten eng zusammen. Kein Arbeitsverhältnis mit der AWO soll ohne Anbindung an einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes geschlossen werden. Wir achten und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gesundheit unserer Mitarbeitenden. Hauptamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn.

Wir wollen Mitbestimmung

Wir wollen, dass unsere Mitglieder und unsere Mitarbeitenden die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen. Entscheidungen im Mitgliederverband treffen wir demokratisch und transparent. Die ehrenamtliche Aufsicht in unseren Gliederungen und Gesellschaften ist demokratisch legitimiert. Führung in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen bedeutet, Verantwortung für das Wohl aller zu tragen und die Beteiligungskultur sowie demokratische Prozesse zu stärken. Wir unterstützen, dass sich Betriebsräte bilden.

Wir achten die Bedürfnisse der Klient*innen und schützen sie

Unsere qualitative Arbeit orientiert sich an den Lebenslagen, Bedürfnissen, Erwartungen und individuellen Möglichkeiten der Klient*innen. Wir beraten und unterstützen sie mit dem Ziel, ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu stärken. Wir schätzen die*den einzelne*n Klient*in wert und beteiligen sie*ihn in unserer Arbeit, wo es möglich ist. Wir garantieren den Schutz der Menschen, die uns anvertraut sind.

Wir schaffen Transparenz und haben eine unabhängige Aufsicht

Unser Ehrenamt gibt die strategischen Ziele vor und arbeitet Hand in Hand mit dem Hauptamt. Wir trennen bewusst Kontrolle und Steuerung. Mitglieder jeglicher Aufsichtsgremien dürfen kein Arbeitsverhältnis oder dauerhafte Geschäftsbeziehungen zu unseren Gliederungen oder Gesellschaften haben, die sie beaufsichtigen. Unsere Entscheidungen über Gehälter von Geschäftsführer*innen und hauptamtlichen Vorständen werden transparent getroffen.

Wir handeln nachhaltig

Wir verpflichten uns, negative Auswirkungen unserer Arbeit auf Mensch, Natur und Klima so gering wie möglich zu halten. Dazu setzen wir uns nachprüfbar Vorgaben und Ziele. Die Verantwortung für heutige und künftige Generationen ist Teil unseres unternehmerischen Handelns sowie unserer Sozialen Arbeit.

Wir leben Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit

Unsere Forderungen zur Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit stellen wir auch an uns selbst. Wir stellen Ressourcen zur inklusiven Ausgestaltung unserer Einrichtungen und Dienste bereit. Wir wollen die Vielfalt der Gesellschaft in unserer Mitgliedschaft, im Haupt- und Ehrenamt sowie bei Klient*innen unserer Einrichtungen und Dienste entsprechend der Bevölkerung abbilden.



Glossar

Mit dem **freiheitlichen demokratischen Sozialismus** bekennen wir uns zu unserem Ursprung als Teil der deutschen Arbeiterbewegung. Wir verdeutlichen damit unseren Glauben an den humanitären Fortschritt der Menschheit. Wir verbinden damit auch unsere Kritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell und betonen eine Alternative auf der Basis unserer Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Jede Veränderung im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kann jedoch nur demokratisch stattfinden. Unsere Auffassung vom freiheitlichen demokratischen Sozialismus schützt die*den Einzelne*n vor der Willkür der Mehrheit und stellt sich gegen jede Form der autoritären oder totalitären Herrschaft. Nur die Demokratie und der Rechtsstaat achten die Würde des Menschen, seine Freiheit und das Recht. Das ist unser Begriff des freiheitlichen demokratischen Sozialismus.

Geschlecht schließt nach unserem Verständnis alle mit ein und ist vielfältig. Geschlecht beschreibt herkömmlich die Einteilung von Menschen in »weiblich« oder »männlich«. Sie basiert auf biologischen Geschlechtsmerkmalen, Geschlechtsidentität (innere Überzeugung, einem Geschlecht anzugehören) und Geschlechterrollen, die von gesellschaftlichen Normen (Aussehen, Körpersprache, Verhaltensweise) definiert werden. Die Vielfalt von Menschen wird durch die ausschließliche Einteilung in Frauen und Männer unzureichend erfasst: Es gibt beispielsweise Menschen, deren biologisches Geschlecht mehrdeutig ist (intersexuelle oder intergeschlechtliche Menschen), und Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde (Transgender oder Transsexuelle).

Hilfe zur Selbsthilfe ist Ausdruck unserer Auffassung, dass wir jeden Menschen unterstützen, sich selbst und im Zusammenschluss mit anderen zu helfen. Das Ziel unserer Arbeit ist es – wo es die Umstände erlauben –, den einzelnen Menschen so weit zu unterstützen, bis er in der Lage ist, selbstbestimmt sein Leben zu führen. Inklusion ist ein Prinzip, um die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft zu verwirklichen. Inklusion verdeutlicht, dass jede*r auf ihre*seine Art und Weise einzigartig und Teil der Vielfalt ist. Damit alle Menschen mitwirken und mitentscheiden können, sind die baulichen, kommunikativen, strukturellen, ökonomischen sowie fachlichen Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft zu prüfen und wo nötig zu verändern.

Interkulturelle Öffnung ist ein Modell zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Organisationen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Einrichtungen, Diensten und im Verband ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend repräsentiert werden und dass die Angebote sich konzeptionell, organisatorisch und personell an den Bedürfnissen von Menschen unterschiedlicher Herkunft aufstellen.

Rassismus teilt Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder realen Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit in verschiedene Gruppen ein und weist diesen unveränderliche, oft negative Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu. Ihre eigene Gruppe sehen Rassist*innen in der Regel als natürlich überlegen an und leiten daraus das Recht zur Benachteiligung anderer ab.

Sexuelle Identität beschreibt, wie Menschen sich selbst wahrnehmen und wie sie im Hinblick auf Geschlechtsmerkmale, Geschlechtsidentität, Geschlechterrolle und sexuelles Begehren von anderen wahrgenommen werden wollen. Sexuelles Begehren beschreibt, zu welchem Geschlecht oder welchen Geschlechtern Menschen sich romantisch, erotisch und sexuell hingezogen fühlen.

Sorgearbeit verwenden wir als Rahmen, um alle Sorgetätigkeiten, unabhängig von Gegenstand und Art der Sorge und unabhängig von der Organisationsform (unbezahlt/bezahlt, informell/formell, privat/professionell, Ehrenamt/Erwerbsarbeit), zu beschreiben. Sofern wir von Sorgearbeit reden, die die private Pflege, Zuwendung, Versorgung für andere oder sich selbst meint, die unbezahlt, informell oder als Ehrenamt stattfindet, sprechen wir explizit von »privater Sorgearbeit«. Wir beachten die Debatte, die unter dem Begriff »Care« stattfindet, und unter anderem die Frage, wie wir miteinander leben und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren wollen.

Unter **Sozialer Arbeit** verstehen wir die bezahlte, formelle sowie professionelle Pflege, Zuwendung und Versorgung für andere, die als Erwerbsarbeit stattfindet.

Unter **Sozialraum** verstehen wir das Lebensumfeld des Menschen, den Ort, an dem er konkrete Unterstützung erhält, um seine Lebensqualität und –situation zu verbessern. Hier kann er sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft engagieren, Akzeptanz und Wertschätzung der Mitmenschen erfahren und Demokratie leben. Sozialraumorientierung ist eine Handlungsoption der Sozialen Arbeit, die von der individuellen Bedarfslage aus das Umfeld des Menschen mit seinen Angeboten und Einrichtungen in den Blick nimmt.

Nach dem gesellschaftlichen Prinzip der **Subsidiarität** übernimmt im Staat die kleinere Einheit im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit staatliche Aufgaben. Der Staat trägt die Verantwortung, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Damit unterstützt er zugleich private, selbstständige Organisationen der Zivilgesellschaft wie die Freie Wohlfahrtspflege. Der Wert der Subsidiarität zeigt sich für den Menschen durch die Wahlfreiheit und durch bürgernahe Hilfe und Unterstützung.

Impressum

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Fax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich

Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Redaktion

Prof. Dr. Thomas Beyer, Leiter der
Grundsatzkommission
Marius Mühlhausen, Leiter der Stabsstelle
für Grundsatzfragen

Konzept und Gestaltung

www.studio-pingpong.de
Ingeborg Landsmann

© AWO Bundesverband e.V.
Berlin, Januar 2020

Untersützt durch die



Danke

Über vier Jahre hinweg hat die Grundsatzprogrammkommission den Prozess auf dem Weg zum Grundsatzprogramm im Verband intensiv begleitet. Die Arbeiterwohlfahrt dankt den Mitgliedern der Kommission: Britta Altenkamp, Anne Baaske, Prof. Dr. Thomas Beyer, Rudolf Borchert †, Brigitte Döcker, Rudi Frick, Christoph Götz, Ulf Griebmann, Ragnar Hoenig, Barbara Höckmann, Dr. Birgit Hoppe, Andreas Johnsen, Benjamin Landes, Ingrid Lebherz, Marius Mühlhausen, Alexander Nöhring, Nils Opitz-Leifheit, Christiane Reckmann, Senihad Sartor, Michael Scheffler, Michael Schmidt, Wilhelm Schmidt, Markus Schnapka, Gabriele Siebert-Paul, Wolfgang Stadler.



Gemeinsam für soziale
Gerechtigkeit.

Das Grundsatzprogramm
der Arbeiterwohlfahrt.

Kurzfassung

BESCHLOSSEN AUF DER SONDERKONFERENZ
AM 14. DEZEMBER 2019 IN BERLIN.

Inhalt



Einleitung	2
Unsere Leitsätze	4
I. Unsere Grundwerte	5
II. Mensch und Gesellschaft	6
III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft	7
IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt	8
V. Soziale Ungleichheit bekämpfen	9
VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität	10
VII. Unsere Fachlichkeit	11
VIII. Wir verpflichten uns	12
Impressum	13

Die vorliegende Fassung ist eine Kurzfassung des Grundsatzprogramms der Arbeiterwohlfahrt. Sie umfasst das Leitbild in acht Kapiteln. Die Langfassung des Grundsatzprogramms beinhaltet zudem unsere Fachthemen.

Einleitung

Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten. Gegründet im Jahr 1919, finden sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten. Mit diesem Anspruch schreiben wir unsere Geschichte als unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband fort. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten sich dabei an den Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen aus. Unser Handeln wird bestimmt durch unsere Grundwerte und unsere Verpflichtung gegenüber der Würde des Menschen: Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale programmatische Orientierung für den gesamten Verband. Es ist in seinen Überzeugungen fest verwurzelt in unserer Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung und weiß um die historische Aufgabe dieses Verbandes. Das Programm dient dazu, sich der eigenen Grundwerte zu vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das Fortkommen der Gesellschaft. Zugleich ist es eine Selbstverpflichtung, das eigene Handeln unentwegt kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen.

Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Politik bestimmt, die die soziale Situation vieler Menschen verschlechtert haben und bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 und die daraus gezogenen falschen politischen Konsequenzen haben das Vertrauen in die politischen Akteure erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der Geflüchteten-situation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen die gelebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und streiten für eine Gesellschaft, die die*den Einzelne*n achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.

Berlin, den 14. Dezember 2019.



Die Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt sind die Kernthesen unseres Leitbilds in den Kapiteln I.–VIII. Im Leitbild versammeln wir Themen, die für uns in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind und eine Klammer um unsere fachliche Arbeit bilden.

Sie kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden unserer Arbeit.

Sie ermöglichen es uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitenden sowie Engagierten und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

Unsere Leitsätze

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

I. Unsere Grundwerte

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Unsere Vision einer gerechten Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft drückt sich seit unserer Gründung im freiheitlichen demokratischen Sozialismus aus: Allen Menschen stehen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu. Der freiheitliche demokratische Sozialismus ist zugleich unser nie endender Auftrag, für eine fortschrittliche, freie, gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen. Mit unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten überwinden, soziale Gerechtigkeit schaffen und allen Menschen gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Staat ist verpflichtet, allen ein Leben in Würde und ohne Armut zu sichern.

Freiheit bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei von Willkür, Unterdrückung, Not und Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und die Freiheit anderer zu respektieren.

Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung. Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen mitzuwirken und sozial abgesichert zu sein.

Gerechtigkeit herrscht, wenn jeder Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung: Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise für kommende Generationen und zum Wohl der Natur nachhaltig zu gestalten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, sich konsequent für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Die ökologische und soziale Gestaltung einer Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren Zielen, Lebensstilen und Handlungen muss weltweit eine lebenswerte Zukunft sichern.

Solidarität entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und den anderen zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung. Solidarität kennt keine nationalen Grenzen. Der Staat macht durch Recht Solidarität bindend. Im Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen.

Toleranz erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen und Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der Gesellschaft.

II. Mensch und Gesellschaft

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Als Wohlfahrtsverband ist unsere Arbeit geprägt von der Zusammenarbeit mit dem Menschen. Wir sind uns der Würde und der Freiheit jeder* jedes Einzelnen bewusst und sehen die Menschen- und Grundrechte als unveränderliche Grundlage für Staat und Gesellschaft an. Wir treten für diese Rechte ein und fördern die Menschlichkeit in der Welt. Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen aus Notlagen befreien. Wir erfahren durch unsere Arbeit, dass Menschen sich entwickeln und lernen wollen. Dabei begleiten und unterstützen wir sie individuell und setzen bei ihren Potenzialen an. So fördern wir Selbstverantwortlichkeit und Autonomie.

Wir bestärken den Menschen im Rahmen seiner Fähigkeiten, für sich und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Solidarität über Generationen, Grenzen und Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger*innen. Deswegen fördern wir Mitbestimmung an den Orten, wo Menschen leben, arbeiten und sich begegnen. Sie brauchen geeignete Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale zu entfalten und miteinander zu kooperieren.

Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit zurückzufallen. Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und gewalttätigen Übergriffen. Wir bekämpfen jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung, Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen. Vorurteilen und Stereotypen begegnen wir mit Aufklärung, Argumenten und Dialog.

Wir verstehen uns als Teil der antifaschistischen Bewegung. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander ein und verurteilen jede Art von psychischer und physischer Gewalt.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftssystem. Wir setzen uns für eine Ökonomie ein, die weltweit faire und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen anstrebt. Sozialer Fortschritt gelingt weltweit nur nachhaltig bei gleichzeitigem Schutz der Natur. Technischer Fortschritt und Digitalisierung sind dort zu fördern, wo sie die Lebensqualität der Menschen verbessern. Die Privatsphäre und die Selbstbestimmung der*des Einzelnen sind immer zu garantieren. Wir wollen eine chancengerechte Gesellschaft, in der jede*r Zugang zu der notwendigen Technologie hat, die Teilhabe ermöglicht. Es wird darauf ankommen, dass digitale Kompetenzen über alle Schichten, Geschlechter, Altersgruppen und Berufsfelder hinweg erlernt werden können.

III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Unsere Grundwerte bestimmen unser Handeln im Mitgliederverband, in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen und in unserer politischen Interessenvertretung. Das macht uns zu einer starken Gemeinschaft. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten wir an den Bedürfnissen der Menschen und an unseren politischen Zielen aus.

Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bestimmen demokratisch über die Entwicklung des Verbandes und unsere politischen Positionen. Sie prägen das Bürgerschaftliche Engagement, steuern und beaufsichtigen unsere sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Als Teil der Zivilgesellschaft betonen wir die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinnützige, demokratische Mitgliederorganisationen werden weiterhin Triebfeder für eine solidarische und demokratische Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir Menschen für uns begeistern, sie als Mitglieder gewinnen und ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte einsetzen. Zugleich fördern wir neue Formen des Engagements und öffnen unsere Räume für innovative Angebote sowie für das Erleben von Gemeinschaft. Wir wollen verstärkt Kooperationen mit anderen Akteuren eingehen. So können wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der Generationen und einer Gesellschaft in Vielfalt gerechter werden.

Die Mitarbeitenden der Arbeiterwohlfahrt sind Teil unserer Gemeinschaft. Hand in Hand mit unseren Ehrenamtlichen und Engagierten garantieren sie Professionalität, Stabilität und Innovation in unserem Verband.

Wir ermöglichen, dass unsere Mitarbeitenden unsere Grundwerte leben und die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitgestalten können. Wir stehen für Gute Arbeit auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.

Zu uns gehört das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Als selbstständiger und eigenverantwortlicher Kinder- und Jugendverband organisiert es sich über demokratische Strukturen und bereichert unseren Verband. Das Jugendwerk vertritt die Anliegen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und gibt uns wichtige Impulse. Wir unterstützen das Jugendwerk und arbeiten auf allen Ebenen in Gremien und vor Ort zusammen. Gemeinsam sichern wir die Zukunft.

IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir stärken die Vielfalt und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen. Die Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Menschenrechte sind das Fundament auf dem Weg in eine offene Gesellschaft. Diese Rechte sind nicht verhandelbar und für jede*n einklagbar. Wir sind überzeugt, dass sie den Raum und die Sicherheit schaffen, damit in einer Gesellschaft in Vielfalt sozialer Zusammenhalt gelebt wird. Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle, ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen.

Eine Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit abzuschaffen. Mit dieser Haltung schreiben wir unsere Tradition fort. Unser Eintreten für eine Gesellschaft in Vielfalt ist mit unserer Arbeit für eine gerechte Gesellschaft eng verbunden. Die Ungleichheit im Kapitalismus steht dem Ziel der Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen entgegen. Mit unserer Vision eines freiheitlichen demokratischen Sozialismus drücken wir aus, dass eine gerechte Gesellschaft erreichbar ist. Soziale Absicherung, gleiche Bildungschancen und die gerechte Verteilung von Ressourcen sowie die Achtung aller Menschen hängen unmittelbar miteinander zusammen.

Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung, mit und ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

Das solidarische Miteinander ist für das Individuum und unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir streiten für ein starkes Gemeinwesen und öffentliche Räume, die für alle nutzbar sind. Um eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, handeln wir nach dem Prinzip der Inklusion.

V. Soziale Ungleichheit bekämpfen

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und unsere Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft körperliches sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleiche Lebenschancen. Wir wollen Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden, wollen wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern. Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

Die digitale Transformation muss sozial und teilhabeorientiert gestaltet werden. Sie darf die bestehende soziale Spaltung nicht weiter verschärfen, sondern muss Teilhabe für alle ermöglichen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die ausreichende technische Ausstattung insbesondere bereits sozial benachteiligter Gruppen sowie die Weiterbildung und Begleitung aller Mitglieder der Gesellschaft in das digitale Zeitalter.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist für uns untragbar. Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale Dienstleistungen. Bund, Länder und Gemeinden haben auf Dauer bedarfsgerecht Sozialmietwohnungen vorzuhalten.

Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte Ungleichheiten mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb müssen Angebote auch in strukturschwachen Regionen einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.

Auch außerhalb der Städte ist die Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass sie die Teilhabe aller Menschen ermöglicht. Wir kämpfen bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen und einen starken Sozialstaat.

Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu Bildung zusammen: Während Armut strukturell zu geringer sozialer Teilhabe und politischer Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und Macht. Das schwächt das Vertrauen in Demokratie, Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus werden in einer ungleichen Gesellschaft immer wieder Menschen in sozial schwachen Lebenslagen gegeneinander ausgespielt. Wir betonen die besondere Verantwortung und Verpflichtung für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entstehen. Der demokratische Staat ist verpflichtet, Ausgleich im Sinne der Allgemeinheit zu schaffen.

Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine solidarische Gesellschaft. Dafür kämpfen wir.

VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität: Der Staat trägt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, wir übernehmen die Trägerschaft von Einrichtungen, Diensten und Maßnahmen. Als Anwältin der Betroffenen nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und erstreiten soziale Rechte. Wir beziehen fundiert und kritisch Stellung zur sozialen Lage in Deutschland und Europa.

Vor Ort handeln wir gemeinwohlorientiert und arbeiten mit Kostenträgern auf der Grundlage von Verträgen und transparenten Förderungsbedingungen partnerschaftlich zusammen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote und Dienstleistungen. Unser Ziel ist es, die notwendige soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.

Als gemeinnützige Organisation gewährleisten wir, dass unsere Erträge nur für unsere sozialen Zwecke eingesetzt werden. Wir stehen für ein gebotenes Maß an Wirtschaftlichkeit und gehen sorgfältig und transparent mit unseren finanziellen Ressourcen um. Wir bedienen nicht die Renditeinteressen fremder Geldgeber.

Der Staat braucht starke Partner im Sozialraum. Der Wert der Subsidiarität für die Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern. Handlungsfähige und sozial verantwortungsvolle Kommunen sind die Voraussetzung, um den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Die Freie Wohlfahrtspflege sichert eine bundesweite Versorgung, eine Einbindung von Ehrenamt und Engagement, eine wertegebundene Steuerung im Sinne des Gemeinwohls sowie die Erhaltung der Wunsch- und Wahlfreiheit der Menschen. Die voranschreitende Deregulierung sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Wir fordern eine Neugestaltung von Vergabe- und Förderungsregelungen, sodass die Wahrung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gewährleistet wird.

Wir werden unsere Maxime einer freien und wertegebundenen Arbeit bewahren und stellen uns mit unserer Fachlichkeit und der Qualität unserer Leistungen dem Wettbewerb. Für den Erhalt und den Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaats werden wir in Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen. Wir wollen ein soziales Europa, das das deutsche Sozialstaatsmodell anerkennt und die regionale Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet.

VII. Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Seit unserer Gründung im Jahr 1919 haben wir uns zu einer gemeinnützigen Organisation entwickelt, die in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik aktiv ist. Unsere Arbeit richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus und versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Wir arbeiten wirkungsorientiert, zuverlässig und auf Basis von fachlichen Standards. Wir entwickeln die Fachlichkeit weiter und setzen uns für die erforderlichen Rahmenbedingungen politisch ein.

Unsere Angebote richten sich an Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihrer Religion, Weltanschauung, Nationalität, ihrem Familienstand oder Geschlecht. Wer zu uns kommt, ist für uns Expert*in der eigenen Lage. Wir schützen sie*ihn vor Übergriffen durch Dritte und arbeiten präventiv gegen jegliche Form von Gewalt. An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende, Mitglieder und Engagierte.

Inklusion ist unser Prinzip, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Wir fördern in der Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen das Bewusstsein, dass niemand ausgegrenzt und diskriminiert werden darf. Das bedeutet, unsere Vorurteile zu reflektieren sowie unsere Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie der Einzigartigkeit jedes Menschen gerecht wird.

Interkulturalität ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer Angebote, Maßnahmen und Projekte. In der Arbeiterwohlfahrt werden antisemitische, rassistische und extremistische Äußerungen sowie Handlungen entschieden, auch mit juristischen Mitteln, verfolgt.

Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile. Mitarbeitende und Engagierte werden gleichermaßen wertgeschätzt. Einstellung, Bezahlung, Förderung und Aufstiegsmöglichkeiten erfolgen unabhängig vom Geschlecht.

Die Soziale Arbeit bietet zahlreiche Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten für digitale Anwendungen. Sie sind Teil unserer auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit. Der zentrale Bestandteil all unserer Aktivitäten bleibt jedoch der menschliche Kontakt. Digitalisierung und Technik setzen wir zum Wohl unserer Klient*innen und zur Entlastung unserer Mitarbeitenden ein. Inklusion, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit und einen am Menschen orientierten Einsatz von Technik und Digitalisierung herzustellen, ist eine Querschnittsaufgabe.

Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus.

VIII. Wir verpflichten uns

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

Als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband handeln wir entsprechend unseren Werten. Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk, das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht, und verwalten unsere Finanzen verantwortungsbewusst. Soziale Verantwortung und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar mit unserem Namen in allen Regionen verbunden. Deshalb achten wir auf die Einhaltung unserer Grundsätze und verpflichten uns zu Transparenz und Kontrolle.

Wir schätzen Ehrenamt und Engagement

Ehrenamt und Engagement sind selbstbestimmt und freiwillig. Beide erfolgen grundsätzlich unentgeltlich oder gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung. Sie werden bei uns geschützt und in ihrem Eigenwert geschätzt. Wir fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt. Ehrenamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn. Soweit möglich richten wir eigene Agenturen zur Vermittlung von Engagement ein und beteiligen uns daran.

Wir bieten Gute Arbeit

Wir verpflichten uns, angemessen zu entlohnen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu zahlen. Wir bieten Mitarbeitenden transparente Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, persönliche Weiterentwicklung und Qualifizierung. Wir binden sie bei der Entwicklung innovativer Prozesse und Projekte – insbesondere im Rahmen der Digitalisierung von Arbeitsprozessen – von Anfang an ein. Wir bekennen uns zur Tarifbindung und arbeiten mit Gewerkschaften und Betriebsräten eng zusammen. Kein Arbeitsverhältnis mit der AWO soll ohne Anbindung an einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes geschlossen werden. Wir achten und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gesundheit unserer Mitarbeitenden. Hauptamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn.

Wir wollen Mitbestimmung

Wir wollen, dass unsere Mitglieder und unsere Mitarbeitenden die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen. Entscheidungen im Mitgliederverband treffen wir demokratisch und transparent. Die ehrenamtliche Aufsicht in unseren Gliederungen und Gesellschaften ist demokratisch legitimiert. Führung in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen bedeutet, Verantwortung für das Wohl aller zu tragen und die Beteiligungskultur sowie demokratische Prozesse zu stärken. Wir unterstützen, dass sich Betriebsräte bilden.

Wir achten die Bedürfnisse der Klient*innen und schützen sie

Unsere qualitative Arbeit orientiert sich an den Lebenslagen, Bedürfnissen, Erwartungen und individuellen Möglichkeiten der Klient*innen. Wir beraten und unterstützen sie mit dem Ziel, ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu stärken. Wir schätzen die*den einzelne*n Klient*in wert und beteiligen sie*ihn in unserer Arbeit, wo es möglich ist. Wir garantieren den Schutz der Menschen, die uns anvertraut sind.

Wir schaffen Transparenz und haben eine unabhängige Aufsicht

Unser Ehrenamt gibt die strategischen Ziele vor und arbeitet Hand in Hand mit dem Hauptamt. Wir trennen bewusst Kontrolle und Steuerung. Mitglieder jeglicher Aufsichtsgremien dürfen kein Arbeitsverhältnis oder dauerhafte Geschäftsbeziehungen zu unseren Gliederungen oder Gesellschaften haben, die sie beaufsichtigen. Unsere Entscheidungen über Gehälter von Geschäftsführer*innen und hauptamtlichen Vorständen werden transparent getroffen.

Wir handeln nachhaltig

Wir verpflichten uns, negative Auswirkungen unserer Arbeit auf Mensch, Natur und Klima so gering wie möglich zu halten. Dazu setzen wir uns nachprüfbar Vorgaben und Ziele. Die Verantwortung für heutige und künftige Generationen ist Teil unseres unternehmerischen Handelns sowie unserer Sozialen Arbeit.

Wir leben Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit

Unsere Forderungen zur Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit stellen wir auch an uns selbst. Wir stellen Ressourcen zur inklusiven Ausgestaltung unserer Einrichtungen und Dienste bereit. Wir wollen die Vielfalt der Gesellschaft in unserer Mitgliedschaft, im Haupt- und Ehrenamt sowie bei Klient*innen unserer Einrichtungen und Dienste entsprechend der Bevölkerung abbilden.

Impressum

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Fax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich

Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Redaktion

Prof. Dr. Thomas Beyer, Leiter der Grundsatzkommission
Marius Mühlhausen, Leiter der Stabsstelle für Grundsatzfragen

Konzept und Gestaltung

www.studio-pingpong.de
Ingeborg Landsmann

© AWO Bundesverband e.V.
Berlin, Januar 2020

Untersützt durch die



Danke

Über vier Jahre hinweg hat die Grundsatzprogrammkommission den Prozess auf dem Weg zum Grundsatzprogramm im Verband intensiv begleitet. Die Arbeiterwohlfahrt dankt den Mitgliedern der Kommission: Britta Altenkamp, Anne Baaske, Prof. Dr. Thomas Beyer, Rudolf Borchert †, Brigitte Döcker, Rudi Frick, Christoph Götz, Ulf Grießmann, Ragnar Hoenig, Barbara Höckmann, Dr. Birgit Hoppe, Andreas Johnsen, Benjamin Landes, Ingrid Lebherz, Marius Mühlhausen, Alexander Nöhring, Nils Opitz-Leifheit, Christiane Reckmann, Senihad Sartor, Michael Scheffler, Michael Schmidt, Wilhelm Schmidt, Markus Schnapka, Gabriele Siebert-Paul, Wolfgang Stadler.

Das Grundsatz-programm von der
Arbeiter-wohlfahrt vom Dezember 2019 in
Leichter Sprache





Die Arbeiter-wohlfahrt

Die Arbeiter-wohlfahrt ist ein wichtiger Wohlfahrts-verband.

Verband heißt: großer Verein, in ganz Deutschland aktiv.

Wohlfahrt heißt: Wir helfen Menschen mit Problemen.



Die Abkürzung für Arbeiter-wohlfahrt ist: AWO.

Die AWO gibt es seit mehr als 100 Jahren.

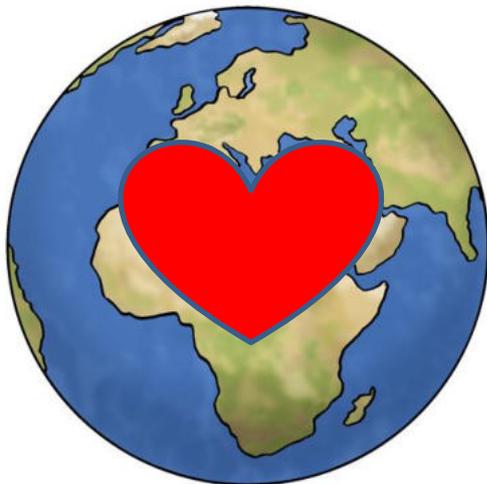
Im Jahr 2019 hatte die AWO ihren 100. Geburts-tag.



Die AWO ist stolz auf ihre Geschichte.

Sie ist ein Teil von der Arbeiter-bewegung.

Sie kämpft seit Anfang an für die Rechte von Hilfs-bedürftigen.

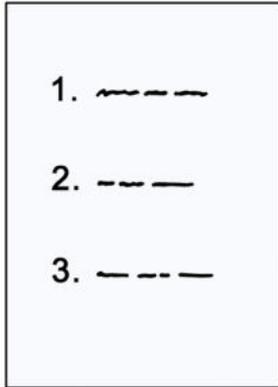


Viele Ideen gelten bis heute.

Die AWO kämpft weiter für eine bessere Welt.

Im Jahr 2019 hat die AWO ihr Grundsatz-programm neu geschrieben.

In einem Grundsatz-programm stehen die wichtigsten Ziele und Ideen.



Das Programm hat einzelne Leit-sätze.

Diese Leit-sätze erklären wir nun in diesem Text.



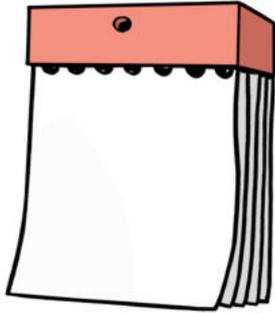
Dieser Text ist in Leichter Sprache.

Leichte Sprache kann man besser verstehen.

Leichte Sprache kann man besser lesen.

Die Schrift ist größer.

Wir machen viele Absätze.



Einleitung

Wir wollen die Zukunft gestalten.

Seit über 100 Jahren kämpft die AWO für eine gerechte Gesellschaft.
Jeder Mensch soll in unserem Land gleich gut leben können.

Jeder Mensch ist kostbar.

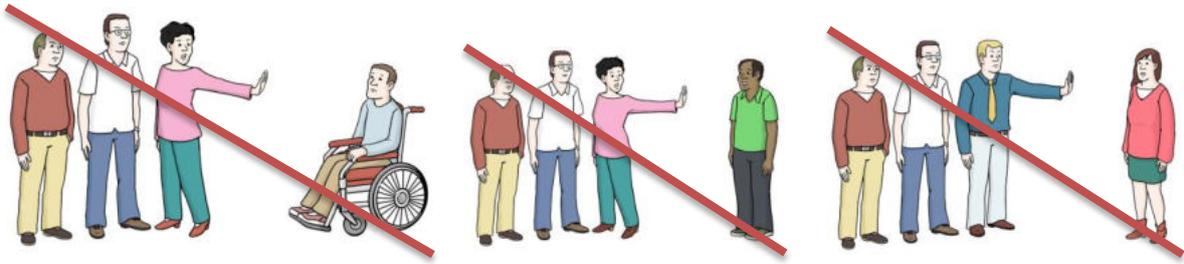
Jeder Mensch ist gleich viel wert.

Wir wollen nah bei den Menschen sein.

Wir wollen uns um ihre Wünsche und Sorgen kümmern.



Wir haben politische Ziele.



Es soll **keine** Armut mehr geben.

Es soll **keine** Ausgrenzung mehr geben.



Wir wollen Teilhabe.

Jeder Mensch soll überall mit·machen können.

Wir haben unsere Ideen und Ziele neu auf·geschrieben.

Der Name von dem Text ist: Grundsatz·programm.

In den letzten Jahren ist viel in der Welt passiert.

Viele Menschen leben schlechter als noch vor ein paar Jahren.



Es gibt viel Not in der Welt.

Menschen aus anderen Ländern flüchten nach Deutschland.

Sie flüchten vor Krieg.

Sie flüchten aber auch aus Hunger.

Sie flüchten vor einer schlechten Zukunft.

Manche Menschen in unserem Land mögen **keine** Geflüchteten.

Sie mögen **keine** Fremden.

Sie mögen **nichts**, was anders ist.

Das wollen wir nicht.



Die AWO kämpft für Zusammenhalt.
Wir wollen eine Gesellschaft ohne Hass.

Jeder Mensch soll hier ohne Gefahr leben können.
Wir wollen eine friedliche Gesellschaft.

Unsere Leit-sätze

Unsere wichtigsten Ideen und Ziele schreiben wir als Leit-sätze auf.

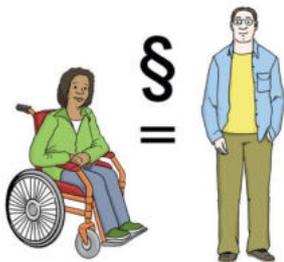
Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz



- Wir wollen frei leben.
Jeder Mensch ist anders.

Jeder Mensch hat andere Ideen.
Jeder Mensch hat andere Wünsche.

Wir bestimmen selbst über unser Leben.
Kein anderer darf über unser Leben bestimmen.



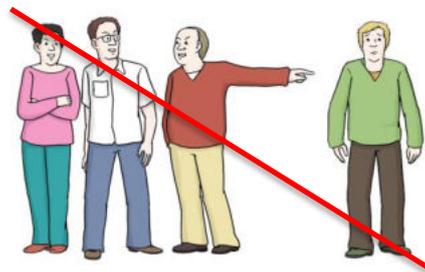
- Wir wollen alle Menschen gleich behandeln.
Keiner soll schlechter gestellt werden als andere.
Keiner hat mehr Rechte als andere.



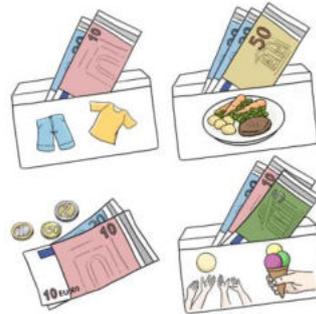
- Wir wollen zusammen·halten.
Wir helfen uns gegen·seitig.
Zusammen sind wir stark.
Das bedeutet für uns Solidarität.



- Wir wollen gleiche Chancen für alle.
Chance ist ein anderes Wort für: Möglichkeit.



- Wir achten andere Menschen.
Jeder Mensch ist wert·voll.
Wir haben Respekt vor anderen.
Das bedeutet für uns Toleranz.
- Wir finden den freiheitlichen demokratischen Sozialismus gut.
Der freiheitliche demokratische Sozialismus ist eine politische Idee.
Das heißt: Die Menschen im Land sind die Bestimmer und Bestimmerinnen.



Alle Menschen haben die gleichen Rechte.
Jeder Mensch soll gleichviel Möglichkeiten haben.

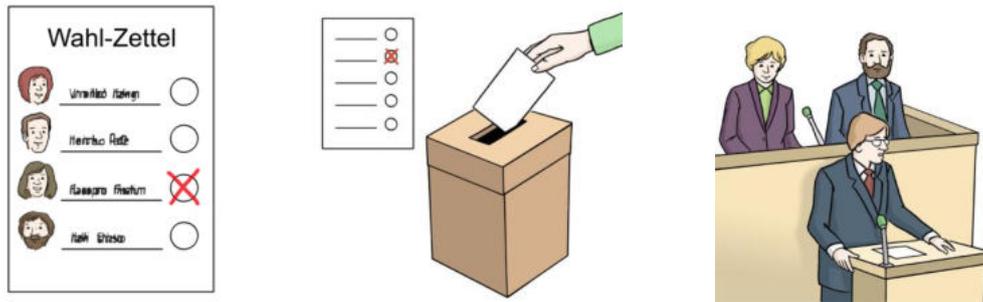
Selbst-bestimmung, Demokratie, Rechts-staat, Achtung vor der Natur



- Wir wollen mehr Menschlichkeit auf der Welt.
Menschen sollen freundlich mit anderen umgehen.
Menschen sollen andere wie Brüder und Schwestern behandeln.



Wir gehören alle zusammen.
Egal, wie alt wir sind.
Egal, aus welchem Land wir kommen.
Egal, an welchen Gott wir glauben.



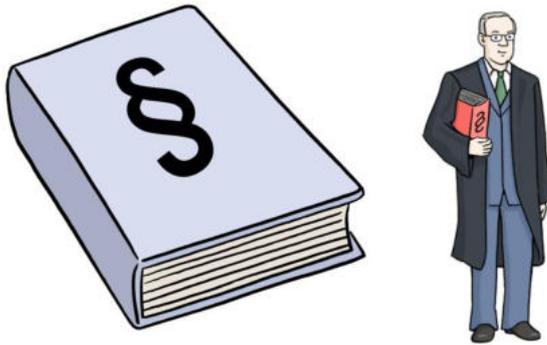
- Demokratie ist wichtig.
Demokratie ist eine Staatsordnung.
Eine Staatsordnung sagt, wer im Staat bestimmen darf.



Unser Staat ist die Bundesrepublik Deutschland.
Ein anderes Wort für Staat ist: Land.

Wir leben in einer Demokratie.
In einer Demokratie bestimmt das Volk.
Das Volk sind die Bürgerinnen und Bürger.

Diese wählen Vertreter und Vertreterinnen.



- Rechts-staat ist wichtig.
In einem Rechts-staat werden die Gesetze eingehalten.
Die Gesetze gelten für alle Menschen.
Der Staat schützt die Rechte von den Menschen in seinem Land.



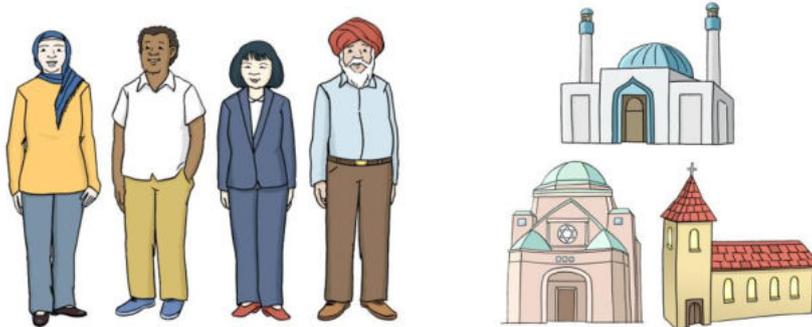
- Wir wollen eine menschliche Gesellschaft.
Minder-heiten brauchen besonderen Schutz.
Beispiele für Minderheiten: Schwule Menschen, Menschen mit
anderer Haut-farbe.

Wir kämpfen gegen Vor-urteile.

Ein Vor-urteil ist eine vorgefasste Meinung.

Man übernimmt einfach eine andere Meinung.

Dabei hat man selbst gar **keine** Erfahrung mit der Situation.



Wir kämpfen gegen Hass.

Kein Mensch ist mehr wert als ein anderer.

Manche Menschen sind voll von Hass.

Sie denken, sie seien wert-voller als andere.

Das stimmt aber nicht.

Diese Hassler nennt man: Rassisten.

Kein Volk ist mehr wert als ein anderes.

Kein Glaube ist mehr wert als ein anderer.



Wir kämpfen gegen Gewalt.

Keiner darf einen anderen schlagen.

Keiner darf einem anderen Menschen weh tun.

Keiner darf einen anderen Mensch beleidigen.

Keiner darf einem anderen mit bösen Worten weh tun.



- Die Natur ist unser Lebens-raum.
Wir müssen sie gut behandeln.
Wir müssen unsere Umwelt schützen.

Wir dürfen unsere Umwelt **nicht** weiter zerstören.

Wir haben nur diese eine Welt.

Auch unsere Kinder und Enkel sollen hier noch gut leben können.



- Die Wirtschaft muss den Menschen dienen.
Nicht umgekehrt.
Der Mensch ist **nicht** da um der Wirtschaft zu dienen.
Wirtschaft heißt: Alle Waren und Leistungen gegen Geld.

Menschen dürfen bei der Arbeit **nicht** ausgebeutet werden.

Arbeit-nehmer und Arbeitnehmerinnen müssen einen anständigen Lohn bekommen.

Arbeit-nehmer und Arbeitnehmerinnen brauchen Pausen und Urlaub.

Es darf **nicht** immer nur um mehr Geld gehen.

Dabei bleiben Menschen auf der Strecke.

Arme werden immer ärmer.

Reiche werden immer reicher.

Das wollen wir **nicht**.



Reichtum muss unter den Menschen gerecht verteilt sein.
Wirtschaft muss fair sein.



- Jeder Mensch muss beim technischen Fortschritt dabei sein können.
Computer und Roboter sind überall in unserem Leben.



Jeder Mensch hat ein Recht auf Privat-sphäre.

Privat-sphäre ist ein besonders geschützter Bereich.

Jeder Mensch bestimmt selbst:

Was dürfen andere über mich wissen?

Jeder Mensch soll die Chance bekommen den Umgang mit Computern zu lernen.

Die Menschen in der AWO haben die gleichen Ziele und Werte

- Wir haben Grund-werte.
Unsere Grund-werte machen uns aus.

Unsere Grund-werte bestimmen unser Handeln.
Ein anderes Wort für Grund-werte ist: Prinzip, Überzeugung,
Einstellung.



In der AWO ist Demokratie.
Die Mitglieder bestimmen.



Wir haben viele ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
Diese arbeiten für uns ohne Bezahlung.

Sie wollen uns ihre Arbeit schenken.
Sie möchten etwas für die Gemeinschaft tun.

Uns sind unsere Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig.



- Wir sind offen für neue Ideen.
Wir wollen uns weiter-entwickeln.
Die AWO ist modern.



- Wir haben ein Jugend-werk.
Das ist ein Kinder- und Jugend-verband in der AWO.
Wir sind stolz auf unser Jugend-werk.
Das Jugend-werk ist sehr wichtig für uns.
Das Jugend-werk kümmert sich um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Die jungen Menschen haben viele Ideen.
Die jungen Menschen geben uns gute Tipps.
Wir unterstützen das Jugend-werk.



Wir finden Inklusion gut.

Inklusion heißt: Jeder Mensch kann und darf überall dabei sein.
Dafür muss die Gesellschaft Hindernisse abbauen.

- Wir wollen Besitz und Reichtum fair verteilen.
Fair heißt: anständig, ohne Benachteiligung.



- Der Kapitalismus bringt viele Probleme.
Kapitalismus ist der Name für eine Wirtschaftsordnung.

Beim Kapitalismus bestimmt das Geld.

Je mehr Leute eine Ware haben wollen, umso teurer wird sie.

Für manche wird die Ware dann zu teuer.

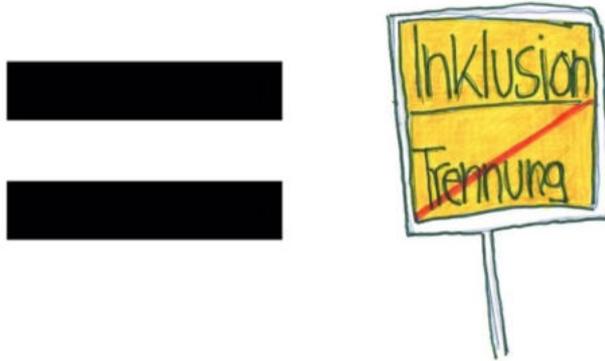
Wir finden Kapitalismus ungerecht.

Der Staat muss sich in die Wirtschaft einmischen.

Er muss Ungerechtigkeiten verhindern.

Er muss den Schwachen helfen.

Wir kämpfen für Gleichheit und Gerechtigkeit



- Wir kämpfen seit über 100 Jahren für mehr Gerechtigkeit.
Ungleichheit ist gefährlich.
Sie macht das Leben für die Schwachen schlecht.
Sie führt zu Unzufriedenheit.
Sie ist gefährlich für die Demokratie.



Armen Menschen fehlen ganz alltägliche Sachen.
Arme Menschen werden oft krank.
Sie haben viele Sorgen.
Sie haben wenig Aussicht auf eine gute Zukunft.
Das macht die Menschen mutlos.

Ungleichheit macht Trennung.
Ungleichheit macht arm.
Das wollen wir beenden.



- Die Computer-technik wird immer wichtiger.
Technik darf die Gesellschaft **nicht** spalten.

Auch hier ist Teilhabe wichtig.

Jeder Mensch muss die Chance bekommen diese Technik zu erlernen.

Sonst gibt es Ausgrenzung.

Ohne Computer-technik kommt man in der Zukunft nicht klar.



- Wohnen ist ein Menschen-recht.
Jeder Mensch braucht ein Zuhause.
Jeder Mensch braucht eine Wohnung.

Wohnen ist sehr teuer geworden.

Manche Menschen können die teure Miete **nicht** mehr bezahlen.

Das muss sich ändern.

Der Staat muss selbst bezahlbare Wohnungen bauen.



- Überall im Land müssen die Menschen eine Grund-versorgung haben.
Beispiele: Schulen, Kranken-häuser, Wasser und Strom, Hilfe für Schwache
- Der Staat muss sich um die Versorgung seiner Bürger und Bürgerinnen kümmern.
Wir brauchen staatliche Einrichtungen.

Bei Einrichtungen von Privat-personen bestimmen oft Einzel-interessen.

Die Versorgung muss sich aber um das Wohl-ergehen von allen kümmern.

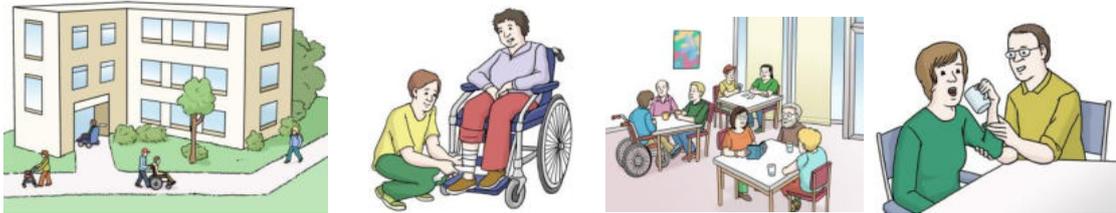
- Wir brauchen einen starken Sozial-staat.
Ein Sozial-staat bringt soziale Sicherheit.
Das heißt: Menschen in Not bekommen Hilfe vom Staat.
- Wir müssen Reichtum und Besitz um-verteilen.
Um-vertei-lung bringt viele neue Chancen.

Die Reichen müssen mehr Geld abgeben.
Das funktioniert mit mehr Steuern für Reiche.

Wir müssen den Armen mehr Geld geben.
Ohne Um-vertei-lung gibt es **keine** Gerechtigkeit.

Wir sind ein guter Dienst-leister

Dienst-leister heißt hier: Fachleute, die Hilfe leisten.



- Der Staat muss seine Bürgerinnen und Bürger mit wichtigen Gütern und Dienst-leistungen versorgen.
- Die Menschen müssen gleich-berechtigt sein. **Keiner** soll mehr oder weniger bekommen als andere. Alle sollen gleich gute Chancen haben.
- Das alles kann der Staat **nicht** allein tun. Deshalb gibt es uns und andere Wohlfahrts-verbände.

Die Wohlfahrt übernimmt bestimmte Aufgaben.
Der Staat kümmert sich um die Grundlagen.



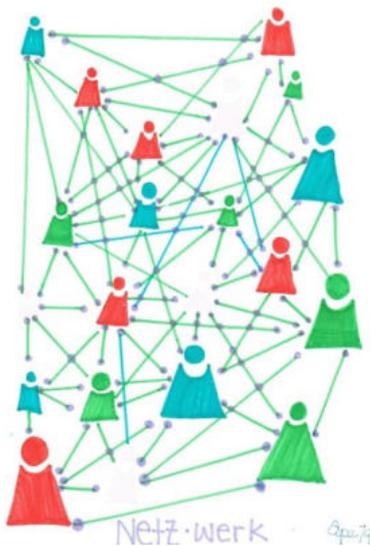
Wir machen dann die Einrichtungen und die Dienst-leistungen.
Beispiele: Wohn-heime für Menschen mit Behinderungen, Essen auf Rädern, Senioren-heime, Fahr-dienste



- Wir sind ein politischer Verband.
Wir mischen uns ein.
Das gilt für die Politik in Deutschland.
Das gilt aber auch für die Politik in Europa.

Wir melden uns bei Planungen von Gesetzen zu Wort.
Wir streiten für mehr Rechte in der Grundversorgung.

Wir haben immer das Wohl von allen im Blick.
Wir machen **keine** Politik nur für eine kleine Gruppe.



Wir verwenden unseren Gewinn für soziale Zwecke.
Gewinn soll immer direkt den Menschen zugute kommen.
Wir gehen sinn-voll und sparsam mit unserem Geld um.
Wir sagen unsere Einnahmen und Ausgaben offen.

Manchmal gibt es fremde Geld-geber.
Diese wollen möglichst viel Gewinn machen.
Das nennt man auch Profit.

Wir unterstützen **nicht** die Interessen fremder Geld-geber.
Wir lassen uns **nicht** für diesen Profit einspannen.

- Gute soziale Arbeit braucht Sicherheit und Geld.

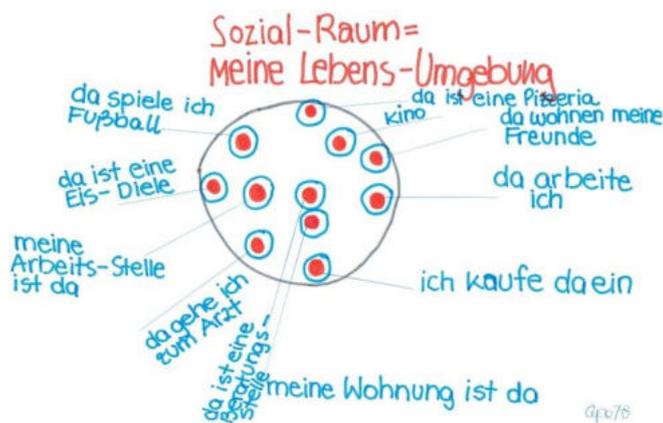
Landkreise, Städte und Dörfer müssen gute Finanzen haben.
Finanzen ist ein anders Wort für: Geld-wesen

Soziale Arbeit gehört **nicht** allein in private Hände.
Das ist sonst eine große Gefahr für die Qualität von der Arbeit.
Qualität ist ein anders Wort für: Güte, gute Arbeit.

Und es ist eine große Gefahr für die Mitarbeiter und
Mitarbeiterinnen in der sozialen Arbeit.

Es geht dann nur noch um den billigsten Preis.
Uns muss es aber um die beste Versorgung zu einem fairen Preis
gehen.

Menschen sollen in ihrem Sozial-raum gut leben können.



Wir sind Fach-leute

- Seit mehr als 100 Jahren entwickeln wir uns immer weiter.
Wir sind überall in der sozialen Arbeit aktiv.

Wir geben Hilfe zur Selbst-hilfe.
Wir wollen Menschen stark machen.

Sie sollen sich immer besser selbst um ihre Rechte kümmern können.

- Wir sind Fach-leute.
Wir sind gut ausgebildet.
Qualität ist uns wichtig.
- Für uns sind unsere Kunden und Kundinnen die Fach-leute für ihre eigene Lage.
Sie wissen selbst am besten über sich Bescheid.

Wir arbeiten für Menschen.
Dabei arbeiten wir mit ihnen.

Wir verstehen uns als Partner.
Wir sind **keine** Bestimmer.
Wir sind gegen jede Form von Gewalt.

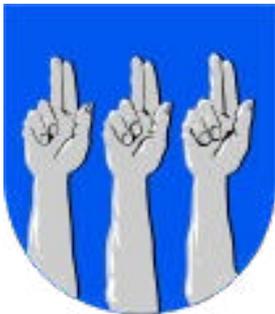
- Uns ist Inklusion wichtig.
Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe.
Jeder Mensch darf überall mit-machen.
Keiner wird ausgeschlossen.
- Wir sind für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.
Männer und Frauen sind gleich-berechtigt.
Menschen mit einem anderen Geschlecht sind gleich-berechtigt.
Das bedeutet: Jeder Mensch ist gleich viel wert.
Jeder Mensch hat die gleichen Rechte.

- Überall in der sozialen Arbeit gibt es Technik.
Das Herz unserer Arbeit bleibt aber immer der menschliche Kontakt.

Die Begegnung von Mensch zu Mensch ist immer das Wichtigste.



Unser Versprechen



- Wir kennen unsere Pflichten
Wir nehmen sie sehr ernst.

Wir sind:

- ein Verband mit sehr vielen Mitgliedern in den Orts-vereinen
- ein Unternehmen in der Sozial-wirtschaft
- ein Interessen-verband.

Unternehmen in der Sozial-wirtschaft heißt:

Wir haben viele Betriebe.

Wir haben viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Wir sind Arbeit-geber.

Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unterstützen Menschen in ganz Deutschland.

Sie helfen ihnen Probleme zu bewältigen.

Interessen-verband heißt:

Wir sind ein politischer Verband.

Wir vertreten politisch die Interessen von Menschen in Notlagen oder in schwierigen Lebens-situationen.

- Wir haben Grund-sätze.

Dazu gehören:

- Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen
- Das Leben für alle Menschen besser machen.

Wir arbeiten offen.

Wir kontrollieren unsere Arbeit.

Wir bilden uns weiter.

- Ehren-amt ist wichtig.

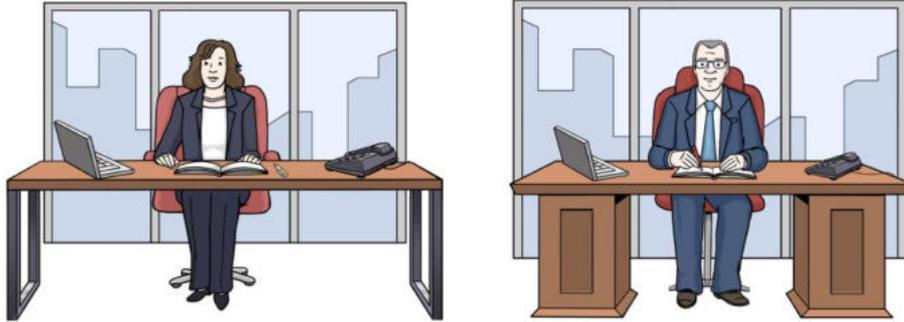
Wir haben viele ehren-amtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Diese schenken uns ihre Arbeit.

Sie arbeiten ohne Lohn.

Sie wollen ihre Zeit und Arbeit an die Gesellschaft schenken.

Ehren-amtliche Mitarbeiter und bezahlte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollen gut zusammen arbeiten.



- Wir sind ein guter Arbeit-geber.
Wir wollen unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen anständig bezahlen.
Es soll gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben.
Wir hören die Meinungen und Ideen von unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

Wir halten die Tarif-bindung ein.
Tarif-bindung heißt: Gewerkschaften und Arbeit-geber haben sich auf einen Lohn geeinigt.

Gewerkschaften kümmern sich um die Interessen von Arbeit-nehmern und Arbeit-nehmerinnen.

Die AWO bezahlt ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen diesen Lohn.

Wir arbeiten gut mit den Gewerkschaften zusammen.

Unsere Chefs und Chefinnen finden Nachwuchs für Aufgaben in der Zukunft.

Uns sind die Familien von unseren Mitarbeitern wichtig.
Familien-arbeit und Beruf sollen gut zusammen passen.

Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollen eine gute Gesundheit haben.

Wir wollen gesunde Arbeits-plätze bieten.

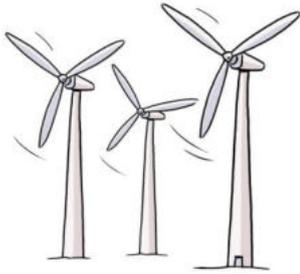


- Wir sind für Mit·bestimmung.
Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollen mit·bestimmen dürfen.
Mit·reden ist **nicht** genug.
Wir wollen starke Betriebs·räte.
Diese machen bei allen Entscheidungen mit.

Wir sind ein Mitglieder·verband.
Das heißt: Viele Privat·personen sind Mitglied in der AWO.
Diese Mitglieder sind die Bestimmer.
Sie geben auf Mitglieder·versammlungen die Richtung vor.



- Wir arbeiten offen.
Die Gehälter von Chefs und Chefinnen darf jeder wissen.
Es gibt eine Kontrolle von unserer Arbeit.
Es gibt eine Kontrolle von unseren Finanzen.
Diese Kontrolle machen Personen von außerhalb.



- Nachhaltigkeit ist wichtig.
Wir arbeiten **nicht** nur für den Augenblick.
Wir haben auch immer die Zukunft im Blick.

Unsere Arbeit und unsere Ziele sollen gut für Menschen sein.
Unsere Arbeit und unsere Ziele sollen auch gut für die Umwelt sein.

Wir haben Verantwortung für heute.
Wir haben Verantwortung für die Menschen nach uns.



- Wir machen, was wir sagen.

Wir wollen in der Gesellschaft:

- Inklusion
- Austausch zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern
- Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

Diese Vielfalt in der Gesellschaft soll es auch in der AWO geben.
Unsere Mitarbeiterschaft soll genau so bunt gemischt sein.
Unsere Kundschaft soll genau so bunt gemischt sein.

Rechtliches

Grundlage für diese Übersetzung ist die Kurzfassung des verabschiedeten Grundsatzprogramms der Arbeiterwohlfahrt vom 14.12.2019. Die dort gefassten Formulierungen sind verbindlich. Diese Übersetzung des Programms verstehen wir als Lesehilfe und wurde gemacht von:

Klar ! Texte & Trainings

Vera Apel-Jösch

Nordstr.3

56242 Quirnbach

www.apel-joesch.de

info@apel-joesch.de

Bild-nachweise und Copyrights

Lebenshilfe Bremen e.V., Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel
2013: Seiten 2- 4, 5 oben, 6, 9, 10 oben und unten, 11-16, 17-18, 19
Mitte, 20, 23 Mitte, 24-26, 27 oben Mitte und rechts, 30, 32-33, 34 Mitte,
35

Vera Apel-Jösch: 5 unten, 7. 10 Mitte, 19 oben, 21 oben, 23 oben, 27
oben links, 27 Mitte, 28

Clip Art und Wikipedia: 8, 21 Mitte, Foto 23 Mitte, 31, 34 oben

Logo Leichte Sprache: Seite 2, Forschungsstelle Leichte Sprache der
Universität Hildesheim.

Impressum

AWO Bundesverband e.V.

Blücherstr. 62/63

10 961 Berlin

Telefon: 0 30 – 26 30 90

Fax: 0 30 – 26 30 93 25 99

E-Mail: info@awo.org

Internet: www.awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Unterstützt durch die:



Einführungstext zum Grundsatzprogramm

Von Grundsatzprogrammen und Werkzeugkoffern

Warum der innerverbandliche Dialog so wichtig für die Zukunft der AWO in Deutschland ist

Hanna Schwarz, Frederik Palmer

„Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“ – unter diesem Titel steht das erneuerte Grundsatzprogramm der AWO. Der Verabschiedung am 14. Dezember 2019 gingen nicht nur die Feierlichkeiten zu ihrem 100. Geburtstag am Tag zuvor voraus, sondern auch ein intensiver jahrelanger Prozess zwischen Mitgliedern, Mitarbeiter*innen und Engagierten, der auch abseits des Programms bis heute Wirkung entfaltet.

Beteiligung und innerverbandliche Auseinandersetzung

Die AWO Bundeskonferenz beschloss im Jahr 2012, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben, da dieses letztmalig im Jahr 1998 aktualisiert worden war. Die 2014 gebildete Grundsatzkommission initiierte daraufhin einen fünfjährigen Prozess, der von der Überzeugung getragen war, dass eine verbandsweite Identifikation mit dem Programm nur durch entsprechende Partizipation möglichst vieler realisiert werden könne.

Die Fachausschüsse des Präsidiums, die Arbeitskreise der Geschäftsführer*innenkonferenz, die korporativen Mitglieder

sowie die Fachabteilungen der Bundesgeschäftsstelle begannen Anfang 2015 ihre Debatte. Gemeinsam erarbeiteten sie eine Grundlage, die im Jahr 2016 erstmalig auf der Sozialkonferenz in Koblenz präsentiert und diskutiert wurde. Auf Basis dieser Rückmeldungen wurde dann wiederum ein neuer Entwurf erarbeitet, der 2017 auf einer Fachtagung mit Vertreter*innen aus Stiftungen, Wissenschaft, Gewerkschaften und befreundeten Organisationen erörtert wurde. Im darauffolgenden Jahr fanden in allen vier Himmelsrichtungen der Bundesrepublik Regionaltreffen statt, auf denen über 400 Mitglieder, Mitarbeiter*innen und Engagierte ihre Anmerkungen und Hinweise in die Entwürfe einarbeiteten. Doch nicht nur dort konnte diskutiert werden, sondern auch auf einer extra für die Grundsatzprogrammentwicklung entworfenen Website gab es Raum für Austausch. Hier konnte sich jede Person innerhalb und außerhalb der AWO nach Anmeldung beteiligen. Anschließend wurde jede der Anmerkungen in der Grundsatzkommission ausgewertet.

Das Ziel des Grundsatzprogramms bestand nie nur in der Herstellung eines Schriftstücks. Ebenso relevant war auch der Prozess

des inhaltlichen Ringens, Austauschens und Streitens im Mitgliederverband. Eine Diskussion über die eigenen Grundwerte und Leitsätze zu führen – und das eben nicht nur auf der Führungsebene – war essenziell, um diese Werte auch ins tatsächliche Leben zu bringen. Als Teil der verbandlichen Gemeinschaft wurden im neuen Grundsatzprogramm bewusst neben den Mitgliedern auch die Mitarbeiter*innen und Engagierten genannt. So boten der vergangene Selbstvergewisserungsprozess und die daraus entstandenen Inhalte einen verbandlichen Rahmen, um verschiedene Menschen vor Ort zusammenzubringen und in die AWO einzubinden. Nach der Verabschiedung betonten alle Beteiligten, dass dies keineswegs einen Endpunkt der Debatten darstelle. Jetzt ginge es darum, die Botschaften in die Gesellschaft und den Verband gleichermaßen zu tragen und das Programm mit Leben zu füllen.

Die zwei C(risen): Corona und Compliance

Neu im Grundsatzprogramm von 2019 war eine nachdrücklich formulierte Selbstverpflichtung unter dem Titel „Wir verpflichten uns“. In diesem Kapitel bekannte sich die AWO zu Tarifbindung und Mitbestimmung sowie – unter dem Eindruck der auch in der deutschen Öffentlichkeit bekannt gewordenen Compliance-Verstöße in Hessen-Süd – zu Transparenz und unabhängiger Aufsicht. Die schweren Verletzungen des AWO-Governance-Kodex in Frankfurt am Main und Wiesbaden, die größtenteils im zweiten Halbjahr 2019 bekannt wurden, erschütterten den ganzen Verband zutiefst. Aber nicht nur die Mitglieder, Ehrenamtlichen und Mitarbeiter*innen der AWO im ganzen

Bundesgebiet waren entsetzt, auch in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit erlitt die AWO und darüber hinaus auch die deutsche Wohlfahrtspflege einen erheblichen Imageschaden.

Interessenkonflikte, Vetternwirtschaft und Compliance-Verstöße stehen keiner Organisation gut zu Gesicht. Einer Organisation der freien Wohlfahrtspflege, die sich explizit darauf beruft, wertgebunden und im Interesse der Allgemeinheit und der sozial Benachteiligten zu handeln, verzeiht die Gesellschaft noch weniger. Um die AWO zukünftig vor Skandalen dieser Form zu schützen, verschärfte das Präsidium den AWO-Governance-Kodex aus dem Jahr 2017. Auf dem Bundesausschuss im Mai 2020 sowie der Bundeskonferenz, dem höchsten Gremium des Verbandes, wurde dieser im Dezember 2020 bestätigt. Die AWO wird zukünftig mittels einer strikten Regulierung der Gehälter von Geschäftsführungen sowie eines Transparenzregisters die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und verbandsinternen Richtlinien gewährleisten.

Die nächste Krise ließ nicht lange auf sich warten: Ab März 2020 hielt die Coronapandemie die AWO mit ihren Diensten und Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Atem. In dieser Ausnahmesituation arbeiteten die Mitarbeiter*innen von der Kita über das Pflegeheim bis zur Beratungsstelle für notleidende Familien unter Hochdruck, oft auch unter der Gefahr, sich selbst zu infizieren. Zu Beginn war nicht absehbar, ob die Infrastruktur der Freien Wohlfahrtspflege nicht kollabieren würde. Auf dem Spiel stand die Versorgung derer, die ganz besonders auf Hilfe angewiesen waren: ältere oder kranke Menschen, Familien, Bürger*innen in schwierigen Lebenslagen. Auch dank staatlicher Hilfen konnten die

Menschen in Not oder mit Betreuungsanspruch weiterhin versorgt werden. Alle – ob Erzieher*innen, ehrenamtlich Engagierte, Verbandsreferent*innen, Pflegekräfte, Sozialarbeiter*innen oder Geschäftsführer*innen – mussten lernen, Arbeit, Ehrenamt und Leben neu zu denken und zu organisieren.

Diese Zeit der Unsicherheiten und Umbrüche bot sich nicht gerade dafür an, um sich intensiv mit dem Grundsatzprogramm auseinanderzusetzen. Mehr Menschen für die AWO als sozialpolitische Organisation begeistern oder Fachkräfte vom eigenen ideenpolitischen Hintergrund überzeugen und anwerben? Aktiv die Diskussion und den Austausch über verschiedene Hierarchieebenen im Verband weiterführen? Sich einerseits als Wettbewerberin innerhalb sozialer Dienstleistungen zu positionieren und sich andererseits konstruktiv mit den Widersprüchen, die eine solche Wettbewerber*innenposition eben auch mit sich bringt, auseinanderzusetzen, ist fundamental für einen wertebunden Verband. Es sind Fragen, die sich auch in Zukunft nie abschließend beantworten lassen werden, über die der Verband aber immer im Austausch bleiben muss. Es sind jedoch auch Diskussionen, die eine Organisation kaum führen kann, wenn auf eine Krise schon die nächste folgt.

Aus diesem Grund stießen wir, die Stabsstelle für Grundsatz- und Zukunftsfragen, die im Rahmen der Entwicklung des Grundsatzprogramms beim AWO Bundesverband eingerichtet wurde, einen erneuten Prozess an. Die Mission: Mitarbeiter*innen, Mitglieder und Engagierte sollten selbstbestimmt, konstruktiv und kritisch über die Inhalte der „zentralen programmatischen Orientierung für den gesamten Verband“ (Grundsatzprogramm, S. 2) debattieren.

Ein modularer Werkzeugkoffer zum Grundsatzprogramm

Ziel dieses Prozesses war es, das zur Arbeit mit dem neuen Grundsatzprogramm vorhandene Wissen in den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden sowie Ortsvereinen in einem ersten Schritt zu sammeln und systematisch zu ordnen. Die zahlreichen Methoden und Konzepte der Landes-, Bezirks-, Kreisverbände und Ortsvereine, die diese bereits innerhalb von Seminaren oder Einführungsveranstaltungen getestet hatten, bildeten ein gutes Fundament für einen ausführlich bestückten Werkzeugkoffer.

In einem zweiten Schritt stellten wir diesen um weitere eigens entwickelte Methoden angereicherten Werkzeugkoffer im Laufe des Sommers an verschiedenen Standorten der AWO in Deutschland in Workshops vor. Dank des konstruktiven Feedbacks der Teilnehmenden konnten wir ihn laufend weiterentwickeln und verbessern.

Bei dem Werkzeugkoffer handelt es sich um ein modulares Workshopkonzept, das bundesweit genutzt werden kann. Modular meint in diesem Zusammenhang, dass die Workshops je nach Zielgruppe, Kontext und Anlass unterschiedlich zusammengestellt werden können. Die Workshopgebenden können also aus einem breiten Angebot an Inhalten wählen und sich diejenigen Methoden aussuchen, die ihrer Meinung nach am besten zu ihrer Zielgruppe passen. Ebenfalls können sich engagierte Ehrenamtliche und Mitarbeiter*innen einzelne Methoden aneignen. Im Rahmen von Gremien- und Teambesprechungen oder inhaltlichen Auseinandersetzungen können sie mit den Methoden die Diskussion um die AWO-Werte und -Grundsätze anregen. Je nach Zielstellung können diese variabel arrangiert und kombiniert werden. Dabei können Ehren-

amtliche und Mitarbeitende aus niedrigschwelligem und praxisbezogenen bis hin zu abstrakteren und theoretischeren Inhalten wählen.

Verbandsreferent*innen oder Ehrenamtskordinator*innen, aber auch AWO-Mitarbeiter*innen in Einrichtungen und Diensten oder ehrenamtlich Engagierte, die Lust haben, sich und ihre Tätigkeit zu reflektieren und eine Standortbestimmung durchzuführen, können die Workshops durchführen. Ebenso eignen sich viele der Methoden für die Arbeit mit Freiwilligen und neuen Kolleg*innen im Verband. Aus diesem Grund sind die verschiedenen Methoden ausführlich dokumentiert und erläutert, sodass sie leicht angeeignet werden können. Zur Zielgruppe zählen wir neben den Hauptamtlichen in Einrichtungen und Diensten der AWO auch die Referent*innen der Landes- und Bezirksverbände, Mitglieder in den Strukturen der AWO, ehrenamtlich Engagierte oder FSJ- und BFDler*innen.

Die Durchführenden und Teilnehmenden finden innerhalb des Werkzeugkoffers Methoden für unterschiedliche Wissensstände, Workshopphasen und Zielrichtungen. Los geht es mit Methoden zum *Aufwärmen und Kennenlernen*, die gerade bei sich unbekanntem Gruppen und längeren Workshops sinnvoll sein können. Daran anschließend gibt es die Möglichkeit zu einer ersten *Begegnung* mit dem Grundsatzprogramm, seiner Entstehung und der Historie, aus der es geboren wurde. Der Hauptteil des Werkzeugkoffers dient der *vertieften Auseinandersetzung* mit den Inhalten der Programmatik, den Leitsätzen und den Kapiteln zur Fachlichkeit. Ein weiteres Hauptanliegen innerhalb des Methodenkoffers liegt in der *Aktualisierung* und *Konkretisierung* des Programms von 2019. Hier haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Leitsätze und Werte der

AWO mit den von ihnen wahrgenommenen tatsächlichen Umständen im eigenen Arbeits- bzw. Engagementumfeld abzugleichen. Nach dieser Standortbestimmung darf die *Lokalisierung von Handlungs- und Veränderungsbedarfen* nicht fehlen. Hier geht es darum, konkret zu überlegen, wo und wie man Dinge anders machen kann, um besser im Einklang mit den Werten der AWO zu arbeiten. Der rote Faden zwischen den verschiedenen Methoden und Schwerpunkten muss je nach Vorwissen und Hintergrund der Teilnehmenden angepasst werden und kann nach unterschiedlichen Zielgruppen und Kontexten variieren. Auch die Frage der Aktualität der Leitsätze kann immer wieder aufgeworfen und überprüft werden.

Zu den Zielen der Workshops zählen wir die Profilschärfung innerhalb des Verbandes, die AWO-Werte als verbindendes Element vor Ort zu konkretisieren und so langfristig zur Identifikationsstärkung der Haupt- und Ehrenamtlichen beizutragen. Wir sind überzeugt davon, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Grundsatzprogramm und den Werten der AWO als demokratisch aufgestelltem Verband innerhalb und außerhalb des Verbandes zur Demokratiestärkung beiträgt. So dienen der Austausch und die Vernetzung in Haupt- und Ehrenamt auch dazu, Veränderungsbedarf zu lokalisieren und Handlungsimpulse zu stärken.

Wozu eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem AWO-Grundsatzprogramm?

Natürlich dient das Grundsatzprogramm bereits heute als Selbstvergewisserung und Orientierungshilfe. Neben den programmatischen Inhalten geht es aber auch darum, die Werte ganz praktisch vor Ort zu verge-

genwärtigen, zu leben und bewusster und stärker mit der Arbeit im Ehren- und Hauptamt zu verknüpfen. Die Stärken der AWO sind ihr Wissen um die soziale Realität, ihr demokratisches Verständnis und ihre zivilgesellschaftliche Einbettung. Es ist dieses Wissen, das sie zu einer wichtigen Akteurin macht, wenn es darum geht, politische Positionen in die Gesellschaft zu tragen und die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen zu thematisieren. Diese Positionen müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt und aktualisiert werden. Das Grundsatzprogramm lebt vor allem von der lebendigen und kritischen Auseinandersetzung mit seinen Inhalten.

Durch die regelmäßige Reflexion und dynamische Diskussion der eigenen Werte, Leitsätze und Grundsätze der Fachlichkeit schärft sich das Profil der AWO als progressiver und sozialpolitisch engagierter Verband nach innen und außen. Die eigenen Werte und das Grundsatzprogramm werden im besten Falle als verbindendes Element am Arbeitsplatz erlebt und tragen so langfristig zur Identifikations- und Demokratiestärkung unter den Mitarbeiter*innen bei. Die Auseinandersetzung mit dem Grundsatzprogramm ermächtigt alle, ob Hauptamtliche in Einrichtungen und Diensten der AWO, Referent*innen der Landes- und Bezirksverbände oder ehrenamtlich Engagierte sowie FSJ- und BFDler*innen, ihre AWO

aktiv zu gestalten, mitzudenken und gegebenenfalls Veränderungsprozesse zu initiieren.

Ganz im Sinne des Anfangssatzes des Grundsatzprogramms soll der Werkzeugkoffer dazu anregen, die AWO aktiv mitzugestalten und da, wo nötig, auch zu verändern: „Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten.“

In einer Zeit multipler Krisen und manifoldiger gesellschaftlicher Veränderungen verändern sich auch die Wohlfahrtsverbände. Die noch vergleichsweise jungen Grundwerte der AWO können, wenn sie gelebt und vorgelebt werden, eine gute Richtschnur für Veränderungsprozesse jeglicher Art und auf allen Ebenen der Arbeiterwohlfahrt sein. Sie sorgen dafür, dass die AWO relevant, stabil und zukunftsfest bleibt, und zeigen auf, warum die AWO und die Freie Wohlfahrtspflege auch in sich verändernden Gesellschaften einen wichtigen Platz einnehmen sollten.

Hanna Schwarz

ist Referentin für Grundsatz- und Zukunftsfragen beim AWO Bundesverband. Sie hat den Werkzeugkoffer maßgeblich mitentwickelt und vor Ort erprobt.
E-Mail: hanna.schwarz@awo.org

Frederik Palmer

leitet die Stabsstelle Grundsatz- und Zukunftsfragen beim AWO Bundesverband, in der das Grundsatzprogramm thematisch angesiedelt ist.
E-Mail: frederik.palmer@awo.org

B1.1) Quiz zur AWO-Historie (Quizkarten)



Wann wurde die AWO gegründet?

- a. 1919
- b. 1975
- c. 1855



Wer hat die AWO gegründet?

- a. Angela Merkel
- b. Marie Curie
- c. Marie Juchacz



Wie viele Mitglieder hat die AWO bundesweit?

- a. mehr als 50.000
- b. mehr als 300.000
- c. mehr als 80 Millionen



Wie viele Ehrenamtliche engagieren sich in der AWO?

- a. circa 25.000
- b. etwa 5000
- c. rund 78.000



Wofür setzt sich die AWO ein?

- a. Eine sozial gerechte Gesellschaft
- b. Steuerfreiheit für alle
- c. Den Ausbau des Online-Handels



Welcher Begriff gehört NICHT zu den Werten der AWO?

- a. Solidarität
- b. Reichtum
- c. Gerechtigkeit



Warum werden Menschen AWO Mitglied?

- a. Weil sie sich für eine sozial gerechte Gesellschaft einsetzen möchten
- b. Weil sie tolle Preise gewinnen können?
- c. Weil sie sich mit ihren Grundwerten Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit identifizieren.



Welche besondere Rede hat die AWO Gründerin Marie Juchacz gehalten?

- a. Die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament am 19.2.1919
- b. Die Radioansprache zur Gründung der AWO im Jahr 1919
- c. Die erste Rede, die im deutschen Fernsehen übertragen wurde



In welcher Bewegung hat die AWO ihren Ursprung?

- a. Arbeiterbewegung
- b. Studentenbewegung der 1960er Jahre
- c. Anti-Atomkraft-Bewegung



Wofür setzt sich die AWO NICHT ein?

- a. Kinderschutz
- b. Die Förderung der Autoindustrie
- c. Gleichberechtigung aller Geschlechter



Wer war Louise Schroeder?

- a. Gründerin von AWO International und bekannte Rennfahrerin
- b. Die erste Frau, die in der Weimarer Nationalversammlung eine Rede hielt und Betreiberin einer AWO-Nähstube
- c. Die erste Vorsitzende des Bezirksausschusses AWO Schleswig-Holstein und erste/einzige Oberbürgermeisterin von Berlin



Wie viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in ganz Deutschland?

- a. Mehr als 30 Mio.
- b. 4 Mio.
- c. 40 Mio.



Wie viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich bei der AWO in Schleswig-Holstein?

[Hinweis: Fragen lassen sich für den individuellen regionalen Bezug anpassen]

- a. 1.000
- b. 2.500
- c. 500



Welche Tätigkeiten gehören zu den Aufgaben der Ehrenamtlichen bei der AWO?

- a. Geflüchtete unterstützen
- b. Vorstandsarbeit
- c. Spielenachmittage und Ausflüge für Senioren organisieren



Wen unterstützt die AWO?

- a. Alle Menschen, die Hilfe benötigen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Einkommens, ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer Religion.
- b. Alle, die einen Antrag auf Unterstützung stellen.
- c. Alle, die die Angebote bezahlen können.



Was ist ein „Ehrenamt“?

- a) Eine Tätigkeit, die freiwillig und ohne Bezahlung durchgeführt wird, wie z.B. Menschen helfen.
- b) Ein besonders ehrenvoller Beruf
- c) Der bestbezahlteste Beruf Deutschlands

B1.2) Wertebalken (Werte)

Freiheit

Gerechtigkeits

Soiđarität

Gleichheit

Toi e rān

B1.3) Gruppenarbeit zu den AWO-Werten (Arbeitsblätter)

AWO-WERTE



FREIHEIT

bedeutet, selbst über das eigene Leben zu bestimmen.

Freiheit bedeutet, jeder Mensch kann ohne Unterdrückung, Not und Armut leben. Niemand darf ohne Regeln oder gute Gründe anderen Menschen die Freiheit wegnehmen.

Die Freiheit einer einzelnen Person entsteht aber auch durch die Gemeinschaft. Damit der Mensch wachsen und lernen kann, braucht er ein sicheres Umfeld. Freiheit verpflichtet dazu, über eigene Handlungen nachzudenken und Verantwortung zu übernehmen. Und sie verpflichtet, die Freiheit anderer zu achten.

AWO-Grundsatzprogramm 2019 (eigene Übersetzung in einfache Sprache)

Auftrag:

Tauscht euch nun über euren (Arbeits-)Alltag aus. Welche Rolle spielt der Wert dort? Überlegt euch eine beispielhafte Situation, in der die Bedeutung des Wertes für euren (Arbeits-)Alltag deutlich wird. Stellt die Situation als Standbild dar.

Quelle: Das Spiel „zusammen.Werte.leben – Alle unter einem Dach“ ist eine Adaption des Planspiels „zusammenleben.zusammenhalten“, welches in Zusammenarbeit mit der Planspielagentur polyspektiv (www.polyspektiv.eu) im Auftrag der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (www.politischejugendbildung.de) entwickelt wurde. Die hier vorliegende Planspiel-Adaption wurde im Auftrag des AWO Bundesverbands von planpolitik e.V. (www.planpolitik.de) erstellt. Dieser Leitfaden steht unter der Lizenz: Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 DE – mit Ausnahme der Bilder, die einem Copyright unterliegen (siehe Bildnachweise).

AWO-WERTE



GERECHTIGKEIT

gibt es, wenn jeder Mensch frei ist.

Gerechtigkeit heißt, dass alle die gleichen Chancen im Leben haben. Gerechtigkeit gibt es nur, wenn der Staat Regeln vorgibt. Der Staat muss dafür sorgen, dass Geld und die Dinge, die man zum Leben braucht, gut unter allen Menschen verteilt sind.

Gerechtigkeit kann es nicht allein in Deutschland geben. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die ganze Welt gerechter wird.

Gerechtigkeit bedeutet auch, wir müssen so leben, dass auch die Menschen in der Zukunft gut leben können. Wir dürfen also nur so viel verbrauchen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört werden oder verschwinden.

AWO-Grundsatzprogramm 2019 (eigene Übersetzung in einfache Sprache)

Auftrag:

Tauscht euch nun über euren (Arbeits-)Alltag aus. Welche Rolle spielt der Wert dort? Überlegt euch eine beispielhafte Situation, in der die Bedeutung des Wertes für euren (Arbeits-)Alltag deutlich wird. Stellt die Situation als Standbild dar.

Quelle: Das Spiel „zusammen.Werte.leben – Alle unter einem Dach“ ist eine Adaption des Planspiels „zusammenleben.zusammenhalten“, welches in Zusammenarbeit mit der Planspielagentur polyspektiv (www.polyspektiv.eu) im Auftrag der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (www.politischejugendbildung.de) entwickelt wurde. Die hier vorliegende Planspiel-Adaption wurde im Auftrag des AWO Bundesverbands von planpolitik e.V. (www.planpolitik.de) erstellt. Dieser Leitfaden steht unter der Lizenz: Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 DE – mit Ausnahme der Bilder, die einem Copyright unterliegen (siehe Bildnachweise).

AWO-WERTE



GLEICHHEIT

beruht darauf, dass alle Menschen den gleichen Wert haben.

Kein Mensch ist weniger wert als ein anderer. Deshalb müssen alle Menschen die gleichen Rechte vor dem Gesetz haben.

Alle müssen gut geschützt werden, egal welches Geschlecht sie haben, egal wo sie herkommen, egal welche Religion sie haben, egal wie alt sie sind. Alle haben das gleiche Recht sozial abgesichert zu sein. Alle dürfen am politischen und sozialen Leben in der Gesellschaft mitwirken.

AWO-Grundsatzprogramm 2019 (eigene Übersetzung in einfache Sprache)

Auftrag:

Tauscht euch nun über euren (Arbeits-)Alltag aus. Welche Rolle spielt der Wert dort? Überlegt euch eine beispielhafte Situation, in der die Bedeutung des Wertes für euren (Arbeits-)Alltag deutlich wird. Stellt die Situation als Standbild dar.

Quelle: Das Spiel „zusammen.Werte.leben – Alle unter einem Dach“ ist eine Adaption des Planspiels „zusammenleben.zusammenhalten“, welches in Zusammenarbeit mit der Planspielagentur polyspektiv (www.polyspektiv.eu) im Auftrag der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (www.politischejugendbildung.de) entwickelt wurde. Die hier vorliegende Planspiel-Adaption wurde im Auftrag des AWO Bundesverbands von planpolitik e.V. (www.planpolitik.de) erstellt. Dieser Leitfaden steht unter der Lizenz: Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 DE – mit Ausnahme der Bilder, die einem Copyright unterliegen (siehe Bildnachweise).

AWO-WERTE



TOLERANZ

bedeutet, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird.

Solange andere Meinungen, Ideen, Regeln, Verhaltensweisen und Vorstellungen von der Welt nicht unsere Grundrechte und Grundwerte bedrohen, müssen wir sie akzeptieren.

Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt davon, dass alle Menschen sich frei und gleichberechtigt über die Regeln in der Gesellschaft austauschen.

AWO-Grundsatzprogramm 2019 (eigene Übersetzung in einfache Sprache)

Auftrag:

Tauscht euch nun über euren (Arbeits-)Alltag aus. Welche Rolle spielt der Wert dort? Überlegt euch eine beispielhafte Situation, in der die Bedeutung des Wertes für euren (Arbeits-)Alltag deutlich wird. Stellt die Situation als Standbild dar.

Quelle: Das Spiel „zusammen.Werte.leben – Alle unter einem Dach“ ist eine Adaption des Planspiels „zusammenleben.zusammenhalten“, welches in Zusammenarbeit mit der Planspielagentur polyspektiv (www.polyspektiv.eu) im Auftrag der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (www.politischejugendbildung.de) entwickelt wurde. Die hier vorliegende Planspiel-Adaption wurde im Auftrag des AWO Bundesverbands von planpolitik e.V. (www.planpolitik.de) erstellt. Dieser Leitfaden steht unter der Lizenz: Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 DE – mit Ausnahme der Bilder, die einem Copyright unterliegen (siehe Bildnachweise).

AWO-WERTE



SOLIDARITÄT

entsteht, wenn Menschen zusammenhalten.

Solidarität bedeutet, den anderen zu helfen und sich gegenseitig zu schützen. Unsere gemeinsamen Werte sind die Grundlage dafür, dass wir füreinander Verantwortung übernehmen und füreinander eintreten. Solidarität gibt es über Grenzen von Staaten hinweg.

Durch die Gesetze unterstützt der Staat, dass es Solidarität gibt. Wenn sich die Menschen zusammenschließen, können sie sich gegen Unterdrückung wehren.

Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen.

AWO-Grundsatzprogramm 2019 (eigene Übersetzung in einfache Sprache)

Auftrag:

Tauscht euch nun über euren (Arbeits-)Alltag aus. Welche Rolle spielt der Wert dort? Überlegt euch eine beispielhafte Situation, in der die Bedeutung des Wertes für euren (Arbeits-)Alltag deutlich wird. Stellt die Situation als Standbild dar.

Quelle: Das Spiel „zusammen.Werte.leben – Alle unter einem Dach“ ist eine Adaption des Planspiels „zusammenleben.zusammenhalten“, welches in Zusammenarbeit mit der Planspielagentur polyspektiv (www.polyspektiv.eu) im Auftrag der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (www.politischejugendbildung.de) entwickelt wurde. Die hier vorliegende Planspiel-Adaption wurde im Auftrag des AWO Bundesverbands von planpolitik e.V. (www.planpolitik.de) erstellt. Dieser Leitfaden steht unter der Lizenz: Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 DE – mit Ausnahme der Bilder, die einem Copyright unterliegen (siehe Bildnachweise).

B2.1) Quiz zur Geschichte des Grundsatz- programms (Fragen & Antworten)

**1. Wie viele Leitsätze
enthält das
Grundsatzprogramm?**

7,5 oder 8?

Richtige Antwort:

8

**2. In wie vielen
unterschiedlichen
 Fassungen gibt es das
Grundsatzprogramm?**

Richtige Antwort:

3

3. Wir beschäftigen uns mit dem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2019. Wann wurde das Programm davor letztmalig aktualisiert?

Richtige Antwort:

1998

4. Wer steuerte die Entwicklung des Grundsatzprogramms?

der Bundesverband, die AWO Westliches
Westfalen oder eine Grundsatzkommission
aus Haupt- und Ehrenamt?

Richtige Antwort:

Eine

**Grundsatzkommission aus
Haupt- und Ehrenamt**

**5. Wie lange dauerte der Prozess
der Überarbeitung des alten
Grundsatzprogramms?**

**5 Jahre, 15 Jahre oder 2,5
Jahre?**

Richtige Antwort:

5 Jahre

C4) Zukunftsdebatten (Interview Wolfgang Schroeder)

Die Chancen der Zukunft sind für die AWO greifbar

(Vorspann)

Kaum jemand in Deutschland ist mit Theorie und Praxis der Sozialdemokratie derart vertraut wie Wolfgang Schroeder. Der Politikwissenschaftler aus Kassel skizziert was es braucht, damit die AWO vor dem Hintergrund ihrer fast hundertjährigen Geschichte für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Interview: Peter Kuleša und Marius Mühlhausen

(Haupttext)

Herr Schroeder, das Selbstverständnis der AWO basiert maßgeblich auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wie bedeutsam ist dieser Bezug auch für die Zukunft des Verbandes?

Die Grundwerte der Sozialdemokratie haben sich bewährt und bilden auch heute noch existentielle Orientierungspunkte. Sie sind das Ergebnis von Anfechtungen, Niederlagen und Erfolgen einer freiheitlich-sozialen Politik. Aber klar ist: darauf kann man sich nicht ausruhen. Es kommt darauf an, sie in ihrem inhaltlichen Gehalt immer wieder zu aktualisieren - erst dann entwickeln sie ihre Strahlkraft.

Leicht gesagt, aber wie kann das praktisch gemacht werden?

Der aktuelle Prozess zum neuen Grundsatzprogramm der AWO ist deshalb ein ambitionierter und gewichtiger Schritt. Es braucht verstärkt auch wieder in sozialdemokratischen Organisationen eine Verständigung über das gemeinsame, gegenwartsbezogene Verständnis der ur-eigenen Grundwerte und ihrer lebensweltlichen Tauglichkeit. Denn ohne eine solche zeitgenössische Aktualisierung wird die Gesellschaft kein Interesse an SPD und AWO aufbringen.

Wo sehen Sie die Kernherausforderungen?

Es braucht eine klare und einfache Sprache. Es muss darum gehen, positiv besetzte Ideen, konkrete und klare Beispiele zu finden, die an veränderte Lebenslagen und Sinnprobleme von Individuen und Gesellschaft anschließen können. Nur wenn dies gelingt, kann man verdeutlichen, warum der neue Weg richtig ist und was damit erreicht werden soll. Besonders schwer ist das, weil heute der Weg zu einer fairen, sozialen und offenen Gesellschaft nicht mehr aus sich selbst heraus überzeugend und vertrauensstiftend ist.

Nun könnte man fragen, wozu überhaupt Grundsatzdebatten? Sind diese in der heutigen Zeit nicht ein viel zu unkonkretes, theorielastiges und wirklichkeitsfernes Vorhaben?

Das kann man so sehen. Man kann es aber auch anders sehen: Wie sollen etwa die Weichen für die Zukunft gestellt werden, wenn man nicht weiß, wo man herkommt und wo man hin will? Wie soll man das richtige tun, wenn man nicht weiß, wie die übergreifenden Linien von Gesellschaft, Geschichte und Wirtschaft zu verstehen sind und was für Konsequenzen diese für ein wertebezogenes Handeln haben? Auch wenn klar ist, dass Grundsatzprogramme in vielen Fällen keine direkte Gebrauchsanweisung für jedwedes konkrete Alltagshandeln bieten können, so sind sie alles andere als überflüssig. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sowohl die Konkurrenz zwischen den Wohlfahrtsverbänden wie auch die zwischen ihnen und privaten Anbietern die Notwendigkeit erhöht, sich zu erklären, und die eigene Erzählung vom guten Leben stark zu machen.

Was sollten Grundsatzprogramme also dann Sein?

Programme sind Geländer, um die eigenen konkreten Handlungen einzubetten. Sie können einen zentralen Beitrag leisten, um die Frage nach dem Sinn der eigenen Aktivitäten zu beantworten. Sie können ein Korrektiv sein, um Praktiken im Alltag zu hinterfragen

und neue Entwicklungen zu ermöglichen. Vor allem aber sind sie ein entscheidender Beitrag zur individuellen und kollektiven Identitätsbildung in einer pluralen und offenen Gesellschaft. Denn um die Lebensqualität unserer Gesellschaft zu verbessern, dafür ist auch ein Verständnis für die historische und wertebezogene Einbettung dieses eigenen Beitrages notwendig.

Wurden diese historischen und inhaltlichen Bezüge in den letzten Jahren und Jahrzehnten vernachlässigt?

Das kann ich nicht beantworten. Klar aber ist: Das Wachstum der Wohlfahrtsverbände allgemein war in den letzten 40 Jahren atemberaubend. Es gibt Erhebungen, die kommen zu dem Ergebnis, dass 95 Prozent aller Bürger mindestens einmal in ihrem Leben ihre „Kunde“ werden. Durch ihre Einrichtungen, Leistungen, ihren haupt- und ehrenamtlichen Einsatz erbringen sie einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Zwischen 1970 und heute ist die Zahl der Beschäftigten von etwa 380000 auf heute etwa 1,7 Millionen gestiegen. Allein zwischen 1996 und heute gab es ein Beschäftigtenwachstum von ca. 50 Prozent. Zugleich hat sich aber gezeigt, dass die Qualität der Leistungen und der Arbeitsbedingungen in und durch die Wohlfahrtspflege nicht in gleichem Maße mitgewachsen sind.

Wo sehen Sie die Gründe für diese Entwicklung?

In vielen Fällen hat die Wohlfahrtspflege zu sehr dem Prinzip des „Immer-höher-weiter-schneller“ gehuldigt und sich damit auch von eigenen Grundpositionen entfernt. Dazu zählt auch, dass der von der Sozialen Demokratie kritisierte Missstand einer wachsenden Anzahl prekär Beschäftigter auch in den eigenen Einrichtungen zugenommen hat. Das kann insbesondere der AWO nicht gleichgültig sein. Als Teil der Arbeiterbewegung weiß sie darum, dass „gute Arbeit“ kein folgenloses Lippenbekenntnis ist, sondern hier geht es um eine gelebte Verpflichtung.

Besteht die Gefahr des Glaubwürdigkeitsverlustes?

Das kann passieren. Für die AWO ist zudem die Idee und Praxis der Mitbestimmung ein Kernbestand ihrer Identität. Diese muss in ihren Einrichtungen gelebt werden. Sie ist auch ein Vorteil, um die Attraktivität mit Blick auf notwendige Fachkräftegewinnung zu steigern. Denn: In flachen Hierarchien und vielfältigen Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten kann sich die AWO auch besonders hervorheben gegenüber den privaten und kirchlichen Organisationen. Dennoch gibt es immer wieder Hinweise darauf, dass gerade im Wettbewerb die Praxis der Mitbestimmung an den Rand gedrängt wird. Ein Verband wie die AWO jedoch, die sich weiterhin als Teil der sozialen Demokratie versteht, die als Anwalt der Armen, als Akteur für ein selbstbestimmtes Leben wirken will, benötigt ein authentisches Auftreten und Image.

Wir haben über Herausforderungen und Gefährdungen gesprochen. Wo sehen Sie mit Blick auf die Zukunft die Chancen?

Die Gesellschaft verändert sich in einem atemberaubenden Tempo und das bringt Chancen mit sich. Und wir erleben gegenwärtig, wie eine lautstarke rechte Bewegung auftritt, die auf nationale Abschottung und gesellschaftliche Abgrenzung setzt. Dabei kann eine alternde und offene Gesellschaft wenn sie ihre Aktivitäten klug entwickelt durch Zuwanderung ebenso gewinnen wie durch die Vielfalt verschiedener Lebensstile. Wir sollten verhindern, dass unsere Gesellschaft durch Hass und Abschottung geprägt wird. Wenn unsere Gesellschaft bunter aber auch heterogener werden will, braucht es weitere Spielregeln. Durch Digitalisierung wird die Gesellschaft schneller, unsere Lebensräume werden transparenter und entgrenzter. Hier liegen die Chancen für eine solidarische, offene und kommunikative Gesellschaft in greifbarer Nähe und gewissermaßen vor der Tür der Wohlfahrtsverbände. Chancen auch für eine partnerschaftliche Gesellschaft in der die Vereinbarkeit von

Beruf und Familie gelebt wird. Der Sozialstaat braucht eine AWO, die diesen Wandel der Gesellschaft wertengebunden mitgestaltet. Es darf dabei nie um ein Wachstum der eigenen Aktivitäten um jeden Preis gehen. Im Gegenteil: Es muss immer wieder um ein authentisches wachsen und wirken als wertebasierter Wohlfahrtsverband gehen. Das ist der Schlüssel, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sowohl im eigenen Interesse wie auch in dem der Gesamtgesellschaft zu lösen.

Also mit Mut voran?

Klar, die AWO bietet mit ihrer beeindruckenden Geschichte und ihrer engagierten Praxis beste Voraussetzungen für die Zukunft. Mit ihrer flächendeckenden Präsenz, der Nähe zu den Menschen und ihrer unter Beweis gestellter Fähigkeit größere Probleme lösen zu können, hat die AWO einen unverstellten Blick für die Wirklichkeit. Der Anfang von etwas Neuem besteht darin, kritisch hinzuschauen und zu sagen, was ist. Es lohnt sich auch weiterhin alles dafür zu tun, um ein Verband zu sein, der engagiert für eine innovative und qualitätshaltige Sozialpolitik im 21. Jahrhundert steht.

(Kasten)

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

lehrt Politikwissenschaften an der Universität Kassel und ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD. Kürzlich ist im VORWÄRTS-Verlag das Buch „Vorsorge und Inklusion.

Wie finden Sozialstaat und Gesellschaft zusammen?“ erschienen.

E-Mail: wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

D3) Neue Leitsätze für unseren Fachbereich (Leitbild „Vielfaltbewusst in Führung“)



Vielfaltsbewusste Führung

Leitbild



Impressum

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Brigitte Döcker (Vorstandsvorsitzende)

AWO Bezirksverband Schwaben e. V.
Sonnenstr. 10
86391 Stadtbergen
Telefon: (+49) 821 – 43001 – 0
Telefax: (+49) 821 – 43001 – 1
E-Mail: info@awo-schwaben.de
Internet: awo-schwaben.de

Verantwortlich: Dieter Egger (Vorstandsvorsitzender), Marion Leichtle-Werner (stellvertretende Vorstandsvorsitzende), Wolfgang Mayr-Schwarzenbach (Vorstand), Silke Scherer (Vorständin)

Redaktion: Lisa-Maria Hitzke, Sina Küster, Jacqueline Wilk
Layout: textsalz – Linda Kutzki
Lektorat: Dr. Andrea Lassalle

© AWO Bundesverband e. V., Berlin. Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt, beim AWO Bundesverband e. V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des AWO Bundesverband e. V.

Alle Rechte vorbehalten.

August 2022

Präambel

Die Gleichstellung aller Geschlechter und die Stärkung von Vielfalt in unserer Gesellschaft sind ein wesentlicher Bestandteil des AWO-Wertekanons von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich für umfassende Geschlechtergerechtigkeit ein und handelt nach dem Prinzip der Inklusion, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Interkulturalität, Barrierefreiheit, Partizipation und Antidiskriminierung gehören zu diesem Verständnis von Inklusion.

Für die konkrete Umsetzung dieser Werte und Prinzipien setzt sich die AWO Schwaben e.V. mit dem Leitbild für vielfaltsbewusste Führung ein. Unser Ziel ist es, Vielfalt im eigenen Verband und Unternehmen zu leben und die Diversität der Bevölkerung in unserer Belegschaft abzubilden.

Chancengleichheit soll auf allen Ebenen des Bezirksverbands verwirklicht werden. Führungskräften kommt dabei als Entscheidungsträger*innen und Personalverantwortlichen eine besondere Verantwortung zu. Mit diesem Leitbild schaffen wir einen verbindlichen Rahmen und eine Grundlage für das gemeinsame Wirken. Es wurde in einem partizipativen Prozess von Führungskräften aus allen Arbeitsfeldern der AWO Schwaben e.V. im Rahmen des Projekts „Vielfaltsbewusst in Führung. Mit Diversity Management Potenziale erkennen, Strukturen verändern, Personal gewinnen und binden (ViF)“ erarbeitet.



Wir streben **VIelfALT AUF ALLEN UNTERNEHMENSEBENEN** an und gestalten gemeinsam ein inklusives Arbeitsumfeld.

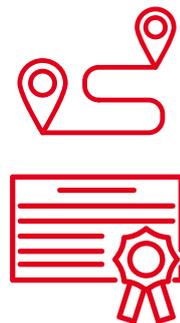
DAS BEDEUTET:

1. Wir schätzen alle Mitarbeiter*innen unabhängig von ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität, sozialen und ethnischen Herkunft, Religion, Hautfarbe, Behinderung, ihrem Alter wie auch weiteren Vielfaltsmerkmalen und erkennen jede Person in ihrer Einzigartigkeit an.



2. Durch achtsame Führung und wertschätzende Kommunikation erfassen unsere Führungskräfte unterschiedliche Vielfaltsdimensionen, Potenziale, Voraussetzungen und Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen und integrieren sie im Team. Sie stellen stets das verbindende Element und den Mehrwert von Vielfalt für das Team in den Fokus.

3. Unsere Führungskräfte reflektieren ihre Vorurteile sowie das eigene Handeln und agieren als Vorbilder für den Umgang mit Vielfalt. Sie geben den Mitarbeiter*innen Orientierung für vielfaltsbewusstes Handeln und unterstützen sie dabei, eine wertschätzende Haltung in den Arbeitsalltag zu integrieren. In regelmäßigen Fort- und Weiterbildungen erweitern unsere Führungskräfte ihr Wissen über Vielfalt und Antidiskriminierung.

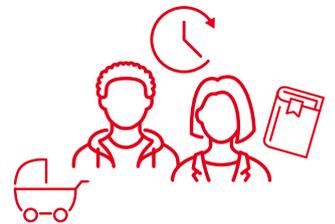


4. Wir fördern und stärken gezielt Personen, die gesellschaftlich benachteiligten und in Führungspositionen unterrepräsentierten Gruppen angehören. Dafür ermöglichen wir u. a. Austausch und Vernetzung in einem geschützten Rahmen.



5. In regelmäßigen Gleichstellungsberichten identifizieren wir systematisch Benachteiligungen und Handlungsbedarfe. Auf dieser Grundlage definieren wir unsere gleichstellungspolitischen Ziele und entwickeln konkrete Maßnahmen, um Chancengleichheit zu verwirklichen.

6. Wir unterstützen auf allen Unternehmensebenen den Ausbau alternativer Führungsmodelle, insbesondere solcher, die von einem Vollzeitmodell abweichen. Damit erweitern wir den Kreis geeigneter Kandidat*innen, ermöglichen eine vielfältigere Besetzung unserer Führungspositionen und sichern die Vereinbarkeit mit Sorgetätigkeiten. Zudem fördern wir damit die Karriereoptionen von Frauen.



7. Wir setzen uns für den Abbau von geschlechterstereotypen Rollen- und Berufsbildern ein und unterstützen die berufliche Verwirklichung aller unabhängig vom Geschlecht. Dafür engagieren wir uns für die Aufwertung sozialer Berufe und die Rekrutierung des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts in den verschiedenen Fachbereichen.

8. Ausgrenzung und Diskriminierung begegnen wir mit einer klaren Gegenhaltung und leiten bei Vorfällen entsprechende Maßnahmen und Konsequenzen ein.





Wir gehen **VERTRAUENSFULL** miteinander um und unterstützen uns.

DAS BEDEUTET:



1. Wir gehen respektvoll miteinander um und sind ehrlich zueinander. Unsere Mitarbeiter*innen können ihre Ansichten, Ideen und Sorgen äußern, ohne Angst vor negativen Konsequenzen zu haben. Kritik formulieren wir wertschätzend und konstruktiv. Unsere Führungskräfte unterstützen und ermutigen unsere Mitarbeiter*innen, konstruktive Kritik zu üben und annehmen zu können.

2. Unsere Führungskräfte unterstützen unsere Mitarbeiter*innen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben und der Bewältigung schwieriger Situationen.

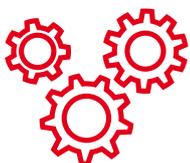


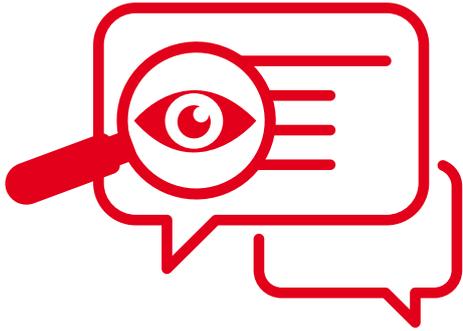
3. Unsere Führungskräfte kreieren eine vertrauensvolle und unterstützende Arbeitsatmosphäre. Wir leben eine konstruktive Fehlerkultur und ermöglichen damit das Lernen und Wachsen unserer Mitarbeiter*innen.

4. Durch Delegation und Mitverantwortung fördern wir die Kreativität, Eigeninitiative und -verantwortung unserer Mitarbeiter*innen. Dafür legen wir klare Strukturen, Zuständigkeiten und Ziele fest.



5. Unsere Führungskräfte und vielfältigen Mitarbeiter*innen befinden sich gemeinsam in einem wertschätzenden Lernprozess. Sowohl die Führungskräfte lernen von ihren Mitarbeiter*innen als auch die Teammitglieder von der Führungskraft. Im Rahmen von vertraulichen Mitarbeiter*innengesprächen ermöglichen unsere Führungskräfte ein konstruktives Feedback zur Zusammenarbeit und die Äußerung von Erwartungen und Wünschen an die Führungskraft.





Wir **KOMMUNIZIEREN OFFEN** miteinander und schaffen **TRANSPARENZ**.

DAS BEDEUTET:

1. Wir kommunizieren respektvoll miteinander auf Augenhöhe unabhängig von der Position der Mitarbeiter*innen.



2. Im Entscheidungsfindungsprozess berücksichtigen wir die vielfältigen Perspektiven und Ideen unserer Mitarbeiter*innen. Getroffene Entscheidungen kommunizieren wir anschließend transparent und nachvollziehbar an alle Beteiligten.

3. Durch eine klare Kommunikation schaffen wir Orientierung und Transparenz über die gegenseitigen Verpflichtungen, Erwartungen und Konsequenzen.



4. Wir sprechen Konflikte frühzeitig an und schaffen Raum zur Aussprache. Lösungsorientiert und auf der Grundlage von sachlichen Argumenten bearbeiten wir gemeinsam aufkommende Konflikte.

5. Wir ermöglichen den Mitarbeiter*innen, ihre Verbesserungsvorschläge und Ideen im Unternehmen einzubringen und Beschwerden zu adressieren. Dadurch können wir gemeinsam als Unternehmen wachsen und besser werden.





awo.org

Das Projekt „Vielfaltsbewusst in Führung“ wird im Rahmen des Programms „rückenwind⁺“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



